

Wiesholzer, Andrea; Koller, Jasmin; Ulrich, Peter; Irmisch, Janne; Eichenauer, Eva

Working Paper

Regionale Disparitäten und Einstellungen zur Energiewende. Berlin und Spree-Neiße im Vergleich

ESRa - Energiewende im Sozialen Raum

Suggested Citation: Wiesholzer, Andrea; Koller, Jasmin; Ulrich, Peter; Irmisch, Janne; Eichenauer, Eva (2021) : Regionale Disparitäten und Einstellungen zur Energiewende. Berlin und Spree-Neiße im Vergleich, ESRa - Energiewende im Sozialen Raum, GCF – Global Climate Forum, Berlin,
<https://esra-projekt.de/regionale-disparitaeten-und-einstellungen-zur-energiewende>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/251839>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>



ESRa

Energiewende
im Sozialen Raum



Gefördert durch:



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Energie

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages



Produkt 1.2 – Regionale Disparitäten und Einstellungen zur Energiewende. Berlin und Spree-Neiße im Vergleich

Arbeitspaket 1 – Akzeptanz und räumliche Disparitäten

Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung e.V. (IRS)
Germanwatch e.V.

Mitwirkende AutorInnen: Andrea Wiesholzer (GW), Jasmin Koller (GW),
Dr. Peter Ulrich (IRS), Janne Irmisch (IRS), Eva Eichenauer (IRS)

Gefördert vom Bundesministerium für Wirtschaft und
Energie im 7. Energieforschungsprogramm.

www.esra-projekt.de

Haftungsausschluss

Die alleinige Verantwortung für den Inhalt dieses Berichts liegt bei den Autor*innen. Er gibt nicht unbedingt die Meinung der fördergebenden Institution wieder.

Copyright-Meldung

Dieser Bericht steht unter einer Creative Commons Attribution 4.0 International License (CC BY 4.0); eine Kopie ist hier verfügbar: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>. Es steht Ihnen frei, das Material zu teilen (das Material in jedem Medium oder Format zu kopieren und weiterzuverbreiten) und zu adaptieren (das Material für jeden Zweck, auch kommerziell, zu Remixen, umzuwandeln und darauf aufzubauen) unter den folgenden Bedingungen: (i) Namensnennung (Sie müssen eine angemessene Namensnennung vornehmen, einen Link zur Lizenz bereitstellen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden; Sie können dies in jeder angemessenen Weise tun, jedoch nicht in einer Weise, die den Eindruck erweckt, dass der Lizenzgeber Sie oder Ihre Verwendung besonders unterstützt); (ii) keine zusätzlichen Einschränkungen (Sie dürfen keine zusätzlichen Klauseln oder technische Verfahren einsetzen, die anderen rechtlich irgendetwas untersagt, was die Lizenz erlaubt).

ESRa Produkt			
Vollständiger Titel	Verbundvorhaben: ESRa - Energiewende im Sozialen Raum		
Förderprogramm	Angewandte nichtnukleare Forschungsförderung im 7. Energieforschungsprogramm der Bundesregierung ‚Innovation für die Energiewende‘		
Förderbereich	Energiewende und Gesellschaft		
Fördergeber	Bundesministerium für Wirtschaft und Energie		
Start Datum	August 2020	Zeit- raum	18 Monate
Projekt-URL	https://esra-projekt.de/		
Projekt-Koordinator	Global Climate Forum EV (GCF)		
Produktnummer	P1.2		
Produktname	Regionale Disparitäten und Einstellungen zur Energiewende. Berlin und Spree-Neiße im Vergleich		
Arbeitspaket	Akzeptanz und räumliche Disparitäten		
Datum der Abgabe	23.12.2021		
Federführende Organisation	Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung e.V. (IRS), Germanwatch e.V.		
Verantwortliche Autor*innen	Andrea Wiesholzer Jasmin Koller Dr. Peter Ulrich Janne Irmisch Eva Eichenauer	E-Mail	wiesholzer@germanwatch.org peter.ulrich@leibniz-irs.de janne.irmisch@leibniz-irs.de eva.eichenauer@leibniz-irs.de
Reviewer	Tobias Rinn (Germanwatch)		
Stichwörter	Energiewende, Berlin, Spree-Neiße, Akzeptanz, Akzeptanzforschung, Einstellungen		


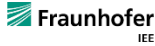



Vorwort

Die Energiewende geht mit einem tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandel einher. Ihr Erfolg wird zu einem beträchtlichen Maß davon abhängen, ob sozialräumliche Herausforderungen überwunden werden können.

Im Forschungsprojekt „Energiewende im Sozialen Raum“ (ESRa) untersuchen wir die Faktoren, die profitierende von benachteiligten sozialen Räumen unterscheiden, und wie sich diese Faktoren im Hinblick auf eine nachhaltige Regionalentwicklung positiv gestalten lassen. Dazu führen wir in ESRa zwei vergleichende Fallstudien unter intensiver Beteiligung von Bürger*innen und Praxispartner*innen durch: in der Metropole Berlin und in der Strukturwandelregion bzw. dem Landkreis Spree-Neiße in der brandenburgischen Lausitz.

In diesem Papier beschäftigen wir uns mit regionalen Einstellungen zur Energiewende anhand unserer zwei Beispielregionen. Wir stellen den Ist-Zustand der Einstellungen entlang der vier Akzeptanzfaktoren „Allgemeine Einstellungen“, „Externe Auswirkungen“, „Wertschöpfung und finanzielle Beteiligung“ sowie „Mitsprache und Entscheidungsmöglichkeiten“ dar und lernen erste regional unterschiedliche Ausprägungen kennen. Der Schwerpunkt dieses Papiers liegt jedoch auf der Frage, welche Faktoren als Triebkräfte für die Veränderung der Einstellungen und Haltungen zur Energiewende identifiziert werden können. Zur Beantwortung dieser Frage nehmen wir sozialräumliche Unterschiede in den Blick und analysieren deren Auswirkungen auf regionale Einstellungen.

Forschungsteam

	Die Partner	Abkürzung	Land	Logo
1	Global Climate Forum e.V.	GCF	DE	
2	Fraunhofer IEE	FH IEE	DE	
3	Germanwatch e.V.	GW	DE	
4	Institut für Klimaschutz, Energie und Mobilität e.V.	IKEM	DE	
5	Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung e.V.	IRS	DE	

Zusammenfassung

Je nach Region wird die Energiewende in Deutschland sehr unterschiedlich wahrgenommen und verhandelt. Das zeigt sich in regionalspezifischen Einstellungsunterschieden. Das vorliegende Papier analysiert Ursachen und Erklärungsansätze für regionalspezifische Einstellungen anhand der zwei Beispielräume Berlin und Spree-Neiße/brandenburgische Lausitz. Die Einstellungsmuster wurden mittels Expert*innen-Interviews erfasst: In beiden Regionen wurde die Relevanz und Notwendigkeit von Klimaschutz und Energiewende erkannt. In Berlin scheint die Grundeinstellung etwas positiver als in der brandenburgischen Lausitz, doch von ablehnender Haltung kann in beiden Regionen nicht die Rede sein. Während in Berlin die Verkehrswende im Fokus steht, sind in der brandenburgischen Lausitz die Themen Strukturwandel und Ausbau der Erneuerbaren Energien zentral. Verkehrswende wird in der brandenburgischen Lausitz hingegen noch kaum thematisiert; die Wärmewende ist in beiden Regionen wenig präsent. Unterschiede bestehen ebenso im Hinblick auf positive oder negative externe Auswirkungen, die mit den Transformationsfeldern verknüpft werden. Während in Berlin die Auswirkungen auf Emissionsreduktion, Klimazielerreichung und menschliche Gesundheit im Fokus standen, waren in der brandenburgischen Lausitz die Auswirkungen auf Arbeitsplätze, wirtschaftliche Entwicklung und Identität zentral. Obwohl in beiden Regionen sowohl Chancen als auch Risiken der einzelnen Transformationsprozesse in den Blick genommen werden, wird das Thema der Verkehrswende in Berlin tendenziell chancenbehafteter diskutiert.

Zwei Säulen werden als Ursache für die unterschiedlichen Einstellungen zur Energiewende herangezogen: zum einen sozialräumliche Merkmale der Regionen und daraus resultierende räumliche Disparitäten, zum anderen mediale Diskursräume in beiden Untersuchungsregionen. Die regionalspezifischen statistischen Daten weisen auf erhebliche Unterschiede der Regionen in Bezug auf sozioökonomische, politische, wirtschaftliche, soziale und institutionelle Faktoren hin. Demografische oder wirtschaftliche Sozialraummerkmale können z.B. eine Erklärung dafür bieten, dass der Strukturwandel in der brandenburgischen Lausitz primär aus ökonomischer Perspektive betrachtet wird und Effekte auf die lokale Identität erwartet werden. Infrastrukturelle Sozialraummerkmale wie der Bildungsgrad einer Region können als Einflusskriterium für die allgemeine Einstellung zur Energiewende dienen. Korrelationen zwischen regional unterschiedlichen Einstellungen und sozialräumlichen Charakteristika scheinen insbesondere Auswirkungen darauf zu haben, wie stark sich eine Region von einer bestimmten Transformationsmaßnahme betroffen fühlt und ob dies eher positiv oder negativ verstanden wird. Eine direkte Kausalität lässt sich jedoch nicht bestätigen, da kein Vergleich mit anderen Sozialräumen mit ähnlicher Struktur erfolgt. Die Analyse der lokalen Tageszeitungen Lausitzer Rundschau und Tagesspiegel Berlin ergab, dass Transformationsfelder regional unterschiedlich dargestellt werden. Die Schwerpunkte und eingenommenen Perspektiven der medialen Berichterstattung decken sich zu einem großen Teil mit den Expert*innen-Interviews: So liegt in der Berichterstattung der Lausitzer Rundschau zur Energiewende ein Fokus auf dem Strukturwandel und dem Ausbau Erneuerbarer Energien, im Tagesspiegel wird die Energiewende primär über die Verkehrswende verhandelt. Dies unterstreicht die Wechselwirkungen zwischen der sozialräumlichen Aushandlung der Energiewende mit regionalen Einstellungsmustern.

Die Untersuchung zeigt, dass in beiden Regionen Potentiale der Energiewende wahrgenommen werden – diese zu stärken und unklare, nachteilige und negativ konnotierte Aspekte ernst zu nehmen, wird in den nächsten Jahren essentiell. Dabei gilt es, Verbesserungsmöglichkeiten in der Umsetzung kooperativ zwischen Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zu identifizieren und gemeinschaftlich umzusetzen. Eine positive Triebkraft kann auch die Verbesserung sozialräumlicher Strukturen (z.B. Diversifizierung der Wirtschaftsstruktur, bessere infrastrukturelle Anbindung) entwickeln.

Inhaltverzeichnis

1 Einleitung	10
2 Regionale Charakteristika und Disparitäten	11
2.1 Ebene 1: Wer ist die Region?	12
2.2 Ebene 2: Wie wirtschaftet die Region?	13
2.3 Ebene 3: Wie wählt die Region?	15
2.4 Ebene 4: Wie zugänglich ist die Region?	16
2.5 Ebene 5: Wie ist die Region angebunden?	17
3 Regionalspezifische Einstellungen aus der Perspektive lokaler Expert*innen	18
3.1 Allgemeine Einstellungen zu Energiewende und Klimawandel.....	20
3.1.1 Berlin.....	20
3.1.2 Spree-Neiße/brandenburgische Lausitz	21
3.2 Externe Auswirkungen	23
3.2.1 Berlin.....	23
3.2.2 Spree-Neiße/brandenburgische Lausitz	24
3.3 Lokale Wertschöpfung und finanzielle Beteiligung.....	26
3.3.1 Berlin.....	26
3.3.2 Spree-Neiße/brandenburgische Lausitz	27
3.4 Mitsprache und Entscheidungsmöglichkeiten	28
3.4.1 Berlin.....	28
3.4.2 Spree-Neiße/brandenburgische Lausitz	29
3.5 Resümee der Interviewergebnisse und regionaler Vergleich.....	31
4 Medial-diskursive Darstellung der Energiewende	38
4.1 Erste Sampling-Stufe und quantitative Auswertung	38
4.2 Quantitative Analyse der Akzeptanzfaktoren.....	41
4.2.1 Faktor 1: Allgemeine Einstellungen zu Energiewende und Klimawandel	43
4.2.2 Faktor 2: Externe Auswirkungen	44
4.2.3 Faktor 3: Lokale Wertschöpfung und finanzielle Beteiligung	45
4.2.4 Faktor 4: Mitsprache und Entscheidungsmöglichkeiten	47
4.2.5 Resümee der quantitativen Analyse	48
4.3 Zweite Sampling-Stufe und qualitative Analyse.....	48
4.3.1 Lausitzer Rundschau: Energiewende und Strukturwandel	49
4.3.2 Tagesspiegel: Energiewende und Verkehrswende	54
4.4 Resümee der Medienanalyse	62
4.4.1 Allgemeine Einstellungen.....	62

4.4.2 Externe Effekte	63
4.4.3 Lokale Wertschöpfung und finanzielle Beteiligung	64
4.4.4 Mitsprache und Entscheidungsmöglichkeiten	65
5 Diskussion: Sozialräumliche Disparitäten als Korrelation oder Kausalität zu Unterschieden in der Einstellung zur Energiewende?	68
6 Fazit und Ausblick	74
7 Literaturhinweise	76
8 Anlage	78
8.1 Gesprächsleitfaden für die Durchführung semi-strukturierter Expert*innen-Interviews	78

Liste der Abbildungen

Abbildung 1: Vier zentrale Akzeptanzfaktoren (vgl. ESRa P1.1)	18
Abbildung 2: Anteil der Artikel mit dem jeweiligen Schlagwort im Tagesspiegel	40
Abbildung 3: Anteil der Artikel mit dem jeweiligen Schlagwort in der Lausitzer Rundschau	40
Abbildung 4: Schlagworte der Kategorie 1 in der Lausitzer Rundschau (> 20 Nennungen).....	43
Abbildung 5: Schlagworte der Kategorie 1 im Tagesspiegel (> 20 Nennungen)	43
Abbildung 6: Schlagworte der Kategorie 2 in der Lausitzer Rundschau (> 20 Nennungen).....	44
Abbildung 7: Schlagworte der Kategorie 2 im Tagesspiegel (> 20 Nennungen)	44
Abbildung 8: Schlagworte der Kategorie 3 in der Lausitzer Rundschau (> 15 Nennungen).....	45
Abbildung 9: Schlagworte der Kategorie 3 im Tagesspiegel (> 15 Nennungen)	45
Abbildung 10: Verhältnis positiver und negativer Cluster zueinander in Lausitzer Rundschau und Tagesspiegel	46
Abbildung 11: Schlagworte der Kategorie 4 in der Lausitzer Rundschau (> 10 Nennungen).....	47
Abbildung 12: Schlagworte der Kategorie 4 im Tagesspiegel (> 10 Nennungen).....	47

Liste der Tabellen

Tabelle 1: Regionale Charakteristika und entsprechende Strukturfaktoren	11
Tabelle 2: Interviewpartner*innen.....	19
Tabelle 3: Die allgemeine Einstellung im regionalen Vergleich – Interviewergebnisse ..	31
Tabelle 4: Die wahrgenommenen externen Effekte im regionalen Vergleich – Interviewergebnisse.....	32
Tabelle 5: Die wahrgenommene lokale Wertschöpfung und finanzielle Beteiligung im regionalen Vergleich – Interviewergebnisse	33
Tabelle 6: Die wahrgenommene Mitsprache und Entscheidungsmöglichkeiten im regionalen Vergleich – Interviewergebnisse	36
Tabelle 7: Anzahl der Artikel für 14 Schlagworte im Tagesspiegel und in der Lausitzer Rundschau (fett markiert: drei häufigste Schlagworte).....	39
Tabelle 8: Analysekategorien und entsprechende Schlagworte	41
Tabelle 9: Schwerpunkte der Berichterstattung im Tagesspiegel und in der Lausitzer Rundschau.....	48
Tabelle 10: Die Medienanalyse im regionalen Vergleich	66

1 Einleitung

Je nach Region wird die Energiewende in Deutschland sehr unterschiedlich wahrgenommen und verhandelt. Das zeigt sich in regional spezifischen Einstellungsunterschieden und Konfliktfeldern, die es zu überwinden gilt, wenn die Energiewende gelingen soll. Das vorliegende Papier untersucht im Rahmen des Themenfelds „Akzeptanz und räumliche Disparitäten“ im Projekt ESRa Ursachen und Erklärungsansätze für regionalspezifische Einstellungen anhand der zwei Beispielräume Berlin und Spree-Neiße/brandenburgische Lausitz.

Dazu werden im ersten Schritt **die sozialräumlichen Unterschiede** zwischen dem Landkreis Spree-Neiße und der Metropole Berlin analysiert. Die räumlichen Disparitäten werden dabei anhand von sozioökonomischen, politischen, wirtschaftlichen und sozialen Faktoren untersucht und entlang von fünf verschiedenen Dimensionen erklärt. Als Datengrundlage dienen dabei regionalspezifische statistische Daten sowie ein Ausschnitt aus der Medienberichterstattung in den regionalen Tageszeitungen.

Anschließend werden die **regional spezifischen Einstellungen** entlang der vier Akzeptanzfaktoren „allgemeine Einstellungen“, „externe Auswirkungen“, „Wertschöpfung und finanzielle Teilhabe“ sowie „Mitsprache und Entscheidungsmöglichkeiten“ beschrieben. Die Analyse der unterschiedlichen Einstellungsmuster basiert dabei einerseits auf einer qualitativen Analyse semi-strukturierter **Expert*innen-Interviews** und andererseits auf einer quantitativen und qualitativen **Analyse der medialen Diskursräume** im Berliner Tagespiegel und der Lausitzer Rundschau. Diese **empirische und überwiegend qualitative Herangehensweise** wurde gewählt, da die Analyse von Umfragen zu Einstellungen zur Energiewende in Berlin und dem Landkreis Spree-Neiße in der ersten Phase des ESRa-Projekts ergab, dass kaum quantitative Daten in ausreichend regionaler Auflösung vorliegen.

Der Fokus dieses Papiers liegt auf der Analyse regionaler Einstellungen und Haltungen, geht aber noch einen Schritt weiter. **Es erfolgt keine ausschließliche Beschreibung der Einstellungen, sondern es sollen** – im Sinne der zweiten Phase des Forschungsprojekts ESRa – **mögliche Gründe für identifizierte Einstellungsunterschiede** dargelegt werden. Dabei soll insbesondere untersucht werden, inwiefern zwischen sozialräumlichen Unterschieden und regionalen Einstellungsdivergenzen ein Zusammenhang besteht.

Das Papier ist in folgender Weise strukturiert: In **Kapitel 2** werden die sozialräumlichen Unterschiede anhand von fünf Dimensionen herausgearbeitet. Die **Kapitel 3 und 4** arbeiten die regional unterschiedlichen Einstellungen entlang der in Phase 1 des ESRa-Projekts (vgl. ESRa P1.1) identifizierten vier Akzeptanzfaktoren heraus. In **Kapitel 5** werden verschiedene Erklärungsansätze für die unterschiedlichen regionalen Einstellungen zur Energiewende aufgestellt, indem die detaillierten Analysen regionaler Unterschiede den Expert*innen-Interviews und der Medienanalyse gegenübergestellt werden. **Kapitel 6** schließt mit einem Fazit und Ausblick. Die unterschiedlichen Methoden und Datengrundlagen werden am Anfang der jeweiligen Kapitel genauer beschrieben.

2 Regionale Charakteristika und Disparitäten

Im folgenden Unterkapitel werden die regionalen Charakteristika und Disparitäten zwischen Berlin und dem Landkreis Spree-Neiße in der Lausitz vorgestellt. Die untersuchten Regionen sind in Bezug auf Demografie, Wirtschaft, Arbeitsmarkt und Beschäftigung, Erreichbarkeit und Zugang sowie politisch-demokratische Verfasstheit regional zum Teil sehr unterschiedlich. Um diese Verschiedenheit abzubilden und für eine Diskussion zu regionalen Erklärungsfaktoren disparater Haltungen zur Energiewende vorzubereiten, werden entlang von fünf Ebenen Gemeinsamkeiten und Disparitäten regionaler Strukturmerkmale dargestellt und abschließend zusammengefasst und illustriert.

Um die regionalen Charakteristika als mögliche Erklärungsansätze für disparate Einstellungsmuster zur Energiewende greifbar zu machen, werden sie in fünf Ebenen strukturiert: Die Untersuchungsregionen werden mittels demografischer Daten, Wirtschaftsbeschaffenheit, politischen Engagements, soziokultureller Aspekte und infrastruktureller Erreichbarkeit charakterisiert. Tabelle 1 stellt alle Untersuchungsebenen zu den regionalen Charakteristika und den Strukturfaktoren dar.

Tabelle 1: Regionale Charakteristika und entsprechende Strukturfaktoren

Regionale Charakteristika	Strukturfaktoren
Wer ist die Region?	<ul style="list-style-type: none"> • Bevölkerungszusammensetzung • Altersgruppen/-struktur • Zuwanderung/Abwanderung • Demografische Entwicklung
Wie wirtschaftet die Region?	<ul style="list-style-type: none"> • Wirtschaftszweige • Nutzungsflächen • Arbeitslosigkeit • Durchschnittseinkommen • Steuereinnahmekraft
Wie engagiert sich die Region?	<ul style="list-style-type: none"> • Politisches Wahlverhalten am Beispiel der <ul style="list-style-type: none"> ○ Ergebnisse Bundestagswahl 2017 ○ Ergebnisse Europawahl 2019 ○ Ergebnisse Bundestagswahl 2021
Wie zugänglich ist die Region?	<ul style="list-style-type: none"> • Zugang zu Bildung • Kultureinrichtungen • Bildungsstatistiken national/regional
Wie ist die Region angebunden?	<ul style="list-style-type: none"> • Bahn/Schiene/Netz • Internet/Breitband/Glasfaser • Gesundheitsversorgung

Quelle: Eigene Darstellung

2.1 Ebene 1: Wer ist die Region?

Der Blick auf die demografische Entwicklung der Untersuchungsregionen erlaubt sehr gegenläufige Aussagen: Der Landkreis Spree-Neiße weist eine relativ niedrige und rückläufige Einwohner*innenzahl (114.429 in 2019, 118.030 in 2015, vgl. Eurostat 2019) auf, er hat eine der ältesten Bevölkerungen aller Landkreise in Brandenburg (vgl. BMI 2019), mit mehr Männern als Frauen (vgl. Eurostat 2019), einem sehr niedrigem Ausländer*innenanteil von 3,33% und negativer Binnenwanderung von -20,10 (vgl. BMI 2019). Die Demografie stellt sich in Berlin deutlich anders dar: In der Hauptstadt und dem Flächenstaat ist die Einwohner*innenzahl nach jahrelanger Stagnation (seit 1990) bei 3,4 Millionen Einwohner*innen seit Mitte der 2010er Jahre stark gestiegen auf mittlerweile fast 3,7–3,8 Millionen. Sie ist dabei eine vergleichsweise junge, kosmopolitische, internationale Stadt mit 19,24% Ausländer*innenanteil, einem höheren Frauenanteil (vgl. Eurostat 2019) und hoher Zuwanderung aus dem Ausland (Außenwanderung von 103,9) (vgl. BMI 2019). Gleichzeitig ist auch dort eine negative Binnenwanderung von -23,15 zu beobachten, was bedeutet, dass mehr Personen aus Berlin in andere deutsche Landkreise umziehen als andersherum. Nichtsdestotrotz ist ein Bevölkerungswachstum zu identifizieren, was auch für den Berliner „Speckgürtel“ (0,5%–2%) gilt. Wegzug aus Berlin ist demnach auch in einigen Fällen mit „Rauszug“ verbunden.

Es lohnt sich ein genauerer Blick in die Untersuchungsregionen, um zu verstehen „wer“ die Region ist. Das wird nun anhand der soziodemographischen Regionenbeschreibungen vollzogen, die auch bereits im ESRa-Produkt 4.2 beschrieben wird (hier Wiedergabe für Spree-Neiße S. 34ff. und für Berlin S. 26ff.): Die Lausitz und der brandenburgische Landkreis Spree-Neiße sind kleinstädtisch geprägt, die Kreisstädte Forst (19.000 Einwohner*innen) und Spremberg (knapp 22.000 Einwohner*innen) (vgl. Eurostat 2021, ESRa P4.2: 35) sind die größten Gemeinden. Der Landkreis Spree-Neiße hat eine Fläche von 1.657,45 km² (vgl. Eurostat 2021) und ist demnach flächenmäßig etwa doppelt so groß wie Berlin. Zwischen 2005 und 2019 ist die Bevölkerungszahl um 16,9% gesunken (vgl. ESRa P3.1: 7, ESRa P4.2: 35). Die Einwohner*innenzahl der in der Mitte liegenden kreisfreien Stadt Cottbus, die auch Bezugs- und Oberzentrum ist, ist im Gegensatz zu der des Landkreises seit 2015 gestiegen (100.219 in 2019; 99.491 in 2015), genau wie die generellen Bevölkerungszahlen in Brandenburg (2.511.917 in 2019; 2.457.872 in 2015) (vgl. Eurostat 2021, ESRa P4.2: 7). Gleichzeitig haben die Zahlen ab 2020 gezeigt, dass Cottbus wieder schrumpft – so hatte die Stadt am 30.04.2021 wieder nur noch 98.347 Einwohner*innen (vgl. Cottbus Stadtverwaltung o. D.).

Wie oben beschrieben hat der Landkreis Spree-Neiße einen hohen Altersdurchschnitt und einen geringen Zuzug aus dem Ausland (vgl. BMI 2019). Die Außenwanderung betrug 2018 pro 10.000 Einwohner*innen 11,45 (vgl. BMI 2019). Die Binnenwanderung 2018 pro 10.000 Einwohner*innen ist in Spree-Neiße negativ (-20,10) ausgeprägt, wenn auch nicht so stark wie in Cottbus (-71,10) oder im Landkreis Oder-Spree (-80,32). Diese Entwicklung ist gegenläufig zu einigen ostbrandenburgischen Landkreisen, wie Barnim (131,92) und Märkisch-Oderland (112,80), wo starker Zuzug verzeichnet wird (vgl. BMI 2019, ESRa P4.2: 35).

In Berlin ist eine andere Entwicklung zu beobachten: Die Stadt hat in den 2010er Jahren einen signifikanten Einwohner*innenzuwachs erfahren. So kamen zwischen 2015 und 2019 rund 185.000 Einwohner*innen dazu: die Gesamtzahl ist von 3.469.849 (2015) auf 3.644.826 (2019) angewachsen (vgl. Eurostat 2021; ESRa P4.2: 28). Berlin ist vergleichsweise jung und international, und erstreckt sich über eine Fläche von 891,8 km² (vgl. BMI 2019), was etwa der Hälfte der Untersuchungsregion Spree-Neiße entspricht. Berlin besteht aus zwölf Bezirken mit je 250.000–400.000 Einwohner*innen. Die Bezirke unterscheiden sich teilweise stark bzgl. sozioökonomischer und demografischer Aspekte. Die Stadt wirkt weiterhin als Zuwanderungsmagnet, mit einer Außenwanderung von 103,91

(vgl. ebd.). Anders sieht es bei der Binnenwanderung aus, wo ein Wanderungssaldo von -23,15 zu erkennen ist. Daher ziehen mehr Personen aus Berlin in andere deutsche Landkreise um als andersherum. Nichtsdestotrotz wachsen die Stadt und ihr Speckgürtel – die Gemeinden um Berlin sind etwa zwischen 2013 und 2018 um 0,5%–2% (vgl. Eurostat 2021; BMI 2019; ESRa P4.2: 28) gewachsen. Daher ist auch innerhalb Berlins und zwischen der Innenstadt, den Außenbezirken und dem Speckgürtel viel Bewegung. Eine Vermutung könnte sein, dass sich die verschärfte Lage auf dem Wohnungsmarkt in der Hauptstadt auf den Wegzug ins Umland auswirkt. Auch die Corona-Pandemie könnte zu einer vermehrten Stadtfucht geführt haben – zumindest stellen erste journalistische und wissenschaftliche Beobachtungen dies fest. Die aktuellen Einwohner*innenzahlen bestätigen diesen Trend: In den Jahren 2020 und 2021 sind die Einwohner*innenzahlen nach jahrelangem Anstieg wieder gesunken und somit beklagt die Hauptstadt den „ersten Wanderungsverlust seit 20 Jahren von fast 2000 Personen“ (vgl. Statistik Berlin-Brandenburg 2021). Auch die Pendlerströme in und aus Berlin sind sehr groß: Täglich pendeln in Berlin 1.714.090 Menschen: 333.859 Einpendler*innen, 187.147 Auspendler*innen und 1.193.084 Binnenpendler*innen (vgl. Bundesagentur für Arbeit 2020).

Diese Darstellung zeigt, dass eine starke Divergenz und gegenläufige Entwicklungen zwischen den beiden Untersuchungsregionen in Bezug auf die demografische Entwicklung bestehen. Während Berlin wächst, verliert der Landkreis Spree-Neiße an Bevölkerung und Jugend. Diese Verlustempfindung kann durchaus eine Rolle spielen in Bezug auf mögliche Erklärungsansätze für Einstellungen zur Energiewende.

2.2 Ebene 2: Wie wirtschaftet die Region?

Regionale Disparitäten zeigen sich auch bei der Wirtschaftsstruktur: Während der Landkreis Spree-Neiße als Teil der Kohleregion Lausitz mit dem Abbau von Braunkohle und der Stromerzeugung wirtschaftlich eng verflochten ist und eine recht hohe Pfadabhängigkeit aufweist, gibt es auch große Waldflächen von 44,6% (deutschlandweit 30%) und landwirtschaftliche Nutzflächen von 35,1% (deutschlandweit 51%) (vgl. BMI 2019). Die Wirtschaftsstruktur in Berlin ist hingegen sehr divers: Neben wissenschaftlichen, politischen, gesundheitlichen und kulturellen Institutionen und Organisationen in Form etwa von Universitäten und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen besteht die Wirtschaft aus einer Vielzahl von Unternehmen unterschiedlicher Größe und Sektoren.

Im Landkreis Spree-Neiße spielt jedoch nicht nur die Kohleindustrie eine wichtige Rolle, obwohl sie der dominante Wirtschaftszweig ist. Das wird nun anhand der sozioökonomischen und wirtschaftlichen Regionenbeschreibungen beschrieben, wie im ESRa-Produkt 4.2 (hier Wiedergabe für Spree-Neiße S. 35ff. und für Berlin S. 30ff.):

Der Landkreis Spree-Neiße weist ein vergleichsweise hohes BIP im Vergleich zu Brandenburg und auch im Vergleich zu den anderen Landkreisen in der Lausitz auf. Dies resultiert aus dem produzierenden Gewerbe – Bergbau, Energie- und Wasserversorgung sowie Energiewirtschaft (vgl. ESRa P3.1: 7, ESRa P4.2). Der Abbau von Braunkohle und die Generierung von Energie sind prägend für die Region Lausitz und speziell den Landkreis Spree-Neiße. Eines der größten Wärmekraftwerke Deutschlands, das aus Braunkohle Energie erzeugt, aber auch einer der größten CO₂-Erzeuger Deutschlands und weltweit liegt in der Gemeinde Jänschwalde im Landkreis Spree-Neiße, ebenso die Tagebaue Schwarze Pumpe und Welzow-Süd. Der Fokus auf Kohle- und Energiewirtschaft im Landkreis stellt im Rahmen der Energiewende eine sogenannte Pfadabhängigkeit dar, die es zu berücksichtigen gilt.

Die Erwerbstätigenquote ist zwischen 2007 und 2017 um -0,13% geschrumpft, eine Zahl, die nur vom Landkreis Prignitz mit -0,2% und den kreisfreien Städten Frankfurt (Oder) mit -0,9% und Cottbus mit -0,54% übertroffen wird (vgl. BMI 2008–2018). Die Arbeitslosenquote lag im Landkreis Spree-Neiße bei 6,3% (5,0% deutschlandweit, 7,8% Berlin, 7,6% in Cottbus) (vgl. BMI 2020).

Im Landkreis Spree-Neiße sind im Vergleich mit allen Landkreisen der sächsischen und brandenburgischen Lausitz die meisten Arbeitsplätze im fossilen Energiesektor beheimatet. Dennoch waren 2017 in der gesamten Region Lausitz lediglich 3,84% von 413.666 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Bergbau, der Energie- und Wasserversorgung und der Energiewirtschaft tätig (vgl. Wirtschaftsregion Lausitz GmbH 2018).

Neben diesem Industriezweig sind auch die Papier- und Kartonagenherstellung im regionalen Wachstumskern Spremberg und die Kunstfaserindustrie in Guben wichtige Wirtschaftszweige. Weitere wirtschaftliche Bezugspunkte für den Landkreis sind der Spreewald mit seiner Tourismuswirtschaft und die kreisfreie Stadt Cottbus. Die großen Arbeitgeber in der Stadt sind die LEAG, die Brandenburgisch-Technische Universität Cottbus-Senftenberg (BTU), das Klinikum und die Eisenbahninstandhaltungsanlage als größter industrieller Arbeitgeber (vgl. Wiesholzer 2021; ESRa P4.2: 36), die den Einwohner*innen von Spree-Neiße hunderte Arbeitsplätze bieten. Weitere Arbeitsplätze in Stadt und Region werden durch mittelständische Arbeitgeber und in Zukunft durch Unternehmen, die im Rahmen des Strukturwandels dort angesiedelt werden, geschaffen (vgl. ESRa P4.2: 36). Auch infolge der Ansiedlung des US-Elektroautobauers Tesla in Grünheide bei Berlin, das im ostbrandenburgischen Landkreis Oder-Spree liegt, werden neue Ansiedlungen von Zulieferern in Spree-Neiße in den nächsten Jahren erwartet. Vor Kurzem wurde der Bau der größten europäischen Lithium-Fabrik in Guben angekündigt, der mit der Tesla-Ansiedlung zusammenhängt. Weitere Unternehmen, Zulieferer und Technologiecluster könnten folgen.

Das verfügbare Einkommen und die Steuereinnahmen sind in beiden Untersuchungsregionen etwa gleich, aber trotzdem unter dem Bundesdurchschnitt. Die Steuereinnahmen liegen mit ca. 1.000€ je Einwohner*in im Jahr 2018 im brandenburgischen Durchschnitt und sind z.B. höher als in Cottbus, aber wesentlich niedriger als etwa in der Gemeinde Schönefeld (15.933,13€) (vgl. BMI 2018, ESRa P4.2). Das verfügbare Einkommen privater Haushalte je Einwohner*in im Jahr 2017 in 1.000€ lag bei 20,28€ (zum Vergleich: 20,17€ Cottbus, 22,50€ deutschlandweit). Damit sind Steuereinnahmen und Einkommen in Berlin und Spree-Neiße ähnlich ausgeprägt.

Neben öffentlichen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen sowie zivilgesellschaftlichen Institutionen und Organisationen besteht die Wirtschaft aus verschiedenen Unternehmen unterschiedlicher Größe und Sektoren. Die Berliner Wirtschaft hat somit eine **fragmentierte Wirtschaftsbranchenstruktur** mit einem wachsenden Dienstleistungssektor und einem stagnierenden produzierenden Gewerbe. Der Berliner Industriesektor ist mit 783 Industriebetrieben (ab 20 Mitarbeitenden) und etwa 111.000 sozialversicherungspflichtigen Angestellten im Jahr 2018 mittelstark ausgeprägt. Die Bruttowertschöpfung der verschiedenen Wirtschaftsbranchen in Berlin lag im Jahr 2017 bei etwa 123 Mrd. €, was etwa der Bruttowertschöpfung in Hamburg im Jahr 2019 entspricht (vgl. Handelskammer Hamburg 2020) – bei etwa der doppelten Bevölkerungsanzahl. Hieran wird erkennbar, dass Berlin im Vergleich zu den großen Wirtschaftsstandorten in Deutschland eine geringere Wirtschaftskraft hat. Die höchste Wertschöpfung in Berlin 2017 laut IHK Berlin/Statistischem Bundesamt wird in den Bereichen öffentliche Dienstleistung (31%) und Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleistungen sowie Grundstücks- und Wohnungswesen (31%) generiert. Eine untergeordnetere Rolle spielen Handel, Verkehr, Lagerei und Gastgewerbe (23%) sowie produzierendes Gewerbe (15%) (vgl. IHK Berlin 2021; ESRa P4.1: 10f.). Die Bruttowertschöpfung nimmt in Berlin seit 1990 kontinuierlich zu (vgl. IHK Berlin 2021).

Die Arbeitslosigkeit lag 2019 in Berlin bei 7,8% (5% deutschlandweit), wobei die Wachstumsrate der Erwerbstätigen zwischen 2007 und 2017 bei 2,1% lag. Seit 2012 hat Berlin stets das stärkste Job-Wachstum aller Bundesländer (vgl. ESRa P3.1: 7). 2019 wurde in Berlin mit 3% das höchste BIP-Wachstum aller Bundesländer erzielt – primär im Dienstleistungs- und Start-Up-Sektor (vgl. ebd.). Weitere wirtschaftliche und technologische Erfolgsfaktoren sind die seit 2019 bundesweit höchste Zahl an Gewerbeanmeldungen und die hohe Zahl an Universitäten, Forschungseinrichtungen (vgl. ebd.) und Technologie- und Forschungsparks (vgl. ESRa P4.1). Die Berliner Industrieentwicklung stützt sich auch auf langjährige Traditionen im Bereich der Metallindustrie und Elektrotechnik, der Maschinen und des Fahrzeugbaus sowie neuerdings auch der Erneuerbaren Energien (vgl. ESRa P3.1: 7). Ca. 40% der Arbeitnehmer*innen in Berlin arbeiten in Großbetrieben, aber die meisten Unternehmen sind kleine Unternehmen (75.563 Unternehmen mit weniger als 50.000€ Umsatz jährlich) (vgl. ESRa ebd.). Die Steuereinnahmekraft in Berlin lag 2018 je Einwohner*in bei 1.189€, knapp unter den wirtschaftsstarken Regionen von Nordrhein-Westfalen, Bayern, Baden-Württemberg (mit über 1.200€ je Einwohner*in) (vgl. BMI 2018 über Thünen-Erhebung). Das jährlich verfügbare Einkommen je Haushalt liegt deutlich unterhalb des Bundesdurchschnitts, um fast 2.500€ pro Person. Das verfügbare durchschnittliche Jahreseinkommen je Haushalt lag 2018 bei 20.880€ (Bundesdurchschnitt 22.868 €) (vgl. BMI 2018). Damit sind Steuereinnahmen und Einkommen in Berlin und Spree-Neiße ähnlich ausgeprägt (vgl. ESRa P4.2).

Wie die statistischen Daten aufzeigen, gibt es durchaus wirtschaftliche Ähnlichkeiten zwischen beiden Regionen, etwa bei Steuereinnahmen und Einkommen. Anders als in Berlin ist der Wirtschaftssektor in Spree-Neiße jedoch stark mit dem Kohlesektor verknüpft.

2.3 Ebene 3: Wie wählt die Region?

Zur Einschätzung der politischen Aufstellung der Region ist ein Blick auf das Wahlverhalten von Interesse. Bei der **Bundestagswahl 2017** war die Wahlbeteiligung in beiden Regionen etwa gleich, sie lag jeweils bei 76%¹. Während in Berlin die Stimmen divers verteilt waren², waren die Stimmen in Spree-Neiße zu einem großen Teil im bürgerlich-konservativen sowie im rechtspopulistischen Lager verortet³. Diese Tendenz hat sich auch bei den regionalen Abstimmungen bei der Europawahl 2019 bestätigt. Überraschend scheint die Abwahl der CDU und der Aufstieg der SPD im Wahlkreis Cottbus-Spree-Neiße bei den Bundestagswahlen 2017 und 2021. In Berlin wird hingegen die Koalition von SPD, Linken und Grünen fortgeführt, allerdings haben die Grünen 2021 im Vergleich zu 2016 mehr Stimmen gewonnen und sind SPD-Juniorpartner, während die Linke schlechter abschnitt als 2016. Berliner Stadtpolitik wird demnach in den kommenden fünf Jahren grüner.

Ein genauer Blick in die Untersuchungsregion zeigt ein unterschiedliches Bild: Bei der **Abgeordnetenhauswahl 2016 in Berlin** war die SPD bei den Zweitstimmen die stärkste Kraft vor der CDU, wobei Grüne, die Linke und die AfD nahezu gleichauf lagen. Die Stimmenverteilung war unterschiedlich über die Bezirke verteilt. Die CDU dominierte in

¹ Wahlbeteiligung BTW 2017: Berlin: 75,6%, Wahlbeteiligung BTW 2017: Neuhausen/Spree 84,2%, Kolkwitz 84,1%, Jänschwalde 68,9%, Schenkendöbern 80,2% (zur Info: Cottbus), deutschlandweit: 76,2%; Quelle: Bundeswahlleiter.

² Ergebnisse BTW 2017 für Berlin - *Erststimme*: 24,7% CDU, 21% SPD, 20,2% Die Linke, 12,4% Grüne, 11,4% AfD, 5,6% FDP, 4,7% Sonstige; *Zweitstimme*: 22,7% CDU, 17,9% SPD, 18,8% Die Linke, 12,6% Grüne, 12,0% AfD, 5,6% FDP, 4,7% Sonstige; Quelle: Bundeswahlleiter 2017.

³ Ergebnisse BTW 2017 für den Wahlkreis 064: Cottbus-Spree Neiße - *Erststimme*: 28,4% CDU, 25,3% AfD, 17% SPD, 15,7% Die Linke, 3,3% Grüne, 5,7% FDP, 4,6% Sonstige; *Zweitstimme*: 26,8% AfD, 24,1% CDU, 16,5% Die Linke, 15,2% SPD, 3,1% Grüne, 7,6% FDP, 6,6% Sonstige; Quelle: Bundeswahlleiter 2017.

den westlichen, geografisch leicht peripheren Bezirken. Die SPD hingegen wurde in eher zentralen Bezirken in Ost und West gewählt. Eindeutiger kann eine Aussage über die Wahlorte der Grünen, der Linken und der AfD getroffen werden: Während die Linke und die AfD primär in den östlichen Stadtteilen gewählt wurden, wobei die AfD insbesondere in den äußersten Stadtteilen im Osten dominierte, sind die Grünen in den Zentrumsstadtteilen am stärksten gewesen. Bei der **Europawahl 2019** sah die Verteilung der Wahlergebnisse bereits ganz anders aus: In Berlin wurden die Grünen mit Abstand stärkste Partei und erreichten nicht nur die Bevölkerung in der Innenstadt, sondern auch Randbezirke der Stadt. Damit wurde in der Stadt ein Zeichen für mehr Klimaschutz gesetzt. Bei der **Abgeordnetenhauswahl 2021** setzte sich dieser Trend fort: Die Grünen erhielten großen Zuwachs und lagen bei Erst- und Zweitstimme knapp hinter der SPD. Dabei konnten sie auch in eher peripheren Stadtteilen viele Wähler*innenstimmen gewinnen. Die Linke und die AfD haben 2021 Stimmenverluste im Vergleich zu 2016 erlitten .

Der **Landkreis Spree-Neiße** ist hingegen durch eine starke Präsenz der AfD geprägt. Bei der **Bundestagswahl 2017** wurde bei den Erststimmen die AfD im Wahlkreis, der Cottbus und Spree-Neiße repräsentiert, knapp hinter der CDU zweitstärkste Partei (Erststimme: 28,4% CDU, 25,3% AfD, 17% SPD, 15,7% Die Linke, 3,3% Grüne, 5,7% FDP, 4,6% Sonstige), während sie bei der Zweitstimme am häufigsten gewählt wurde (Zweitstimme: 26,8% AfD, 24,1% CDU, 16,5% Die Linke, 15,2% SPD, 3,1% Grüne, 7,6% FDP, 6,6% Sonstige). Bei der **Landtagswahl in Brandenburg und der Europawahl 2019** ergab sich ein ähnliches Bild.

Bei der **Bundestagswahl 2021** legte hingegen die SPD ein wahres „Comeback“ hin, steigerte sich bei der Erststimme um 10% und bei der Zweitstimme um 13% und wurde zur stärksten Kraft knapp vor der AfD (vgl. Bundeswahlleiter 2021). Die CDU hat hier an Wähler*innenstimmen verloren. CDU und SPD wechselten sich also als stärkste Kraft bei der Bundestagswahl im Wahlkreis Spree-Neiße-Cottbus ab, während die AfD beide Male zweitstärkste Kraft war (vgl. Bundeswahlleiter 2021). Die AfD ist im Landkreis sehr präsent und in vielen Stadtverordnetenversammlungen stark vertreten. Hingegen fällt auf, dass die Grünen quasi keine Rolle in Spree-Neiße spielen, was zum einen auf die generell kleinere Bedeutung der Partei in den neuen Bundesländern, aber evtl. auch auf den Kohleausstieg zurückzuführen sein könnte.

2.4 Ebene 4: Wie zugänglich ist die Region?

Die Regionen Berlin und Spree-Neiße verfügen über **unterschiedliche Grade an Zugänglichkeit zu Bildungs-, Sozial- und Kulturangeboten**. Während Berlin eine kosmopolitische Stadt mit vielen Kultur- und Sozialeinrichtungen ist, ist in Spree-Neiße der Zugang zu verschiedenen Kulturangeboten limitiert. Die amtsfreie Stadt Cottbus verfügt hingegen über ein breites Kulturangebot.

Im Bereich **Forschung und Wissenschaft** sind die Unterschiede zwischen den Untersuchungsregionen enorm. Während es in Berlin mit den vier Universitäten – der Humboldt-, der Technischen und der Freien Universität sowie der Universität der Künste – und zahlreichen Fachhochschulen viele Zugänge zu Wissenschaft und Forschung gibt, ist dieser in Spree-Neiße beschränkter. Die FH Lausitz in Senftenberg war die einzige Fachhochschule in Spree-Neiße, die aber 2015 mit der BTU Cottbus zur BTU Cottbus-Senftenberg mit über 7.000 Studierenden fusionierte. In Senftenberg waren im Wintersemester 2019/2020 ca. 1.120 Studierende eingeschrieben (vgl. Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2020: 158).

Im Bereich Bildung erzielen beide Regionen eher ein durchschnittliches Ergebnis: In beiden Regionen liegt die Anzahl der Schulabgänger*innen mit allgemeiner Hochschulreife im

Durchschnitt. Während die Zahl in Berlin im Jahr 2017 bei 47,6% lag, lag sie in Spree-Neiße bei 39,2% aller Schulabgänger*innen (vgl. Thünen-Landatlas 2021). Demnach liegt der Wert von Spree-Neiße auch im Durchschnitt der anderen ostbrandenburgischen Landkreise: Während die amtsfreie Stadt Cottbus mit 50,1%, Dahme-Spreewald mit 45,5% und Barnim mit 39,8% höhere Werte als Spree-Neiße erzielen (und Cottbus auch höhere Werte als Berlin), sind die Werte in den Landkreisen Oder-Spree mit 36,8%, Märkisch-Oderland mit 35,4% und der Uckermark mit 31,9% niedriger (vgl. Thünen-Landatlas 2021).

In Bezug auf die Zahl der Schulabgänger*innen ohne Hauptschulabschluss sind beide Untersuchungsregionen schlecht aufgestellt: In Berlin liegt diese bei 9,95% (während sie in Hamburg bei 3,39% liegt) und in Spree-Neiße bei 10,04% (drittschlechtester Wert der Brandenburger Landkreise) (vgl. BMI 2019). Insgesamt gab es im Schuljahr 2019/20 im Landkreis Spree-Neiße 34 selbstständige Schulen, 384 Klassen und insgesamt 9.154 Schüler*innen (vgl. Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2020: 132).

2.5 Ebene 5: Wie ist die Region angebunden?

In Bezug auf die Erreichbarkeit der Untersuchungsregionen sind eindeutige regionale Disparitäten zu erkennen. Diese werden v.a. in den Bereichen Anbindung zum Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV), Internetversorgung, Gesundheitsversorgung und schulische Anbindung identifiziert.

Die **Anbindung an den ÖPNV⁴** liegt in Berlin bei 99%, während die Anbindung im Landkreis Spree-Neiße zwischen den Gemeinden stark fragmentiert ist: Während Gemeinden wie Kolkwitz (74,9%) oder Peitz (73,6%) hohe Werte aufweisen, findet sich in der Verbandsgemeinde Döbern-Land (8,5%) der schlechteste/niedrigste Wert aller Gemeinden in ganz Ostdeutschland. Auch in den Ortschaften Forst (Lausitz) (54%) und in der Verbandsgemeinde Neuhausen/Spree (44,6%) finden sich vergleichsweise niedrige Werte.

Die Breitbandversorgung⁵ liegt in Berlin mit 97% klar über dem Bundesdurchschnitt von 90,2%. Spree-Neiße hingegen ist mit 74,92% eindeutiges Schlusslicht aller Landkreise in Brandenburg. Die mobile Breitbandverfügbarkeit⁶ liegt in Berlin bei 100%, während sie sich in den Gemeinden von Spree-Neiße stark unterscheidet, wie die Gemeinden Tauer (26,41%) und Kolkwitz (99,90%) zeigen.

Auch bei der Gesundheitsversorgung ist der Grad der hausärztlichen Versorgung⁷ in Berlin mit 63,93 (Hausarzt*innen im Jahr 2017 je 100.000 Einwohner*innen) relativ niedrig. Jedoch schneidet Spree-Neiße mit 57,16 am schlechtesten unter allen Landkreisen in Brandenburg ab. Auch die Erreichbarkeit von Krankenhäusern⁸ ist in Berlin mit 7,8 Minuten hoch, während in Spree-Neiße erneut starke lokale Unterschiede vorliegen: Der schlechteste Wert liegt in der Gemeinde Neiße-Malxetal mit 25 Minuten vor.

⁴ Anteil der Bevölkerung, die in maximal 600 m bzw. bei Bahnhöfen 1.200 m Luftlinienentfernung um eine Haltestelle mit mindestens 20 Abfahrten im ÖV am Tag wohnt, vgl. BMI 2020.

⁵ Anteil der Haushalte, die mit einer Internetgeschwindigkeit von mindestens 50 Mbit/s versorgt werden können im Jahr 2019, vgl. BMI 2020.

⁶ Mobile Breitbandverfügbarkeit mit LTE ab 2Mbit/s in % der Fläche im Jahr 2020, vgl. BMI 2020.

⁷ Hausarzt*innen im Jahr 2017 je 100.000 Einwohner*innen, vgl. BMI 2020.

⁸ Mittlere Pkw-Fahrzeit zum nächsten Krankenhaus mit Grundversorgung 2016, vgl. BMI 2020.

3 Regionalspezifische Einstellungen aus der Perspektive lokaler Expert*innen

1. **Allgemeine Einstellungen** zur Energiewende und Verständnis für die Notwendigkeit
2. **Externe Auswirkungen** wie Landschaftsbild, Umwelt, Emissionen oder wirtschaftliche Entwicklungen
3. **Lokale Wertschöpfung und finanzielle Teilhabe** von Kommunen und Anwohnenden
4. **Einbezug der betroffenen Bevölkerung und Kommunen** in Planungs- und Entscheidungsprozesse

Abbildung 1: Vier zentrale Akzeptanzfaktoren (vgl. ESRa P1.1)

Quelle: Eigene Darstellung

Dieses Kapitel soll einen deskriptiven Überblick über die aktuellen Einstellungen zu Energiewende- und Klimaschutzthemen in Berlin und Spree-Neiße bzw. der brandenburgischen Lausitz bieten. Es arbeitet regionale Spezifika heraus und gibt erste Hinweise auf mögliche Erklärungen der Einstellungsunterschiede. Zur Untersuchung der Akzeptanz wurden in der ersten Phase des Projekts ESRa vier zentrale Faktoren (vgl. Abbildung 1) erarbeitet, die maßgeblich sind für Einstellungen gegenüber Energiewendevorhaben (vgl. ESRa P1.1). Diese Faktoren sind oft sehr eng miteinander verknüpft und bedingen sich gegenseitig (vgl. Zoellner et al. 2008; Sonnberger/Ruddat 2016; Liebe/Dobers 2019).

Die hier dargestellten Ergebnisse wurden mithilfe qualitativer, semi-strukturierter Expert*innen-Interviews erhoben. Es wurden 25 Vertreter*innen aus der Berliner/Lausitzer Zivilgesellschaft, Wirtschaft, und Lokal-/Kommunalpolitik für Interviews angefragt und daraufhin **zehn Interviews** durchgeführt (sechs Expert*innen aus Berlin, vier Expert*innen aus der brandenburgischen Lausitz) (s. Tabelle 2). Die Interviews fanden zwischen **August und November 2021** statt. Sie wurden in deutscher Sprache und persönlich geführt; entweder per Telefon oder online per *Zoom/MS Teams*. In den meisten Fällen stimmten die Interviewten der Aufnahme des Gesprächs zu, in wenigen Fällen konnte lediglich mitgeschrieben werden. Die Leitfragen orientierten sich dabei an den vier Akzeptanzfaktoren (s. Anlage 8.1).

In der nachfolgenden Tabelle sind die Interviewpartner*innen (teilweise anonymisiert), ihre Institutionen und Positionen/Funktionen (teilweise anonymisiert), die regionale Zuordnung, das Datum des Interviews sowie die Form des Interviews und Protokolls aufgeführt. Da einige Akteur*innen den Interviews nur unter der Prämisse zustimmten, dass sie anonym bleiben und nicht direkt zitiert werden, werden die Ergebnisse der Interviews im Folgenden in aggregierter Form dargestellt.

Tabelle 2: Interviewpartner*innen

Name	Institution	Position/ Funktion	Regionale Zuordnung	Datum	Form
anonym	anonym	Klimaschutz- manager*in	Berlin	30.08.2021	Telefonisches Interview; Ge- sprächsnotiz
anonym	Regionale Planungs- gemeinschaft Lausitz- Spreewald	Energie- manager	Lausitz	01.09.2021	Zoom Inter- view; Gesprächs- notiz und Aufnahme
anonym	anonym	Sozialraum- orientierte Planungs- koordination	Berlin	03.09.2021	Telefonisches Interview; Gesprächs- notiz
Ralph Homeister & Andreas Stahlberg	Gemeinde Schenken- döbern	Bürgermeis- ter und Bau- amt/Bergbau bedingte Sonderauf- gaben	Lausitz	06.09.2021	Zoom Inter- view; Gesprächs- notiz und Aufnahme
anonym	anonym	Klimaschutz- manager*in	Berlin	24.09.2021	Zoom Inter- view; Gesprächs- notiz und Aufnahme
Peter Zeigert	Berlin autofrei	Ehren- amtlicher	Berlin	30.09.2021	Zoom Inter- view; Gesprächs- notiz und Aufnahme
Erik Pfeifer	IHK Berlin	Team Umwelt & Energie	Berlin	12.10.2021	MS Teams In- terview; Ge- sprächsnotiz
Susann Wor- schech	BVV Neukölln	Bezirksver- ordnete der Partei die Grünen	Berlin	02.11.2021	Zoom Inter- view; Gesprächs- notiz und Aufnahme
Valentina Troendle	Lausitzer Perspektiven	Koordinato- rin	Lausitz	11.11.2021	Telefonisches Interview; Ge- sprächsnotiz
anonym	anonym	Klimaschutz- manager*in	Lausitz	19.11.2021	Zoom Inter- view; Gesprächs- notiz und Aufnahme

Quelle: Eigene Darstellung

3.1 Allgemeine Einstellungen zu Energiewende und Klimawandel

3.1.1 Berlin

Insgesamt wurde die **allgemeine Einstellung** der Bevölkerung zur Energiewende in Berlin von den Interviewten als **positiv** beschrieben. Nicht nur sei das Interesse da und die Relevanz von Klimaschutz – und insbesondere von einer Verkehrswende – angekommen, viele wollten auch selbst aktiv werden. Es wurde jedoch auch eingeräumt, dass es durchaus Konflikte gebe und sich ein Auseinanderklaffen der Einstellungen in Innenstadt und Außenbezirken zeige. Darüber hinaus zeigte sich in der Befragung der unterschiedlichen Stakeholder ein differenzierteres Bild. Je nachdem welche*r Akteur*in befragt wurde, wurden unterschiedliche Schwerpunkte gesetzt und Kritikpunkte geäußert.

Das **Auseinanderdriften zwischen Anspruch, klimapolitischen Ambitionen und Denken** auf der einen **sowie Wirklichkeit, Umsetzung und Handeln** auf der anderen Seite wurde als prägend für die Einstellung zur Energiewende angeführt. Das gelte insbesondere für die Berliner Politik (klimapolitische Ziele vs. Art und Geschwindigkeit der Umsetzung), aber auch für die individuelle Ebene (nachhaltiges Denken vs. Handeln). So wurde u.a. der Eindruck geäußert, Berliner Klimapolitik habe sich zu einer „Sonntagsredenpolitik“ entwickelt, die Fragen der Praktikabilität außer Acht lasse und es an politischem Willen zur Umsetzung mangeln ließe. Trotz weitreichender Ziele, fortschrittlicher Gesetzgebung und eines progressiven Diskursraums wurde die Berliner Klimapolitik vereinzelt als wenig progressiv empfunden – insbesondere im Vergleich mit anderen Großstädten. Zusammenhängend damit wurden **Wille und Kompetenz der Berliner Verwaltung** im Bereich der Energiewende von den Befragten unterschiedlich wahrgenommen. Während Vertreter*innen der Berliner Verwaltung eine positive Grundstimmung bezüglich Klimaschutz wahrnehmen und ihr Offenheit und Wille attestierten, herrschte bei Befragten aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft eher der Eindruck vor, die Verwaltung würde ihre Verantwortung nicht wahrnehmen. Die strukturellen und finanziellen Probleme der Verwaltung wurden von allen Befragten gesehen. Nichtsdestotrotz formulierten sie Erwartungen nach besserer Erreichbarkeit und Unterstützung durch die Verwaltung.

Bei der Frage danach, welche Energiewendethemen in Berlin aktuell **die größte gesellschaftliche Aufmerksamkeit** erhalten, wurde durchgehend das Thema **Verkehrswende** bestätigt (was sich auch mit der quantitativen Auswertung der Medienanalyse deckt – vgl. Kapitel 4.2). Die Verkehrswende sei ein großer Streitpunkt und die Debatte würde – auch medial – konfrontativ, polarisierend und emotionalisiert geführt. Dabei sei die Verkehrswende das zentrale Thema, weil der Verkehr in Berlin einen hohen Anteil der CO₂-Emissionen ausmacht und da die Berliner Verkehrswende, angesichts der aktuell hohen Zahl an jährlichen Verkehrstoten, auch Themen wie Gesundheit und Sicherheit fördere. Darüber hinaus habe die Verkehrswende starke Auswirkungen auf die persönliche Lebenswelt der Berliner*innen und gehe mit der Notwendigkeit einher, Gewohnheiten zu ändern (s. Kap. 3.2 – Externe Auswirkungen). Die Intensität der Konfliktbeladenheit sei abhängig von der jeweiligen verkehrlichen Maßnahme. So stoße der Ausbau des ÖPNV auf breite Zustimmung und sei bei vielen anschlussfähig, während Maßnahmen wie Parkraumbewirtschaftung, Ausbau des Radverkehrs und autofreie Innenstadt auf größere Beharrungskräfte stießen. Insbesondere die Frage nach autofreien Innenstädten verdeutliche das Polarisierungspotenzial der Debatte. Dennoch konnte die Initiative „Berlin autofrei“, die eine weitgehende Sperrung der Berliner Innenstadt für den privaten Autoverkehr fordert, innerhalb weniger Monate sogar mehr als die nötige Unterschriftenzahl für eine Befassung im Senat sammeln (vgl. Haarbach 2021).

Als Thema, das hingegen **kaum Beachtung** finde, wurde die **Wärmewende** genannt. Bei den Klimaschutzmanager*innen würden zwar vermehrt Anfragen dazu eingehen, insgesamt „schlummere“ das – klimapolitisch sehr relevante – Thema jedoch vor sich hin und sei nur Expert*innen und unmittelbar Verantwortlichen bekannt. Wärmewende sei „unsexy“: zu technisch, zu kompliziert und zu weit weg vom Alltag der Berliner*innen, welche zum Großteil Mieter*innen sind.

Wahrgenommene Einstellungsveränderungen zur Energiewende zeigten sich in vielen Bereichen. Durch das gesetzlich verankerte, berlinweite Ziel, 2030 eine klimaneutrale Verwaltung zu haben – welches mit der Novelle des Berliner Energiewendegesetzes (vgl. EWG Bln §8) eingeführt wurde – seien Entwicklungen hin zu einem größeren Bewusstsein für die Energiewende der Berliner Verwaltung angestoßen worden. Die allgemeine gesellschaftliche Diskussion um Klimaschutz – ausgelöst u.a. von „Fridays for Future“ – habe dazu beigetragen, dass mehr Berliner*innen sich mit Klimaschutz befassen und dessen Relevanz erkannt haben. Darüber hinaus gebe es auf zivilgesellschaftlicher Ebene aktuell viel Bewegung, es seien viele (neue) Initiativen entstanden. Dies wurde einerseits dadurch erklärt, dass eingerichtete Sammlungs- und Koordinationsstrukturen wie Klimaschutzmanagements zivilgesellschaftliches Engagement erleichtern und attraktiver machen würden. Andererseits wurde das zunehmende Engagement mit dem entstandenen Frust bezüglich einer zügigen Umsetzung der Klimapolitik begründet. Im Bereich der Berliner Wirtschaftsakteur*innen hingegen ist eine rückläufige Tendenz zu beobachten. Eine Umfrage der Industrie- und Handelskammer (IHK) stellt heraus, dass die Einstellung der Berliner Wirtschaftsakteur*innen gegenüber der Energiewende im deutschlandweiten Vergleich zwar positiver ist als in anderen Regionen. Dieser Trend ist allerdings rückläufig (vgl. DIHK 2021). Dies sei vor allem auf gestiegene Energiepreise zurückzuführen. Die gestiegenen Kosten waren dabei problematisch, da die Berliner Wirtschaft bereits mit Corona-Maßnahmen zu kämpfen hatte.

3.1.2 Spree-Neiße/brandenburgische Lausitz

Auch im Landkreis Spree-Neiße und in der brandenburgischen Lausitz beobachteten die befragten Expert*innen **Offenheit gegenüber Energiewendethemen**. Die Energiewende sei in der Mitte der Gesellschaft angekommen und der Grundtenor, dass die Welt nicht zugunsten des eigenen Energiebedarfs ausgebeutet werden dürfe, werde verstanden. Zwar würde es immer Leute geben, die sich gegen bestimmte Maßnahmen wehren, aber eine generelle Ablehnung von Energiewende und Strukturwandel gebe es nicht. Einzelne Widerstände gegen konkrete Energiewendemaßnahmen würden von kleinen Gruppen organisiert, die sich gut Gehör verschafften. Dennoch sei der überwiegende Teil der organisierten Zivilgesellschaft der Energiewende zugewandt. Auch Unternehmen hätten zu großen Teilen erkannt, dass sich ihre konventionellen Geschäftsmodelle nicht mehr rechnen. Sie seien oft schon weiter beim Thema Klimaschutz und Energiewende als beispielsweise Kommunen. Bei den Kommunen würden die Themen sehr unterschiedlich gehandhabt und das Klimaschutz- und Energiewendeengagement sei oft von einzelnen motivierten Bürgermeister*innen abhängig. Dennoch würden aktuell im Landkreis viele Klimaschutzkonzepte erarbeitet und neue Klimaschutzmanager*innen eingestellt.

Das dominierende Thema in Spree-Neiße und der brandenburgischen Lausitz sei der **Strukturwandel**. Das sei insbesondere darauf zurückzuführen, dass die Region – und Spree-Neiße im Besonderen – wirtschaftlich, aber auch emotional und in ihrer Identität stark vom Kohleabbau geprägt sei. Der Kohleausstieg betreffe die Region daher besonders stark, was Ängste sowie Erinnerungen an den letzten Strukturwandel (gemeint ist die umfassende Abwicklung der ostdeutschen Energiewirtschaft nach der Wende) auslöse. Gleichzeitig blickten die Interviewten auch chancen- und lösungsorientiert auf den Strukturwandel. Neue Wirtschaftszweige, ein Seenland mit nachhaltigen Tourismusangeboten oder

eine lebenswertere Umwelt könnten entstehen und die Lausitz insgesamt als Trendlabor für gesellschaftliche Entwicklung fungieren (s. Kap. 3.2 – Externe Auswirkungen). Dennoch bestand auch hier unter den Befragten Unzufriedenheit mit der Art und Weise der Umsetzung des Strukturwandels. Er sei weder fassbar noch partizipativ und transparent genug. Förderprogramme seien zu stark auf Großprojekte ausgelegt und gingen oft an den Realitäten der Kommunen vorbei. Außerdem herrschte der Eindruck vor, die Region könnte schon weiter in der Transformation fortgeschritten sein, wenn man wolle. Gleichzeitig fehle die gemeinsame Zielorientierung.

Das andere große Thema ist der **Ausbau der Erneuerbaren Energien**. Während sich die Landkreise beim Thema Wind bereits gut aufgestellt fühlten – sowohl planerisch als auch in der Realisierung von Projekten – und hier die Barrieren eher im formellen Bereich des Windausbaumoratoriums gesehen wurden (vgl. Maltschew 2021), wurden die zunehmend dynamischen Entwicklungen im Bereich von Photovoltaik-Freiflächen differenzierter bewertet. Auf der einen Seite hätten die Kommunen mehr Kontrolle über die PV-Freiflächen-Entwicklung, da hier – anders als bei Wind – die Ausweisung in ihrer direkten Kompetenz liegt. Auf der anderen Seite würden die Kommunen auch von Anfragen überrannt, seien teilweise überfordert mit der Situation. Darüber hinaus hätten PV-Projekte auch aufgrund des vergangenen „Wildwuchses“ bei der Windprojektentwicklung es nicht immer leicht, auf Akzeptanz zu stoßen. Aus den Interviews wurde jedoch auch deutlich, dass es nicht nur um Flächennutzung geht, sondern um die Frage, wie viel die Region angesichts hoher Anteile Erneuerbarer Energien im Vergleich zum Energieverbrauch (noch) zur Energiewende beitragen muss.

Die **Wärme- und Verkehrswende** erhalte hingegen **nur geringe Aufmerksamkeit**. Auch über Sektorkopplung werde noch viel zu wenig gesprochen. Während beim Verkehrsthema eine steigende Aufmerksamkeit beobachtet wurde, was vor allem auf den verstärkten Ausbau der Ladeinfrastruktur und die Nachfrage im Tourismusbereich zurückzuführen sei, sei man bei der Wärmewende noch nicht richtig vorangekommen. Zwar seien Förderprogramme vorhanden, aber die technische Komplexität und nicht zuletzt der Fachkräftemangel im Handwerk machten es schwierig, die Bevölkerung damit zu erreichen. Auch die zunehmende Überalterung der Bevölkerung führe dazu, dass die hier nötigen Privatinvestitionen ausblieben.

Bei der Frage danach, inwiefern sich die **Einstellungen** zur Energiewende **verändert** haben, wurde einerseits darauf hingewiesen, dass ein Anstieg von Wind- und PV-Gegner*innenschaft zu verzeichnen sei. Andererseits habe man den Eindruck, dass die finanzielle Beteiligung an Wind- und PV-Projekten, welche deutschlandweit mit der letzten Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) eingeführt wurde (EEG 2021 §6), positive Effekte auf die Einstellungen haben könnte (s. Kap. 3.3 – Lokale Wertschöpfung und finanzielle Beteiligung). Wie sich das weiterentwickelt, hänge allerdings von künftigen politischen Mehrheiten ab sowie vom anstehenden Generationenwechsel, welcher ein stärkeres Interesse und Engagement für Klimaschutz und Energiewende mit sich bringen könnte. Mit Bezug auf den Strukturwandel wurde darauf hingewiesen, dass der Begriff mittlerweile etwas abgegriffen sei und nur wenige Bürger*innen interessiere. Dies sei darauf zurückzuführen, dass die Lausitz insgesamt etwas „überforscht“ sei, aber auch auf ungünstige Beteiligungsprozesse (s. Kap. 3.4 – Mitsprache und Beteiligung).

3.2 Externe Auswirkungen

3.2.1 Berlin

Die Berliner Akteur*innen warfen insgesamt einen eher positiven und chancenbehafteten Blick auf die Energie- und insbesondere die Verkehrswende. Auch wenn Herausforderungen wie die **Sozialverträglichkeit** oder **praktische Probleme** (z.B. hoher Verwaltungsaufwand, juristische Probleme) gesehen werden, attestierten die Befragten Berlin prinzipiell einen „positiven Geist“. Ein*e Akteur*in gab sogar zu Protokoll, dass Energiewende eigentlich nur positive Effekte haben könne, wenn man die Herausforderungen entsprechend adressiere.

Unter anderem liege das daran, dass vielen klar sei, was insbesondere die Verkehrswende bedeute und warum sie nötig sei. Hintergrund sei einerseits das Bewusstsein für die **Klima-** (CO₂-Emissionen) **und Umweltproblematik** (Lärm und schlechte Luft) des Verkehrs. Andererseits würden die **Gefahren** des autozentrierten Verkehrssystems, welches zu zahlreichen Verkehrstoten führe, wahrgenommen und es herrsche eine starke Unzufriedenheit mit der Vielzahl der im öffentlichen Raum geparkten Privat-PKW. Mit der Verkehrswende würden daher überwiegend positive Externalitäten verknüpft und eine Reduktion der negativen Externalitäten werde erwartet. So hätten z.B. alle Maßnahmen das Ziel, **gesundes und nachhaltiges** Leben in grüneren Bezirken zu gewährleisten. Durch die Veränderung des Stadtbilds (mehr Fahrräder, weniger Autos, frei werdende Flächen) erhoffe man sich **sauberere Luft, weniger Lärm, mehr Stadtgrün** und **öffentlich nutzbare Räume**, die auch mehr soziale Interaktion und Zusammenhalt ermöglichen. Diese Effekte würden insbesondere von Maßnahmen erwartet, die zu einer Reduktion des PKW-Bestands und dessen Nutzung beitragen. Mit dem Ausbau und der Aufwertung des ÖPNV würden hingegen eher Effekte wie **schnellere und effizientere Fortbewegung** von A nach B verknüpft, während beim Ausbau des Radverkehrs der **Sicherheitsaspekt** im Vordergrund stehe.

Auf der anderen Seite sei die Verkehrswende ein Transformationsprozess, der sich stark auf die persönliche Lebenswelt, den Alltag und individuelle Gewohnheiten auswirke. Je nach Grad der Betroffenheit könne das Ängste auslösen und für manche mit dem Gefühl einhergehen, die **persönliche Freiheit und Selbstbestimmung** werde beeinträchtigt. Bei der Frage, ob die positive oder negative Deutung der Verkehrswende überwiegt, zeige sich die Diskrepanz zwischen Innenstadt und Außenbezirken besonders stark. Das hänge insbesondere mit den **unterschiedlichen Mobilitätsrealitäten** zusammen. Während sich im Innenbereich die Probleme des Verkehrssystems ballten („dreckig, gefährlich, eng, laut, ungemütlich“), hätten die Außenbezirke mit dem mangelnden ÖPNV-Angebot zu kämpfen, wodurch hier der Fokus noch stärker auf dem Auto liege. Allerdings seien Außenbezirke auch oft Durchgangsbezirke und würden von starken Ein- und Auspendelströmen beeinträchtigt. Für die Befragten stellten diese potenziellen, negativen Effekte jedoch kein Hindernis für eine Verkehrswende dar. Im Gegenteil, man versuche dem entgegenzuwirken, indem man die strukturellen Probleme bearbeite, also z.B. ÖPNV, Radverkehr und Ladeinfrastruktur ausbaue und alternative Mobilitätslösungen **einfacher, bequemer und sicherer** mache. Das Motto sei, lieber die saubere, schnelle U-Bahn zu nutzen, als sich mit dem Auto auf eine aufwändige Parkplatzsuche einzulassen.

Bei anderen Energiewendethemen traten andere Externalitäten in den Fokus. So werde beim Thema **Wärmewende** v.a. die Chance auf verbesserten **Wohnkomfort** gesehen, während es auf der Seite der Herausforderungen vor allem darum gehe, wer die **Kosten** trägt.

Beim Ausbau der Erneuerbaren Energien gehe es einerseits um den Vorteil, **Energiekosten einsparen** zu können und um **wirtschaftliche Chancen** für Berliner Unternehmen. Demgegenüber stünden eher praktische Probleme, wie Denkmalschutz und Stromabgrenzungsfragen, aber auch das Problem der **steigenden Energiekosten**, u.a. aufgrund der aktuellen Förderbedingungen des Erneuerbaren-Ausbaus.

Hervorzuheben ist dabei, dass es beim Thema der Kosten nicht ausschließlich um die absoluten Kosten ging, sondern dass auch Dimensionen von **Verteilungsgerechtigkeit** adressiert wurden. So seien steigende Energiekosten bei Menschen mit geringem Einkommen ein Thema. Einfamilienhaussiedlungen, in denen tendenziell Menschen mit hoher Kaufkraft leben, seien hingegen überwiegend „durchsaniert“. Darüber hinaus scheint die regional unterschiedliche Verteilung von Kosten – nicht finanzieller Art – eine Herausforderung zu sein. So hätten Menschen, die in Gebieten wohnen, welche stark von Autoverkehr belastet sind, wahrscheinlich nur wenig zu verkehrsbedingten Emissionen beigetragen. Hier könnte Verkehrswende daher auch zu einer Verbesserung im Hinblick auf die Schulterung der Kosten des Verkehrssystems führen. Gleichzeitig seien Verkehrswendemaßnahmen oft auf die Innenstadt begrenzt und so bestehe der Wunsch nach berlinweiten Lösungen.

Ein*e Interviewte*r betonte, dass der finanzielle Aspekt bei Mobilitätsfragen nicht ausschlaggebend sei. Immerhin sei der motorisierte individuelle Personenverkehr die teuerste Mobilitätsoption und das Auto eher ein Luxusgut als die Mobilitätslösung der „kleinen Leute“. Die „gefühlten“ Kosten seien beim ÖPNV jedoch dadurch höher, da der Kauf eines neuen Tickets die Kosten jedes Mal vor Augen führe. Darüber hinaus könnten Modell- und Pilotprojekte, wie klimaneutrale Quartiere und Pop-up-Radwege, Strahlkraft entfalten und dazu beitragen, dass noch mehr Menschen die positiven Effekte von Energie- und Verkehrswende wahrnehmen.

3.2.2 Spree-Neiße/brandenburgische Lausitz

Auch bei den Lausitzer Expert*innen wurde deutlich, dass sich die erwarteten und wahrgenommenen Effekte je nach betrachteter Maßnahme deutlich unterscheiden. So standen beim Thema **Strukturwandel** Auswirkungen auf die **Identität der Region, Arbeiten & Wirtschaften** sowie **Zukunftsfähigkeit**, das allgemeine **Zusammenleben** und **Umweltauswirkungen**, aber auch Auswirkungen auf die **persönliche Lebenswelt** im Fokus. Dabei wurden von den Expert*innen sowohl Chancen als auch Risiken und Probleme gleichermaßen in den Blick genommen.

Die Lausitz und Spree-Neiße seien in besonderer Weise vom Kohleabbau geprägt und daher in wirtschaftlicher und emotionaler Hinsicht besonders vom Kohleausstieg betroffen. Mit der Braunkohle breche einerseits ein Wirtschaftszweig weg, der identitätsstiftend gewesen sei. Zudem würden Erinnerungen an den sogenannten ersten Kohleausstieg Anfang der 1990er Jahre wach. Andererseits bringe das Aufbrechen von Strukturen auch die Chance mit sich, eine neue **Identität** zu schaffen. So hätte z.B. die Entwicklung des Lausitzer Seenlands eine neue Identität ermöglicht. Das Selbstverständnis als Modellregion für gesellschaftliche Entwicklung ebenso wie das Wiederentdecken des gemeinsamen Kultur- und Sprachraums mit Polen hätten ebenfalls neues identitätsstiftendes Potenzial. Allerdings sei die Vielzahl an existierenden Zukunftsvisionen für die Lausitz auch eine Herausforderung. Damit würde eine gemeinsame Zielrichtung fehlen und „Verzettelungsgefahr“ bestehen. Hier zeichneten die Befragten also sowohl ein chancen- als auch risikobewusstes Bild.

Ähnlich verhielt sich dies bei der Betrachtung der Effekte auf **regionale Wirtschaftsstrukturen** und Arbeitsplätze. So sei der notwendige Aufbau neuer Wirtschaftsperspektiven natürlich eine Herausforderung und mit Sorgen behaftet und der (potenzielle) Verlust von **Arbeitsplätzen** könne für eine starke negative Stimmung sorgen. Allerdings seien auch in Spree-Neiße nicht alle Orte gleichermaßen wirtschaftlich mit der Braunkohle verflochten: Schenkendöbern habe beispielsweise nur sehr wenige Beschäftigte im Bergbau und kaum kommunale Steuereinnahmen aus dem Bereich. Darüber hinaus habe die konventionelle Wirtschaft bereits in großen Teilen erkannt, dass sich ihre aktuellen Geschäftsmodelle in Zukunft nicht mehr rechnen werden und daher großes Eigeninteresse daran, sich neu auszurichten. Alteingesessene Unternehmen wie die LEAG würden sich bereits breiter aufstellen und in Zukunftsbereiche wie Wasserstoff und Speichertechnik investieren. Der Wandel zu einer erneuerbaren Energiewirtschaft habe dabei auch das Potenzial, neue Arbeitsplätze zu schaffen und die Industrie neu zu verorten. Auch gebe es viele, die sich durch Gründung von beispielsweise Sozialunternehmen selbst Beschäftigung und ihre eigene **Zukunftsperspektive** aufbauen würden. Darüber hinaus würden Strukturwandelprojekte wie der Ausbau des Bahnwerks Cottbus durchaus positiv bewertet. Ob dies jedoch eine überzeugende Perspektive für heutige Kohlearbeiter*innen sei, wurde unterschiedlich bewertet. Zudem dürfe es nicht nur darum gehen, neue Arbeit zu schaffen, sondern auch darum, gute Arbeit zu befördern: Man müsse den Strukturwandel breiter denken, in Richtung einer **lebenswerten Lausitz**, was die Betrachtung anderer Attraktivitätsfaktoren und Rahmenbedingungen einschließe. Nur so könnten die Menschen in der Region gehalten und neue Fachkräfte angezogen werden, die man zur Besetzung der neuen Arbeitsplätze brauche.

Nach Ansicht eines*r Befragten sei Strukturwandel viel mehr als Energiewende und die Themen so vielseitig wie die Akteur*innen und die Realitäten der Menschen vor Ort. Bei Dialogveranstaltungen ginge es daher auch nicht nur und an vorderster Stelle um Wirtschaft und Arbeitsplätze, sondern auch um **soziale Fragen**. Hier könne der Strukturwandel auch eine Chance sein, die Region innovativ, sozial und nachhaltig zu entwickeln. Man könne nun vieles anders und richtig machen – in Bezug auf das Klima, aber auch in Bezug auf das **Zusammenleben**. Die aktuelle Förderlogik, welche sich auf investive Maßnahmen und Großprojekte fokussiert, trage diesen Bedürfnissen nicht ausreichend Rechnung.

Schließlich wurden mit dem Strukturwandel auch **Auswirkungen auf die Umwelt** assoziiert – v.a. im positiven Sinne. Es ließe sich nicht schönreden, dass die Braunkohle Landschaften zerstöre, da Orte wie Welzow heute einer „Mondlandschaft“ gleichen. Auch ganze Dörfer mussten der Braunkohle weichen. Mit dem Strukturwandel bestehe nun die Chance, eine lebenswertere Umwelt zu schaffen und die landschaftliche Schönheit der Lausitz in den Blick zu nehmen. Allerdings seien mit Renaturierungsprojekten auch Sorgen von Umweltakteur*innen verknüpft.

Beim **Ausbau der Erneuerbaren Energien** sehe die Bewertung der **Auswirkungen auf die Umwelt und die persönliche Lebenswelt** deutlich anders aus. Windprojekte würden oft als visuelle Beeinträchtigung wahrgenommen und auch Sorgen bezüglich Infraschallbelastung würden geäußert. PV-Projekte würden kritisch beäugt, da man diese als Konkurrenz zu landwirtschaftlichen Flächen ansehe. Die Kritik an PV-Projekten mag angesichts der großflächigen landschaftlichen Zerstörung durch den Braunkohleabbau verwundern. Die Interviewten gaben jedoch zu bedenken, dass für Tagebaue zwar ganze Dörfer abgebagert wurden, aber dies in Summe relativ wenige Menschen betroffen habe. Bei Erneuerbaren Energien sei die Betroffenheit viel weiter verbreitet. Manche Orte würden sich regelrecht „umzingelt“ fühlen.

Das Thema der Flächennutzung scheint darüber hinaus nicht nur aufgrund empfundener Beeinträchtigung und potenzieller Konkurrenz mit landwirtschaftlicher Nutzung eine Herausforderung darzustellen, sondern auch mit Fragen der **Anerkennung und regionalen**

Verteilung von Energiewendemaßnahmen verknüpft zu sein. In einer Region, die im Vergleich zum Energieverbrauch bereits hohe Erneuerbaren-Erzeugung aufweist und nah an der anvisierten Wind-Onshore-Flächenausweisung von 2% liegt (vgl. rbb24 2021), würden Vorstöße wie die des brandenburgischen Wirtschaftsministers Steinbach für ein 3%-Flächenziel kritisch bewertet, obwohl Brandenburg als Flächenland für den nötigen Ausbau der Erneuerbaren Energien mehr Potenzial aufweise als andere Regionen (und insbesondere Städte). Hinzu kämen negative Erfahrungen mit dem „Wind-Wildwuchs“ der letzten Jahre. Projektierer*innen würden sich oft „die Klinke in die Hand geben“ und Flächen bei erstbesten Gelegenheit wieder verkaufen, was nicht dazu beitrage, **Vertrauen** aufzubauen. Dieses angeschlagene Vertrauen sei auch aktuell bei der Freiflächen-PV-Thematik spürbar.

Auf der „Habenseite“ stünden hingegen die **wirtschaftlichen und finanziellen Aspekte** der Erneuerbaren Energien. Wie bereits erwähnt wurde mit Erneuerbaren Energien und anderen Zukunftstechnologien die Chance verknüpft, Arbeitsplätze zu schaffen und die örtliche Industrie zu transformieren. Darüber hinaus entwickle sich die gute Verfügbarkeit Erneuerbarer Energien auch zunehmend zum Standortvorteil der Region und sei ein Faktor, der auch dazu beitrage, dass sich neue Firmen ansiedelten. Bezüglich der positiv wahrgenommenen Effekte auf kommunale Haushalte sei auf Kapitel 3.3 (lokale Wertschöpfung und finanzielle Beteiligung) verwiesen.

Insgesamt waren sich die Befragten jedoch einig, dass der nötige Ausbau der Erneuerbaren Energien funktioniere und die Gemeinden weiterhin bereit seien, ihren Beitrag zur Energiewende zu leisten. Die Vorteile der Energiewende stärker in den Blick zu nehmen und erfahrbar zu machen, könnte dabei helfen. Auch die Lausitzer Expert*innen waren überzeugt, dass konkrete Projekte und der Erkenntnisprozess die Region weiterbrächten. Man wachse mit seinen Aufgaben. Dies gelte auch für den Strukturwandel.

3.3 Lokale Wertschöpfung und finanzielle Beteiligung

3.3.1 Berlin

Das Thema der lokalen Wertschöpfung und finanziellen Beteiligung spielte in den Interviews mit den Berliner Akteur*innen keine besonders ausgeprägte Rolle. Zwar ging die Vertretung der IHK Berlin darauf ein, dass die Energiewende **weltweite Geschäftschancen** mit sich bringe und die Berliner Unternehmer*innen gut aufgestellt seien, um davon zu profitieren. Für die anderen Akteur*innen schien dies jedoch nicht besonders relevant im Hinblick auf die Einstellungen zur Energiewende zu sein.

Ebenso wurde auf Schwierigkeiten bezüglich der **Kostenbeteiligung** hingewiesen, beispielsweise bei der Frage, wer die nötige umfassende Sanierung des Berliner Gebäudebestands bezahlen kann und soll. Dies stehe im Konflikt mit Milieuschutz und den Bedürfnissen der Mieter*innen, die sich auch zunehmend gegen Sanierung stellten. Der Wunsch nach stärkerer finanzieller Beteiligung war hingegen kein Thema in den Gesprächen mit den Berliner Interview-Partner*innen.

3.3.2 Spree-Neiße/brandenburgische Lausitz

Für die interviewten Lausitz-Expert*innen war klar, dass das **Thema der regionalen Wertschöpfung** eine **große Rolle** für die Menschen und Kommunen vor Ort spiele. So habe beispielsweise beim Widerstand gegen den geplanten Solarpark in Sembten auf der Frage, ob die Wertschöpfung im Ortsteil bleibe, das Hauptargument der Gegner*innen gelegen. Andere Projekte, in denen die Kooperation mit lokalen Akteur*innen stärker hervorgehoben wird, seien deutlich erfolgreicher. Hier hätten die PV-Flächen-Projektierer*innen noch einiges von den Windpark-Projektierer*innen zu lernen, die dies bereits viel stärker verinnerlicht hätten.

Auch das Thema der **finanziellen Beteiligung** sei relevant. So würde an Kommunen beispielsweise oft die Idee herangetragen, sich grundsätzlich und stärker mit Eigenanteilen an Windprojekten zu beteiligen oder selbst kommunale Windanlagen zu forcieren. Dafür fehlten vielen Kommunen jedoch die nötigen Ressourcen. Klimaschutz als Pflichtaufgabe der kommunalen Selbstverwaltung zu verankern und Kommunen entsprechend mit finanziellen Mitteln auszustatten, könne ein Schritt zur Lösung dieses Problems sein. Allerdings habe auch die neue Kommunalrichtlinie schon einiges verbessert.

Darüber hinaus spielten finanzielle **Ausgleichszahlungen** für viele Betroffene eine große Rolle. Kommunen scheinen dazu zu tendieren, Erneuerbaren-Projekte stärker zu unterstützen, wenn sie finanziell daran beteiligt werden und damit auch die Bürger*innen profitierten. Die letzte EEG-Reform wurde vor diesem Hintergrund in den Interviews sehr positiv bewertet. Auf Bürger*innen-Ebene sei dies jedoch nicht immer der Fall. Es gebe immer noch viele Windkraft-Gegner*innen und manchmal spalte die Verwendung der finanziellen Ausgleichszahlungen auch die Einwohner*innenschaft. Insgesamt sei mit der gesetzlichen Regelung jedoch vieles einfacher geworden. Dennoch sollten auch direkte Möglichkeiten der finanziellen Bürger*innenbeteiligung stärker in den Blick genommen werden, z.B. durch vergünstigte Stromtarife. Beispiele für direkte Bürger*innen-Beteiligung gebe es in der Region noch viel zu wenige.

Auch beim Thema Strukturwandel spielte die Möglichkeit der finanziellen Teilhabe eine Rolle. So fühlten sich insbesondere zivilgesellschaftliche Akteur*innen von der Teilhabe am Strukturwandel ausgeschlossen, da sie oft nicht förderfähig seien. Auch Kommunen, und insbesondere finanzschwache Kommunen, hätten teilweise Probleme, sich am Strukturwandel zu beteiligen und von den Fördergeldern zu profitieren, wenn sie die nötigen Eigenanteile dafür nicht aufbringen können.

Schließlich spielte auch eine andere Ebene von **Lokalität** eine Rolle in den Gesprächen. Neben dem Wunsch danach, möglichst viel Wertschöpfung vor Ort zu halten, wurde auch erwähnt, dass es wichtig sei, Erneuerbare Energie verstärkt vor Ort zu nutzen. Natürlich gehe es nicht darum, aus allem gleich Wasserstoff zu machen und nichts mehr zu exportieren. Dennoch würde es bei den Leuten gut ankommen, wenn sie sehen, dass vor Ort erzeugter erneuerbarer Strom und Abwärme zur Versorgung lokaler Infrastrukturen, wie ÖPNV oder Industrie, eingesetzt werden.

3.4 Mitsprache und Entscheidungsmöglichkeiten

3.4.1 Berlin

Welche Kraft das Ehrenamt und **Engagement** in der Gesellschaft haben kann, zeige sich in Berlin besonders stark. In Berlin sei eine Vielzahl an Initiativen entstanden, welche etwas bewegen wollen und auch der Politik viel anbieten würden. Erfolgreiche Initiativen wie „Berlin autofrei“ würden nicht nur den Diskurs prägen und Parteien dazu zwingen, sich zu positionieren, sondern auch unmittelbare Wirkung auf Politik und ihre Entscheidungen entfalten. Aber nicht nur die Berliner Zivilgesellschaft sei aktiv, auch die Berliner Wirtschaft verstehe sich selbst als progressiver Akteur im Bereich Klimaschutz.

Dennoch scheint es in Teilen Unzufriedenheit im Bereich Mitsprache und Entscheidungsmöglichkeiten zu geben. So wurde einerseits der **Zugang zu politischen Entscheidungsträger*innen und der Verwaltung** als mangelhaft empfunden. Wirtschaftliche Akteur*innen hätten darüber hinaus oft das Gefühl, ihre Expertise würde nicht einbezogen oder sie würden gar als Feind gesehen. Der mangelhafte Zugang liege einerseits darin begründet, dass das Personal an den entscheidenden Stellen und insbesondere in den Bereichen Klimaschutz, Energie- und Verkehrswende oft fehle. So sei beispielsweise im Verkehrsbereich von zehn Planstellen nur eine besetzt. Dies sei auch ein Grund dafür, warum die Umsetzung von Projekten viel zu lange dauere.

Auf der anderen Seite scheint die Frage, wer an bestimmten Maßnahmen prozessual beteiligt werden muss, wer darin welche Rolle einnimmt und wer schlussendlich entscheidet, nicht immer nachvollziehbar. Dies liege insbesondere an einer politischen Struktur, in der manche grundlegenden Herausforderungen der Energiewende nur auf Bundesebene adressiert und gelöst werden können. So wünschen sich in Teilen die Bezirke, aber auch das Land Berlin mehr Mitspracherecht, z.B. beim ÖPNV-Ausbau (Kompetenz liegt auf Landesebene) oder beim Thema autofreie Innenstädte (Kompetenz liegt teilweise auf Bundesebene). Andererseits würden auch manche Initiativen und Ideen bereits auf Bezirksebene „torpediert“, weil diese sich nicht zuständig fühlten. So oder so stellten mangelnde Kompetenzen, **unklare Zuständigkeiten sowie auch wahrgenommene fehlende Transparenz** eine Herausforderung für das Thema Mitsprache dar. Darüber hinaus fühlten sich wirtschaftliche Akteur*innen teilweise in ihrer Rolle als (Mit-)Umsetzer*innen von Klimaschutz behindert. Die öffentliche Hand würde zu stark in den Markt eingreifen und starre Vorgaben einführen, die nicht immer sinnvoll seien. Derweil seien staatliche Akteur*innen nicht automatisch die besseren Klimaschützer*innen, was sich auch in Berlin zeige. Es entstehe der Eindruck, die Stadt Berlin fülle ihre eigene Vorbildrolle nicht gut genug aus, zeige aber dann mit dem Finger auf andere (Beispiel: Solarpflicht auf Dächern von Neubauten).

Der **Wunsch nach einer strukturellen Änderung von Prozessen** wurde daher mehrfach genannt. Es müsse darum gehen, Strukturen zu schaffen, die umsetzungsorientiert sind, Transparenz schaffen und die Verwaltung instandsetzen, damit diese ihre eigenen Ziele erreichen und Klimaschutz nachhaltig manifestieren kann. Dabei müsse es auch darum gehen, Planungs- und Genehmigungsprozesse zu beschleunigen. Außerdem brauche es Gremien, welche sich damit befassen, Zielkonflikte – wie bei der Sanierung – und deren Effekte auf Mieten zu bearbeiten.

3.4.2 Spree-Neiße/brandenburgische Lausitz

Eine*r der Lausitzer Befragten betonte, dass ein gerechter Strukturwandel an vorderster Stelle ein beteiligender Strukturwandel sei. Weil sich die Region für diejenigen ändere, die dort leben und arbeiten, sei es **zentral, dass es die Möglichkeit der Mitgestaltung gibt**.

Die Lausitz sei eine **Region, die den Wandel gewohnt ist**. Entsprechend würden sich die Lausitzer*innen nicht so schnell unterkriegen lassen und mitreden wollen. Es wurde eine sehr vielfältig engagierte Zivilgesellschaft beschrieben, welche mit einem Chancenorientierten Blick an den Strukturwandel herangehe und tolle Ideen und Konzepte für eine sozial-ökologische Entwicklung der Region mitbringe. Auch gebe es immer mehr Gründer*innen, welche selbst neue Zukunftsperspektiven für sich und die Region aufbauten, sowie immer mehr engagierte Bürgermeister*innen und Kommunen. Es wurden aber auch mehrere Punkte identifiziert, welche die Beteiligungslust und das Engagement ausbremsen. So werden und wurden zwar **Beteiligungsprozesse** durchgeführt, z.B. in der Zukunftswerkstatt oder in den laufenden Werkstattprozessen und in den Kommunen, diese seien für die Beteiligten jedoch **nicht immer zufriedenstellend**. In vielen Beteiligungsrunden würden immer die gleichen Themen besprochen und man höre nichts Neues. Gleichzeitig bestehe der Eindruck, dass Empfehlungen zwar gehört, aber nicht beachtet würden. Obwohl viel Zeit investiert würde, hätten Akteur*innen daher zunehmend das Gefühl, dass ihr Engagement keine Früchte trage. Das führe **zu Frust, Resignation und weniger Lust, sich einzubringen**. Der Strukturwandel wurde als „abgegriffen“ beschrieben und es wurde behauptet, das Thema interessiere bei den Bürger*innen niemanden mehr. Diese wahrgenommene zunehmende Beteiligungsmüdigkeit wurde auch aus zivilgesellschaftlicher Perspektive bestätigt.

Sobald die Bedürfnisse der Bürger*innen tatsächlich im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit stünden, werde jedoch auch schnell klar, dass die **Bedürfnisse recht unterschiedlich** seien. Die Themen seien so vielfältig wie die Handlungsfelder und Realitäten der Leute. Da bestehe „**Verzettelungsgefahr**“. Auch die **Vielzahl der existierenden Visionen** für die Lausitz stelle eine Herausforderung dar. Dadurch fehle ein gemeinsamer roter Faden und die Menschen wüssten nicht genau, wofür sich ihr Einsatz lohne. Hier brauche es die richtigen Rahmenbedingungen, damit das viele Engagement die erhofften Früchte tragen könne, sowie gute Unterstützungs- und Netzwerkstrukturen, um eine gemeinsame Stimme oder gar ein geteiltes Leitbild zu finden. Hier kommt aus zivilgesellschaftlicher Sicht die Idee der Bürgerregion Lausitz – eine Allianz zivilgesellschaftlicher Akteur*innen in der länderübergreifenden Lausitz (vgl. Bürgerregion Lausitz 2021) – ins Spiel, welche diese Strukturen schaffen möchte.

Schließlich brauche es eine größere **Transparenz über Prozesse**, die im Strukturwandel stattfinden. Man fühle sich oft im Unwissen gelassen und habe gleichzeitig den Eindruck, dass häufig „Schubladenprojekte“ gefördert werden. Dennoch räumten die Befragten auch ein, dass es schwierig sei, Transparenz über den Strukturwandel herzustellen, weil das eine sehr dynamische Kulisse sei. Da müsse man ständig anpassen und aktualisieren, und das sei schwer leistbar.

Auch beim Thema Energiewende scheinen Mitsprache und Beteiligung relevant zu sein. So seien beispielsweise **Energiewendevorhaben in proaktiven und engagierten Gemeinden deutlich schneller umsetzbar** als in anderen. Viele Gemeinden im Landkreis Spree-Neiße seien engagiert, würden neue Klimaschutzmanager*innen einstellen und Konzepte entwickeln. Diese würden aber teilweise nur mit halben Stellen aus dem Bauamt oder der Stadtentwicklung heraus geschaffen. Auch sei eine hohe Fluktuation insbesondere unter den Klima- und Energiemanager*innen zu beobachten. Die **mangelnde Kontinui-**

tät und Verfügbarkeit von Stellenfinanzierung stellten entsprechend eine **Herausforderung für das Engagement der Kommunen** vor Ort dar. Energie- und Klimaschutzmanager*innen der Landkreise und Planungsregion versuchen dies durch Netzwerk- und Beratungstätigkeiten auszugleichen, was auch gut ankomme. Schlussendlich müssten die Gemeinden jedoch finanziell besser ausgestattet werden, um Klimaschutz umsetzen zu können (s. Kap. 3.3 – Lokale Wertschöpfung und finanzielle Beteiligung). Auch dass die Gemeinden nur wenig Einfluss auf die Ausweisung von Windeignungsgebieten nehmen können, welche auf regionalplanerischer Ebene stattfindet, wurde kritisiert. Gleichzeitig wurde der Wunsch nach mehr direkter Einflussnahme geäußert.

Auf der Ebene der Bürger*innen sei das **Engagement** für die Energiewende etwas **verhaltener**. Initiativen aus der Bürger*innenschaft würden eher von den Flächeneigentümer*innen, allen voran den Landwirt*innen, ausgehen. Energiewendeprojekte mit direkter Bürger*innen-Beteiligung stellten hingegen eher die Ausnahme dar. Als positives Beispiel sei jedoch die Solargenossenschaft aus Guben zu nennen, welche sich im Rahmen des Kampfes gegen den Tagebau gegründet habe. Auch die Gemeinde Schenkendöbern beschrieb, dass sie sich aufgrund des Kampfes für den Kohleausstieg und gegen das Abbaggern von Dörfern für den Ausbau Erneuerbarer Energien auch unmittelbar vor Ort engagiere.

Für viele Kommunen sei die Bürger*innen-Beteiligung jedoch sehr wichtig und sie verfolgten den Anspruch, bestmöglich auf die Interessen ihrer Bürger*innen einzugehen. Allerdings sei es **oft schwierig festzustellen, wo die Mehrheiten liegen**. Denn kleine Gruppen von Gegner*innen von Energiewendeprojekten seien meist gut organisiert und vermögen es, sich Gehör zu verschaffen. So habe z.B. der Widerstand gegen den Solarpark in Sembten dazu geführt, dass der Aufstellungsbeschluss mit deutlicher Mehrheit abgelehnt wurde. Die Projektierer*innen würden nun das Projekt weiter qualifizieren und unter anderem versuchen, die Möglichkeiten der Beteiligung klarer herauszustellen. Hier gebe es nämlich auch oft **Unklarheit darüber, wie die Planungsprozesse ablaufen** und wann es die Möglichkeit zur Beteiligung gibt. So habe es in Sembten beispielsweise auch die Befürchtung gegeben, dass das abschließende Projekt beschlossen sei, sobald der Aufstellungsbeschluss genehmigt wird. Diese Missverständnisse brächten Energiewendeprojekte in Gefahr und wären daher ggf. sogar ein Thema für die Schulbildung.

Schließlich wurde auch in den Lausitzer Interviews darauf hingewiesen, dass der Erfolg der Energiewende nicht allein von den Bürger*innen, sondern von verschiedenen Stakeholdern abhinge. Auch angesichts der verschiedenen Anteile an den Emissionen – Verkehr, Industrie, Gebäude – sei klar, dass überall etwas passieren müsse und alle sich beteiligen müssten.

3.5 Resümee der Interviewergebnisse und regionaler Vergleich

Im Vergleich der beiden Regionen lässt sich feststellen, dass die **Relevanz und Notwendigkeit von Klimaschutz und Energiewende** in beiden Regionen erkannt wurde. Die **Grundeinstellung in Berlin wurde etwas positiver beschrieben als in der brandenburgischen Lausitz** (s. Tabelle 3). Von ablehnender Haltung kann jedoch in beiden Regionen nicht die Rede sein. Unterschiede zeigten sich jedoch in den Themen, welche große gesellschaftliche Aufmerksamkeit erfahren. Während in Berlin die Verkehrswende im Fokus steht, sind in der brandenburgischen Lausitz die Themen Strukturwandel und Ausbau der Erneuerbaren Energien zentral. Verkehrswende wird in der brandenburgischen Lausitz hingegen noch kaum thematisiert, und die Wärmewende ist in beiden Regionen wenig präsent.

Tabelle 3: Die allgemeine Einstellung im regionalen Vergleich – Interviewergebnisse

	Berlin	Spree-Neiße/ brandenburgische Lausitz
Allgemeine Einstellung	<ul style="list-style-type: none"> • positiv • Interesse vorhanden und Relevanz von Klimaschutz verstanden • viele wollen sich aktiv einbringen • aber Konflikte vorhanden • Auseinanderklaffen der Einstellungen in Innenstadt und Außenbezirken • unterschiedliche Schwerpunkte je nach Stakeholder 	<ul style="list-style-type: none"> • Offenheit und Verständnis ggü. Energiewendethemen • Notwendigkeit in der Mitte der Gesellschaft angekommen • vereinzelte Widerstände, aber keine allgemeine Ablehnung • Unternehmen oft Vorreiter • in Kommunen unterschiedlich und oft von engagierten Bürgermeister*innen abhängig
Themen mit hoher Aufmerksamkeit	<ul style="list-style-type: none"> • Verkehrswende • Auseinanderdriften zwischen Anspruch/klimapolitischen Ambitionen/Denken und Wirklichkeit/Umsetzung/Handeln • Wille und Kompetenz der Verwaltung 	<ul style="list-style-type: none"> • Strukturwandel • (weiterer) Ausbau Erneuerbarer Energien
Themen mit geringer Aufmerksamkeit	<ul style="list-style-type: none"> • Wärmewende 	<ul style="list-style-type: none"> • Verkehrswende • Wärmewende

Quelle: Eigene Darstellung

Bei vergleichender Betrachtung der beschriebenen wahrgenommenen externen Auswirkungen von Energiewendemaßnahmen wird deutlich, dass beide Regionen ein hohes Bewusstsein sowohl für positive als auch negative Effekte von Energiewendemaßnahmen aufweisen (s. Tabelle 4). Dabei wurde Berlin insgesamt ein „positiverer Geist“ unterstellt. Die **wahrgenommenen Effekte divergieren** jedoch stark, **je nach betrachteter Energiewendemaßnahme**. So wurden mit der Berliner Verkehrswende positive Effekte im Bereich Klimawirkung, Umweltwirkung, Gesundheitswirkung und Mobilität verknüpft. Auf der Kostenseite stand hingegen der Eingriff in die persönliche Freiheit und Lebenswelt sowie die Verteilung der Verkehrswendekosten. Beim Thema Strukturwandel in der Lausitz ging es hingegen um Effekte auf die regionale Identität, Arbeitsplätze, die regionale Wirtschaftsstruktur, Zukunftsfähigkeit, soziale Belange und Umweltwirkung. Interessant ist hierbei, dass die einzelnen Effekte sowohl negativ als auch positiv gedeutet wurden (Ausnahmen: Verbesserung sozialer Belange/Steigerung des Lebenswertes in der Region und Umweltauswirkungen). Am Beispiel des Ausbaus Erneuerbarer Energien wurden **jedoch auch regionale Unterschiede in den betrachteten Effekten** deutlich. Während sich z.B. bei Betrachtung des Ausbaus Erneuerbarer Energien in der brandenburgischen Lausitz Themen wie Umweltauswirkung, Infraschallbelastung oder Flächenkonkurrenz negativ auf die Einstellungen auswirken konnten, spielten in Berlin Aspekte des Landschaftsbildes und Flächenverfügbarkeit keine Rolle. In beiden Regionen wurden jedoch auch wirtschaftliche Chancen mit Erneuerbaren Energien verknüpft. In beiden Regionen wurde darüber hinaus beschrieben, dass die positiven Effekte einzelner Maßnahmen oft noch nicht ausreichend wahrgenommen werden.

Tabelle 4: Die wahrgenommenen externen Effekte im regionalen Vergleich – Interviewergebnisse

	Berlin	Spree-Neiße/ brandenburgische Lausitz
Allgemein	Eher positiv und chancenbehaftet	Ausgewogene Chancen- und Risikobetrachtung
Positive Effekte	<p>Verkehrswende</p> <ul style="list-style-type: none"> • Klimawirkung: Emissionsreduktion • Umweltwirkung: weniger Lärm, bessere Luft, grünere Stadt → Gesundheit • erhöhte Verkehrssicherheit • Freiwerden von Raum → mehr soziale Interaktion und Zusammenhalt • besseres Vorankommen: einfacher, bequemer, schneller, günstiger <p>Wärmewende</p> <ul style="list-style-type: none"> • verbesserter Wohnkomfort <p>Ausbau Erneuerbarer Energie</p> <ul style="list-style-type: none"> • Kosteneinsparung • Chance für Berliner Wirtschaft 	<p>Strukturwandel</p> <ul style="list-style-type: none"> • neue Identität / neues Selbstverständnis der Region • neue Arbeitsplätze / Zukunftsperspektiven • Zukunftsfähigkeit • lebenswertere Lausitz / Verbesserung sozialer Belange • Umweltwirkung: lebenswertere Umwelt, nachhaltiger Tourismus, Beendigung des Abbaggers von Dörfern <p>Ausbau Erneuerbarer Energie</p> <ul style="list-style-type: none"> • Arbeitsplätze • wirtschaftliche Chancen • Ermöglichung von Industrietransformation • finanzielle Auswirkung auf Kommunen • Standortvorteil / Ansiedlungsgrund

<p>Negative Effekte</p>	<p>Verkehrswende</p> <ul style="list-style-type: none"> • starker Eingriff in Alltag, Gewohnheiten → persönliche Freiheit und Selbstbestimmung (<i>jedoch abhängig von Mobilitätsrealitäten</i>) • Verkehrswendekosten und deren Verteilung (nicht jedoch Mobilitätskosten) / Sozialverträglichkeit • praktische Probleme <p>Ausbau Erneuerbarer Energie</p> <ul style="list-style-type: none"> • steigende Energiekosten und deren Verteilung / Sozialverträglichkeit <p>Wärmewende</p> <ul style="list-style-type: none"> • Sanierungskosten und deren Verteilung / Sozialverträglichkeit 	<p>Strukturwandel</p> <ul style="list-style-type: none"> • Erinnerung an negative Erfahrungen • Identitätsverlust • Arbeitsplatzverlust • Wegbrechen des zentralen Wirtschaftszweigs (<i>in der Region jedoch unterschiedlich stark, je nach Verflochtenheit mit Braunkohle</i>) • Orientierungslosigkeit <p>Ausbau Erneuerbarer Energien</p> <ul style="list-style-type: none"> • Umweltwirkung: visuelle Beeinträchtigung • Infraschallbelastung • Konkurrenz zu landwirtschaftlicher Flächennutzung • Gerechtigkeitsempfinden (regionale Verteilung und Anerkennung) • Erinnerung an negative Erfahrungen → mangelndes Vertrauen
--------------------------------	---	---

Quelle: Eigene Darstellung

Die **größte Abweichung** zwischen den beiden Regionen Berlin und Spree-Neiße/brandenburgische Lausitz zeigte sich **in der Relevanz des Akzeptanzfaktors lokale Wertschöpfung und finanzielle Beteiligung** (s. Tabelle 5). Während dieser Faktor in den Berliner Interviews kaum eine Rolle spielte, wurden regionale Wertschöpfung und finanzielle Beteiligung als sehr relevant in Bezug auf die Einstellungen der Lausitzer*innen gegenüber Energie- und Strukturwandelprojekten beschrieben. In beiden Regionen wurde jedoch darauf hingewiesen, dass es aufgrund mangelnder Kontinuität, personeller Förderung, aber auch mangelnder finanzieller Grundausstattung den Kommunen **teilweise schwer** falle, **sich an Klimaschutz und Energiewende zu beteiligen**.

Tabelle 5: Die wahrgenommene lokale Wertschöpfung und finanzielle Beteiligung im regionalen Vergleich – Interviewergebnisse

	Berlin	Spree-Neiße/ brandenburgische Lausitz
Relevanz	Niedrig	Hoch
Wertschöpfung	Teilhabe an weltweiten Geschäftschancen → Berlin gut aufgestellt	Ausbau Erneuerbarer Energie • Grad der regionalen Wertschöpfung relevant für Einstellung
Finanzielle Beteiligung	• Frage der Kostenverteilung eine Herausforderung (ggf. überproportionale Belastung von Mieter*innen, einkommensschwachen Haushalten, kleinen Unternehmen)	Ausbau Erneuerbarer Energie • Verbesserung der finanziellen Teilhabe von Kommunen positiv bewertet – komme jedoch nicht immer bei den Bürger*innen an • Ausgleichszahlungen können Einwohner*innenschaft spalten

	<ul style="list-style-type: none"> kein Bedarf nach stärkerer finanzieller Beteiligung geäußert 	<ul style="list-style-type: none"> noch stärkere finanzielle Beteiligung der Kommunen erwünscht – aber fehlende Eigenmittel und Klimaschutz keine Pflichtaufgabe auch stärkere direkte finanzielle Beteiligung der Bürger*innen erwünscht <p>Strukturwandel</p> <ul style="list-style-type: none"> zivilgesellschaftliche Akteur*innen oft nicht förderfähig – schlechter Zugang zu Fördergeldern auch Kommunen teilweise Probleme, da mangelnde Eigenmittel
Lokalität		Stärkere Nutzung vor Ort von EE-Strom und -Wärme erwünscht

Quelle: Eigene Darstellung

Das Thema der **Mitsprache und Entscheidungsmöglichkeiten** scheint **in beiden Regionen hohe Relevanz** für die Einstellungen zur Energiewende zu haben (s.

Tabelle 6). **Die konkreten Herausforderungen und Probleme divergierten jedoch stark.** Während **in Berlin** beschrieben wurde, dass das **hohe Engagement** der Zivilgesellschaft positive Effekte auf den gesellschaftlichen Diskurs und die möglichen Politikinstrumente habe, wurde das Problem eher im mangelnden oder ungerecht verteilten Zugang zu Entscheidungsträger*innen, mangelnder Transparenz und **unklaren Zuständigkeiten** gesehen. Hier hat Berlin neben finanziellen und personellen Aspekten auch mit strukturellen Problemen des Mehrebenensystems zu kämpfen. In der brandenburgischen **Lausitz** gestaltet sich die Situation je nach Energiewendethema unterschiedlich. Während es beim Thema Strukturwandel beispielsweise eine vielseitig engagierte Zivilgesellschaft gibt, die sich in Teilen aufgrund schlechter Beteiligungserfahrungen jedoch außen vor gelassen, orientierungslos und frustriert fühlt, wurde erwähnt, dass es **beim Thema Erneuerbare Energien kaum Engagement** und wenig Erfahrung mit direkter Bürger*innen-Beteiligung gibt. Beim Strukturwandel ging es auch um ungleiche Zugänge zu Fördergeldern, während bei den Erneuerbaren Energien mangelnde **Planungskompetenzen der Kommunen** adressiert wurden. Das Thema der Transparenz wurde hier ebenfalls als wichtig herausgestellt, wenngleich eingeräumt wurde, dass sich deren Gewährleistung beim Strukturwandel als schwierig gestaltet.

Tabelle 6: Die wahrgenommene Mitsprache und Entscheidungsmöglichkeiten im regionalen Vergleich – Interviewergebnisse

	Berlin	Spree-Neiße/ brandenburgische Lausitz
Relevanz	Hoch	Hoch
Ehrenamt & Engagement	<ul style="list-style-type: none"> • Vielzahl an zivilgesellschaftlichen Initiativen & progressive Wirtschaft • prägen den Diskurs • entfalten auch unmittelbare Wirkung auf Politik und Entscheidungen 	<p>Strukturwandel</p> <ul style="list-style-type: none"> • Lausitzer*innen einerseits wandel-müde, andererseits wandelerprobt • vielfältig engagierte Zivilgesellschaft • teilweise engagierte Bürgermeister*innen und Kommunen • immer mehr Gründer*innen und teilweise progressive Wirtschaft • Vielzahl existierender Visionen für die Lausitz bremst Engagement – unklar wofür sich Einsatz lohnt <p>Ausbau Erneuerbarer Energie</p> <ul style="list-style-type: none"> • kaum Bürger*innen-Engagement – wenn, dann Flächeneigentümer*innen • teilweise engagierte Bürgermeister*innen und Kommunen – Problem der mangelnden Finanzierung von Klimaschutzpersonal und finanziellen Grundausstattung • Ermöglichung von Kohleausstieg und Verhindern des Abbaggers von Dörfern größte Motivation für Engagement für EE
Beteiligung	Viele wollen mitreden und mitmachen	<p>Strukturwandel</p> <ul style="list-style-type: none"> • Möglichkeit der Mitwirkung am Strukturwandel zentral • Wunsch nach Mitreden beim Strukturwandel besteht – aber negative Erfahrungen mit schlechten Beteiligungsformaten erzeugen Frust und Beteiligungsmüdigkeit • Bedürfnisse der Bürger*innen im Strukturwandel vielfältig – „Verzettelungsgefahr“ <p>Ausbau Erneuerbarer Energie</p> <ul style="list-style-type: none"> • Kommunen haben wenig Einfluss auf Ausweisung von Windeignungsgebieten • kaum Energiewendeprojekte mit direkter Bürger*innen-Beteiligung • schwierig, tatsächliche Mehrheiten festzustellen

<p>Zugang zu politischen Entscheidungsträger*innen und Verwaltung</p>	<ul style="list-style-type: none"> • mangelhaft – da Personalmangel • Wirtschaft hat Gefühl, als Feind gesehen zu werden 	<p>Ausbau Erneuerbarer Energie</p> <ul style="list-style-type: none"> • Kommunen haben Anspruch gute Bürger*innenbeteiligung zu gewährleisten • kleine Gruppe von Gegner*innen oft große Wirkung auf Entscheidungen
<p>Zuständigkeiten</p>	<ul style="list-style-type: none"> • unklar – aufgrund politischer Struktur • Kompetenzen für Energie- und Verkehrswende auf verschiedenen Ebenen • Verwaltung übernimmt ihre Vorbildrolle nicht – Hintergrund sind finanzielle und strukturelle Probleme • Unternehmen fühlen sich in ihrer Rolle behindert 	<p>Alle müssen mitmachen</p>
<p>Transparenz</p>	<ul style="list-style-type: none"> • fehlt – da unklare Zuständigkeiten 	<p>Strukturwandel</p> <ul style="list-style-type: none"> • Gefühl, im Unklaren gelassen zu werden • Eindruck Schubladenprojekte werden gefördert • Erhöhung der Transparenz über dynamischen Prozess jedoch schwierig <p>Ausbau Erneuerbarer Energie</p> <ul style="list-style-type: none"> • Unklarheit wie Planungsprozesse ablaufen → Missverständnisse

Quelle: Eigene Darstellung

4 Medial-diskursive Darstellung der Energiewende

Im Folgenden soll die medial-diskursive Darstellung der Energiewende in den Regionen Berlin und Spree-Neiße/brandenburgische Lausitz untersucht werden, um die in Kapitel 3 dargestellten regionalen Energiewende-Themen und vorherrschenden Einstellungen dazu weiter zu qualifizieren. Dafür wurden Online-Artikel der Tageszeitungen Tagesspiegel (TSP) und Lausitzer Rundschau (LR) im Vorfeld der Bundestagswahl analysiert. Im Rahmen dieses bundespolitischen Wahl- und Mitbestimmungsprozesses und durch die im Vorfeld stattfindende mediale Berichterstattung kann ermittelt werden, welche Themen in der jeweiligen Region dominieren und wie diese dargestellt werden.

Beim Tagesspiegel handelt es sich um die auflagenstärkste Tageszeitung der Hauptstadt Berlin. Zwar ist zu bedenken, dass insbesondere in Berlin neben dem Tagesspiegel weitere regionale Zeitungen eine lokale Berichterstattung anbieten, die möglicherweise eine andere Haltung zur Energiewende repräsentieren. Eine Analyse aller Zeitungen übersteigt jedoch den Umfang dieses Berichts, weshalb der Tagesspiegel als auflagenstärkste Zeitung herangezogen wird.

Die Lausitzer Rundschau deckt die länderübergreifende Region Lausitz mit Regionalausgaben in elf brandenburgischen und zwei sächsischen Gemeinden ab. Demnach deckt die Lausitzer Rundschau zwar den Landkreis Spree-Neiße ab, umfasst aber auch weitere brandenburgische Landkreise, die kreisfreie Stadt Cottbus und die Gemeinden Weißwasser und Hoyerswerda in Sachsen.

Die Medienanalyse wurde auf einen **Zeitraum von 10 Wochen vor der Bundestagswahl am 26.09.2021** eingegrenzt. Stichtag für den letzten berücksichtigten Artikel war der 19.07.2021, der letzte Tag für die Einreichung der Kreiswahlvorschläge und Landesliste. Zunächst wurden die zu analysierenden Zeitungsartikel ausgewählt (Sampling) und quantitativ ausgewertet. Dazu wurde für alle ausgewählten Zeitungsartikel mithilfe der Datenanalysesoftware MAXQDA eine Schlagwortsuche durchgeführt. Nach einer ersten quantitativen Auswertung folgte eine zweite Sampling-Stufe, in der für eine qualitative Analyse besonders relevante Zeitungsartikel ausgewählt wurden. Die qualitative Analyse erfolgte ebenfalls mithilfe von MAXQDA.

4.1 Erste Sampling-Stufe und quantitative Auswertung

Im ersten Schritt erfolgte die Auswahl der Artikel anhand von 14 Schlagworten, die als thematisch zentral identifiziert wurden: **Energiewende, Erneuerbare Energie, Windenergie, Photovoltaik, Solarenergie, Kohleausstieg, Strukturwandel, Wasserstoff, Verkehrswende, Wärmewende, Fernwärme, E-Mobilität, E-Auto, Klimawandel.**

In dieser ersten Sampling-Stufe wurden zunächst 701 Artikel nach den o.g. Schlagworten auf den jeweiligen Websites der Tageszeitungen gesammelt. Die Schlagworte sind dabei von den Tageszeitungen versehene Kategorien, um die verschiedenen thematischen Artikel nach Themen zu sortieren. Es ist daher möglich, dass das Schlagwort selbst nicht direkt im Artikel auftaucht. Da ein Artikel mit verschiedenen Schlagwörtern versehen werden kann, gelangten einige Artikel doppelt in das Sample. Für die quantitative Auswertung wurde das Sample bereinigt, indem die doppelten Artikel entfernt wurden. Es umfasst nun

insgesamt **511 Artikel**: 207 Artikel in der Lausitzer Rundschau und 304 Artikel im Tagespiegel (s. Tabelle 7).

Tabelle 7: Anzahl der Artikel für 14 Schlagworte im Tagesspiegel und in der Lausitzer Rundschau (fett markiert: drei häufigste Schlagworte)

Schlagwort	Berliner Tages- spiegel	Lausitzer Rundschau	Gesamt	Anteil der Artikel mit dem Schlagwort an der Gesamtzahl der Artikel (N=511)
Klimawandel	171	47	218	42,6%
Kohleausstieg	34	55	89	17,4%
Strukturwandel	9	68 (nur bis 19.08.21 ⁹)	77	15,1%
Verkehrswende	58	4	62	12,1%
Energiewende	33	24	57	11,2%
Erneuerbare Energie	14	37	51	10,0%
Wasserstoff	18	19	37	7,2%
Photovoltaik	10	18	28	5,5%
Windenergie	12	13	25	4,9%
E-Mobilität	10	7	17	3,3%
E-Auto	10	6	16	3,1%
Solarenergie	9	6	15	2,9%
Fernwärme	1	8	9	1,8%
Wärmewende	0	0	0	0,0%
Gesamtes Sample mit Doppeltreffern	389	312	701	(137,2%)
Gesamtes Sample bereinigt	304	207	511	100%

Quelle: Eigene Darstellung

Die Anzahl der Artikel je Schlagwort gibt einen Einblick in die **Gewichtung spezifischer Themen** in den beiden Zeitungen. Zu erkennen ist hier bereits eindeutig, dass in **Berlin** die Themen **Klimawandel, Energie- und Verkehrswende** eine zentrale Rolle spielen, während das Thema der Verkehrswende in der **Lausitz** kaum Beachtung findet und stattdessen **Strukturwandel, Erneuerbare Energien und der Kohleausstieg** im Fokus stehen. In der Gesamtheit aller 511 Artikel ist der Begriff *Klimawandel* das meistgenannte Schlagwort: In 42,6% kommt der Begriff zumindest einmal vor. Weitere wichtige und häufige Begriffe sind *Kohleausstieg* (17,4%), *Strukturwandel* (15,1%), *Verkehrswende*

⁹ Die Online-Ausgabe der Lausitzer Rundschau stellt nur eine begrenzte Anzahl an Artikeln bereit. Bei häufig auftretenden Schlagworten wie *Strukturwandel* können daher nur Artikel mit in das Sample aufgenommen werden, die nach dem Stichtag (19.07.2021) veröffentlicht wurden.

(12,1%) und *Energiewende* (11,2%). Selten treten hingegen die Begriffe *Solarenergie* (2,9%) und *Fernwärme* (1,8%) auf (s. Tabelle 7).

Nach der Artikelauswahl mithilfe der Schlagworte kann für die jeweiligen Zeitungen auch eine Aussage darüber gemacht werden, **wie häufig einzelne Begriffe** insgesamt in den Artikeln vorkommen. Dabei entsteht ein anderes Bild als in der aggregierten Schlagwortanalyse.

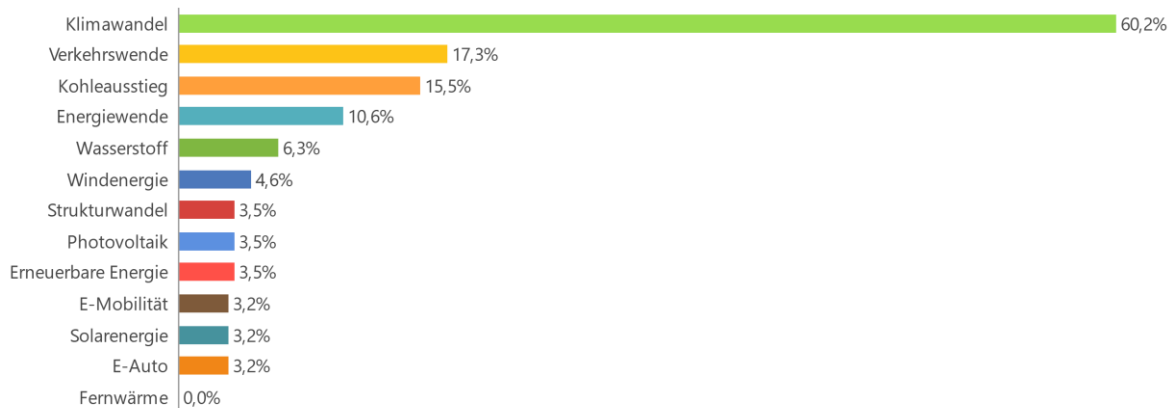


Abbildung 2: Anteil der Artikel mit dem jeweiligen Schlagwort im Tagesspiegel

Quelle: Eigene Darstellung

Wie Abbildung 2 zeigt, ist im **Tagesspiegel** der Begriff *Klimawandel* mit Abstand der präsenteste Begriff, er tritt in 60,2% aller Artikel mindestens einmal auf. Mit großem Abstand folgen die Begriffe *Verkehrswende* (17,3%) und *Kohleausstieg* (15,5%); auch die *Energiewende* ist noch im zweistelligen Bereich (10,6%).

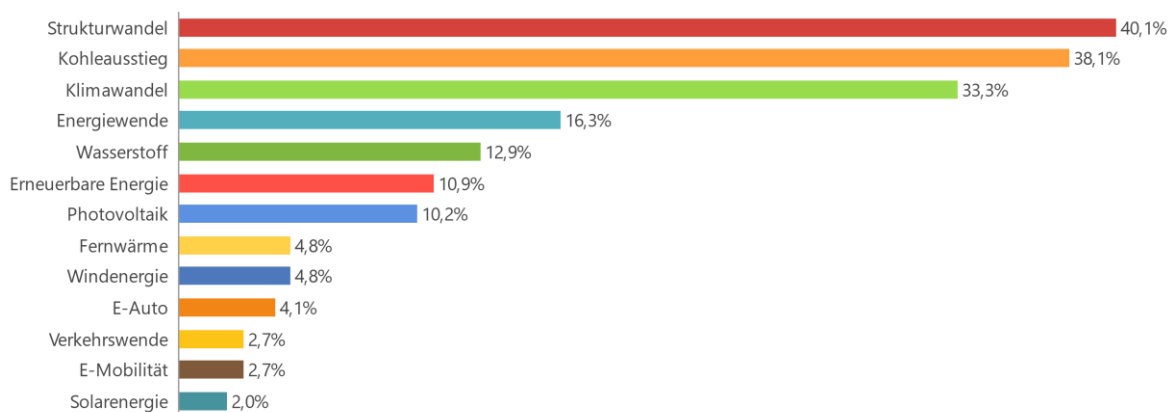


Abbildung 3: Anteil der Artikel mit dem jeweiligen Schlagwort in der Lausitzer Rundschau

Quelle: Eigene Darstellung

In der **Lausitzer Rundschau** ist hingegen der Begriff *Strukturwandel* sehr präsent (40,1%). Ebenso sind die Begriffe *Kohleausstieg* (38,1%) und *Klimawandel* (33,3%) in ungefähr einem Drittel aller Artikel mindestens einmal vorhanden. Die Begriffe *Energiewende* (16,3%), *Wasserstoff* (12,9%), *Erneuerbare Energien* (10,9%) und *Photovoltaik* (10,2%) sind ebenfalls zweistellig und kommen somit relativ häufig vor. Auffallend wenig

wird das Thema der alternativen Mobilität diskutiert, erkennbar durch seltene Nennungen der Begriffe *E-Auto* (4,1%), *Verkehrswende* (2,7%) und *E-Mobilität* (2,7%).

4.2 Quantitative Analyse der Akzeptanzfaktoren

Für die weitere quantitative Auswertung wurden die vier Akzeptanzfaktoren (vgl. ESRA P1.1) durch zusätzliche Schlagworte operationalisiert (s. Tabelle 8). Mithilfe dieser Schlagworte wurde das Sample der 511 Artikel detaillierter in Bezug auf darin sichtbare Einstellungsmuster analysiert.

Tabelle 8: Analysekategorien und entsprechende Schlagworte

Kategorie 1	Kategorie 2	Kategorie 3	Kategorie 4
Allgemeine Einstellung zu Energiewende und Klimawandel	Externe Auswirkungen	Lokale Wertschöpfung und finanzielle Beteiligung	Mitsprache und Entscheidungsmöglichkeiten
ablehnen	Arbeitslosigkeit	Arbeitsplatz / Arbeitsplätze	Bedenken
Ablehnung	Arbeitsplatz / Arbeitsplätze	CO2-Preis	beteiligen
Akzeptanz	Arbeitsplatzverlust	EEG-Umlage	Beteiligung
akzeptieren	Ausstoß	Einkunft / Einkünfte	Bürgerrat
Angst	auswirken	Einnahme	Demokratie
Bedenken	Auswirkung	Entwicklung	demokratisch
beeinträchtigen	Beeinträchtigung	Finanzen	Einbezug
Beeinträchtigung	Belästigung	finanziell	entscheiden
befürchten	CO2-Preis	finanzielle Beteilig- ung	Entscheidungen
Befürchtung	EEG-Umlage	Gewinn	erarbeiten
befürworten	Effekte	Investition	gemeinsam
Befürwortung	Eingriff	Kosten	gestalten
bewusst	Emission	Nachteil	Gestaltung
Bewusstsein	Fauna	Nutzen	Ideen
Chance	Finanzen	Preis	Integration
Einschränkung	Finanzielle Belastung	Profit	integrativ
Einstellung	Flora	profitieren	integrieren
Erfahrung	Geräusch	rentabel	integriert
Erwartungen	Gesundheit	Rentabilität	Kokreation
fair	Immission	rentieren	Ko-Kreation
gerecht	Investition	Umsetzung	Kommune
Haltung	Kosten	ungleich	konstruktiv
Herausforderung	Landschaft	Ungleichheit	mitbestimmen
hinterfragen	Landschaftsbild		Mitbestimmung
Kritik			Mitsprache

kritisch	Lärm	Verlust	mitwirken
kritisieren	Lautstärke	Vorteil	Mitwirkung
Menschengemacht	Licht	Wertschöpfung	Partizipation
negativ	Mieterhöhung	Wirtschaft	partizipativ
Notwendigkeit	Mietpreise	Wohlstand	Planung
Polarisierung	Natur		Planungsprozesse
positiv	Naturschutz		Präferenzen
Problem	Schaden		Selbstwirksamkeit
Skepsis	Schall		Teilhabe
skeptisch	Schatten		
Skeptizismus	Steuer		
Sorge	Tierschutz		
sozial	verändern		
unfair	Veränderungen		
Ungerecht	Wald		
unterstützen	Wertschöpfung		
Unterstützung	Wirtschaftsstruktur		
Verbot	Wohlbefinden		
Verständnis	Wohlstand		
Vertrauen			
Vertrauen			
Vorteil			
zustimmen			
Zustimmung			

Quelle: Eigene Darstellung

4.2.1 Faktor 1: Allgemeine Einstellungen zu Energiewende und Klimawandel

Die Analyse des Samples mithilfe der Schlagworte der Kategorie 1 diente dazu, einen groben Überblick über die mediale Reflexion der allgemeinen Einstellungen zu Energiewende und Klimawandel zu erhalten. Dabei ist zu beachten, dass diese sich gegenseitig beeinflussen können.

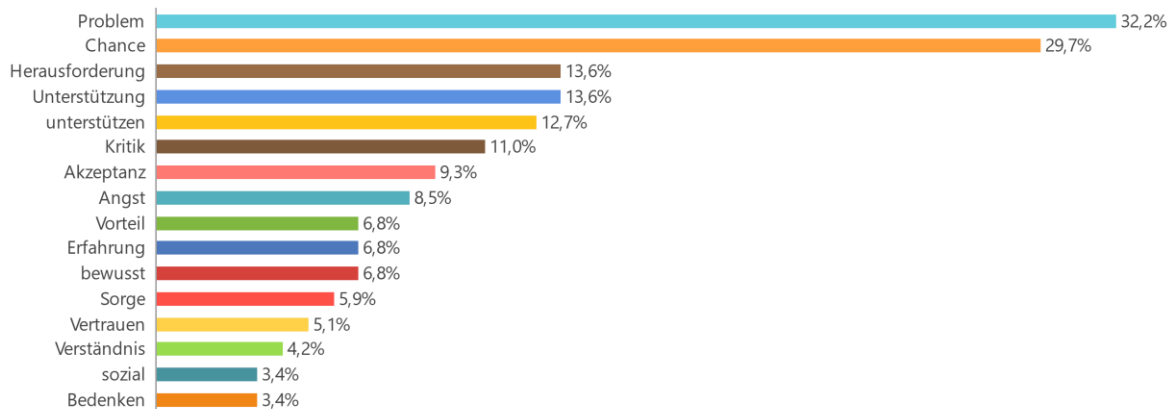


Abbildung 4: Schlagworte der Kategorie 1 in der Lausitzer Rundschau (> 20 Nennungen)

Quelle: Eigene Darstellung

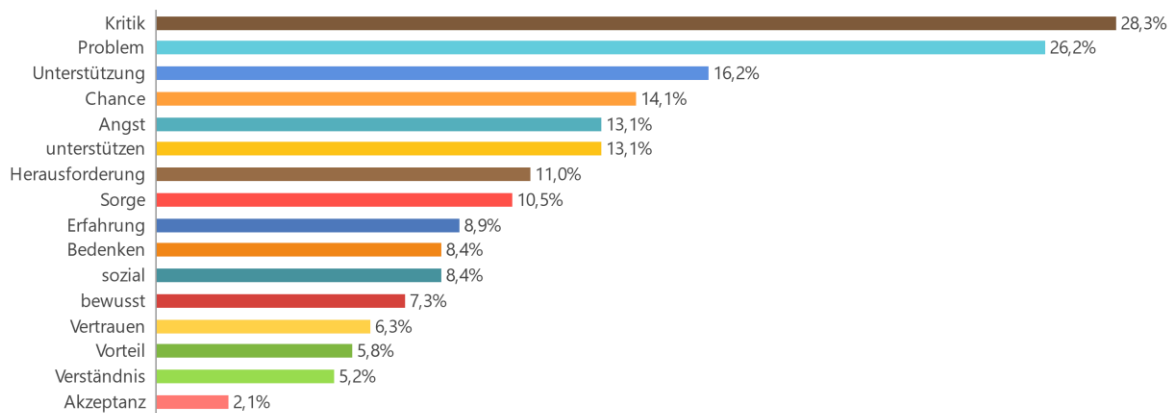


Abbildung 5: Schlagworte der Kategorie 1 im Tagesspiegel (> 20 Nennungen)

Quelle: Eigene Darstellung

Betrachtet man die Schlagworte zur **allgemeinen Einstellung zur Energiewende und zum Klimawandel** fällt zunächst auf, dass in **beiden Medien** der Begriff *Problem* mit am häufigsten vorkommt. Dieser wird in der **Lausitzer Rundschau** am häufigsten genannt, danach steht jedoch der positiv konnotierte Begriff der *Chance*. Die Verteilung positiver und negativer Begrifflichkeiten ist hier relativ durchmischt. Neben *Herausforderung*, *Unterstützung/unterstützen*, *Akzeptanz* und *Vorteil* kommen ebenso die Begriffe *Kritik*, *Angst* und *Sorge* relativ häufig vor (vgl. Abbildung 4). Im **Tagesspiegel** wird *Kritik* noch häufiger genannt als *Problem*. Damit stehen zwei eher negativ konnotierte Begriffe an der Spitze. Zwar werden die Begriffe *Unterstützung/unterstützen* und *Chance* recht häufig genannt, dennoch überwiegen danach eher negativ konnotierte Begriffe wie *Angst*, *Herausforderung*, *Sorge* und *Bedenken*. Der Begriff der *Akzeptanz* wird sehr selten genannt (vgl. Abbildung 5).

Die Analyse von Schlagworten mit Bezug zu Faktor 1 verdeutlicht einige regionale Disparitäten: Während im Tagesspiegel negativ konnotierte Begriffe überwiegen, werden in der Lausitzer Rundschau Potenziale und Chancen häufiger adressiert. Dennoch ist hierbei der Kontext ausschlaggebend, weshalb die qualitative Analyse (s. Kap. 4.3) essenziell ist.

4.2.2 Faktor 2: Externe Auswirkungen

Auch wurde das Sample mithilfe der Schlagworte der Kategorie 2 analysiert, um einen Überblick über die Berichterstattung bezüglich externer Auswirkungen der Energiewende zu erzielen.

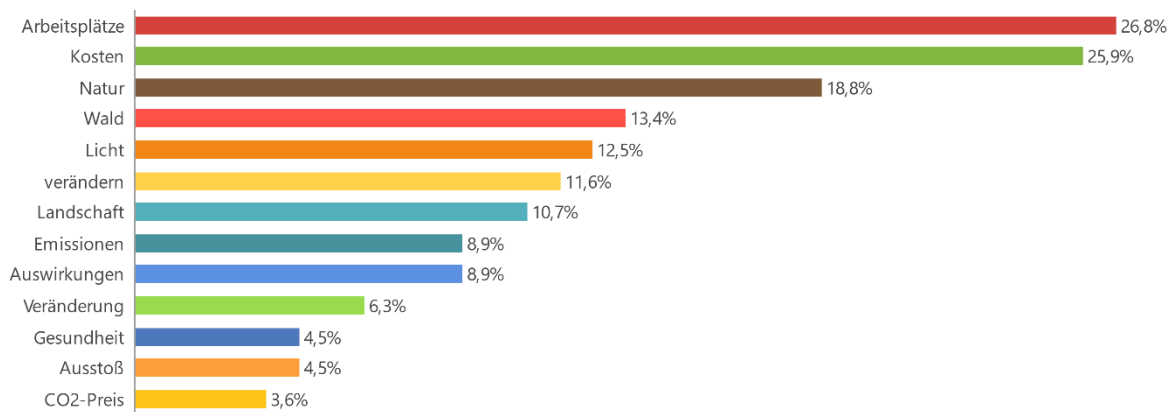


Abbildung 6: Schlagworte der Kategorie 2 in der Lausitzer Rundschau (> 20 Nennungen)

Quelle: Eigene Darstellung

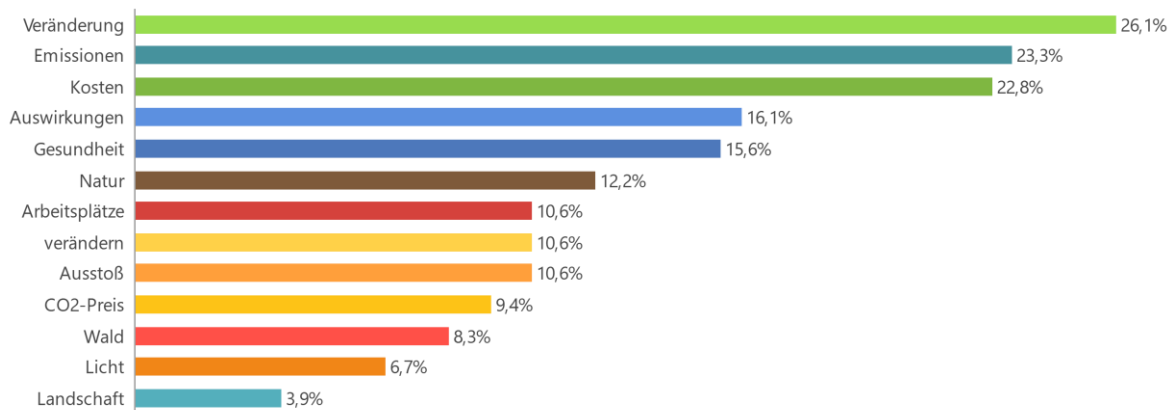


Abbildung 7: Schlagworte der Kategorie 2 im Tagesspiegel (> 20 Nennungen)

Quelle: Eigene Darstellung

Im Bereich der externen Auswirkungen zeichnen sich ebenso Unterschiede in der Medienberichterstattung ab: Während in der **Lausitzer Rundschau** *Arbeitsplätze* als wichtigstes Thema erscheinen (vgl. Abbildung 6), sind im **Tagesspiegel** **übergeordnete Aspekte** wie *Veränderungen*, aber auch das Thema der *Emissionen* besonders wichtig (vgl. Abbildung 7). Die **Lausitzer Rundschau** fokussiert hingegen auf **regionale Auswirkungen und die lokale Umwelt**: *Natur* und *Wald* befinden sich unter den meistgenannten Begriffen. Im **Tagesspiegel** scheinen lokale Auswirkungen hingegen weniger bedeutsam. *Kosten* sind in beiden Zeitungen sehr bedeutsam.

4.2.3 Faktor 3: Lokale Wertschöpfung und finanzielle Beteiligung

Die Analyse der Artikel mithilfe der Stichworte in Kategorie 3 ermöglicht eine grobe Einschätzung der medialen Relevanz der Faktoren lokale Wertschöpfung und finanzielle Beteiligung.

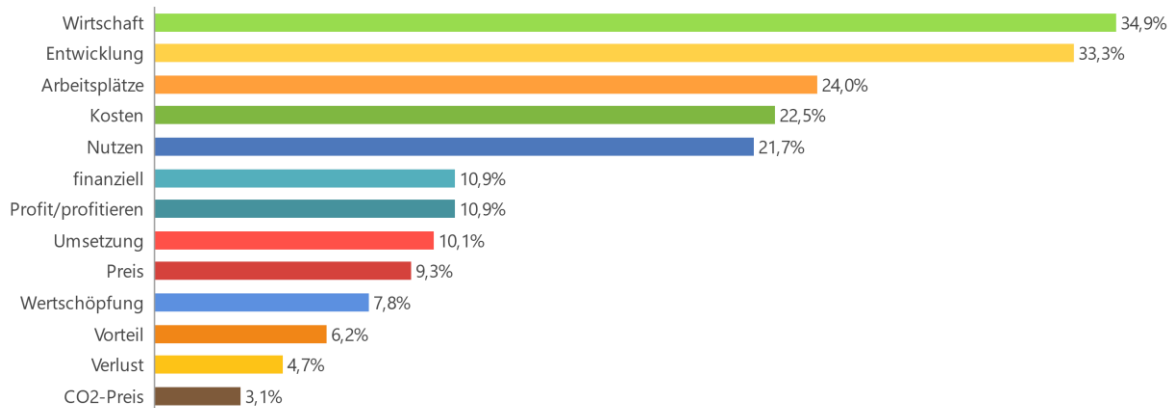


Abbildung 8: Schlagworte der Kategorie 3 in der Lausitzer Rundschau (> 15 Nennungen)

Quelle: Eigene Darstellung

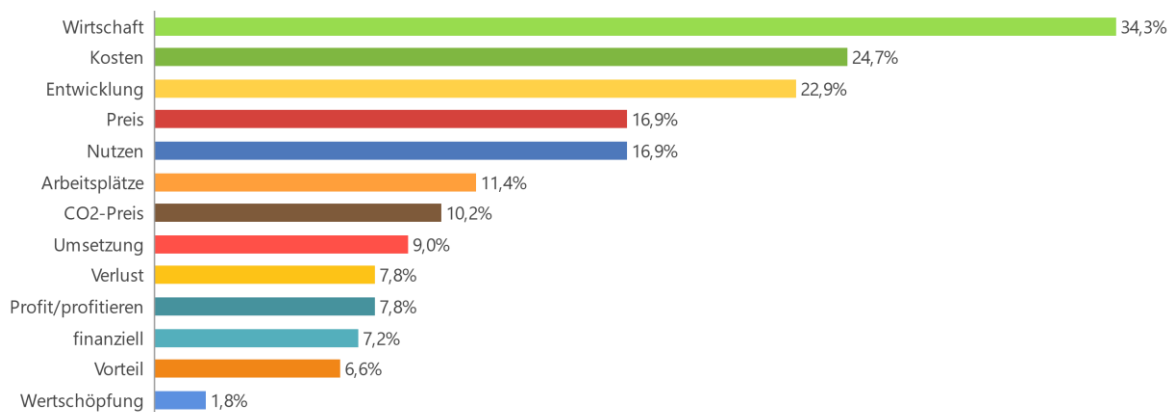


Abbildung 9: Schlagworte der Kategorie 3 im Tagesspiegel (> 15 Nennungen)

Quelle: Eigene Darstellung

Bei **beiden Zeitungen** sind die Stichworte *Wirtschaft*, *Entwicklung* und *Kosten* führend. Lediglich im Bereich **Arbeitsplätze** zeigen sich Unterschiede: In der Lausitzer Rundschau werden diese mehr als doppelt so häufig erwähnt wie im Tagesspiegel. Die Themen *Arbeitsplatzverlust* und *Arbeitslosigkeit* werden im Tagesspiegel jedoch stärker adressiert als in der Lausitzer Rundschau. Dies legt die Vermutung nahe, dass das Thema der Arbeitsplätze in der Lausitzer Rundschau auch durchaus positiv konnotiert ist.

Betrachtet man Cluster positiv oder negativ konnotierter Begriffe bezüglich ökonomischer Aspekte¹⁰, so treten in der **Lausitzer Rundschau deutlich mehr positive als negative Begriffe** auf (vgl. Abbildung 10). **Andersherum verhält es sich im Tagesspiegel**: Dort überwiegt die negative Darstellung der Energiewende hinsichtlich der lokalen Wertschöpfung. Während sich das Auftreten der Begriffe Kosten und Nutzen im Tagesspiegel unterscheidet, liegen diese in der Lausitzer Rundschau nahezu gleichauf. Dies gibt möglicherweise Hinweise darauf, dass die Berichterstattung in der Lausitz ökonomische Potenziale der Energiewende stärker im Blick hat, während der Tagesspiegel mögliche ökonomische Nachteile häufiger thematisiert.

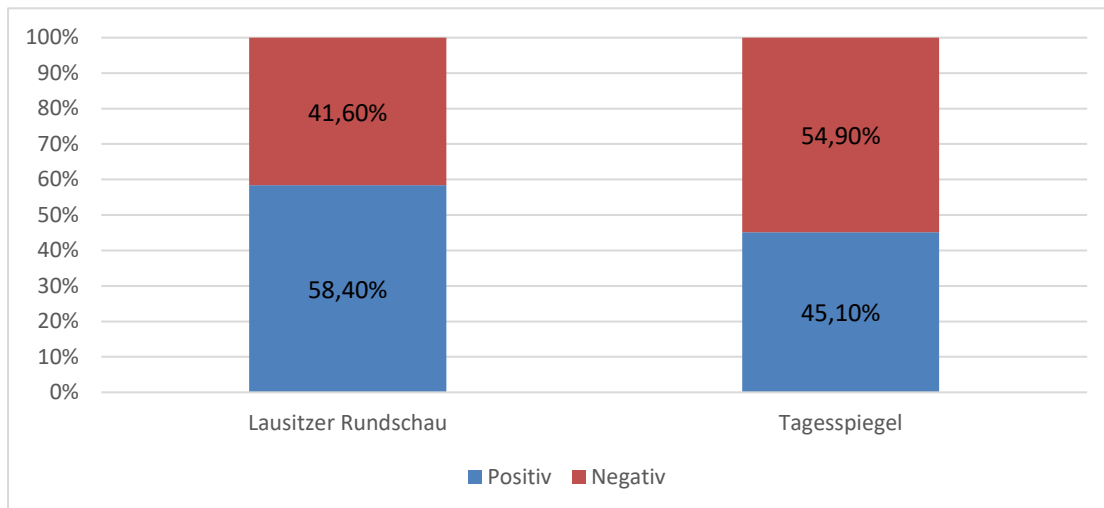


Abbildung 10: Verhältnis positiver und negativer Cluster zueinander in Lausitzer Rundschau und Tagesspiegel

Quelle: Eigene Darstellung

In dieser Kategorie können nur geringe Unterschiede in der medialen Berichterstattung erkannt werden.

¹⁰ Folgende Begriffe wurden dem positiven Cluster zugeordnet: *Nutzen, Profit, profitieren, Wertschöpfung, Vorteil, Einnahmen, Wohlstand, Gewinn, Rentabilität, rentabel*. Dem Cluster negativer Begriffe wurden folgende Begriffe zugeordnet: *Kosten, Preis, Verlust, Ungleichheit, ungleich, Nachteil*.

4.2.4 Faktor 4: Mitsprache und Entscheidungsmöglichkeiten

Indem die Artikel mithilfe der Schlagworte der Kategorie 4 analysiert werden, kann eine erste Einschätzung der Berichterstattung bezüglich Mitsprache und Entscheidungsmöglichkeiten erfolgen.

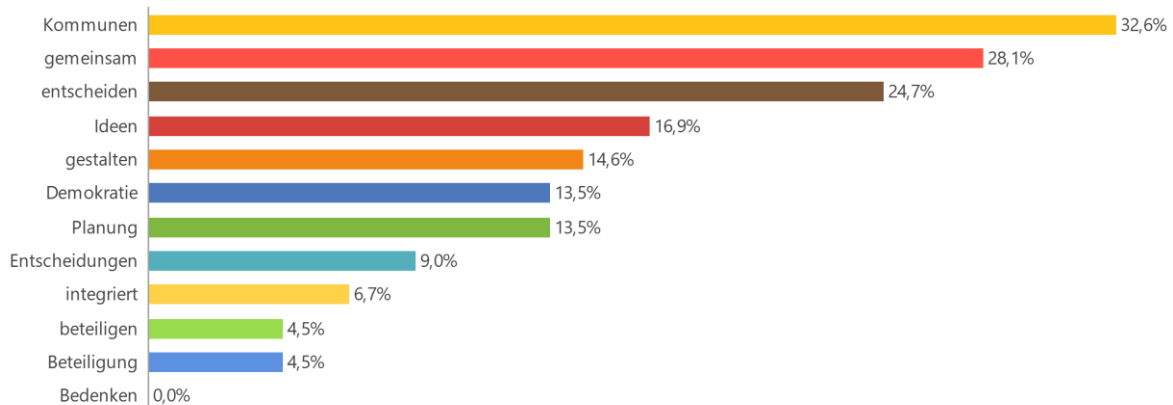


Abbildung 11: Schlagworte der Kategorie 4 in der Lausitzer Rundschau (> 10 Nennungen)

Quelle: Eigene Darstellung

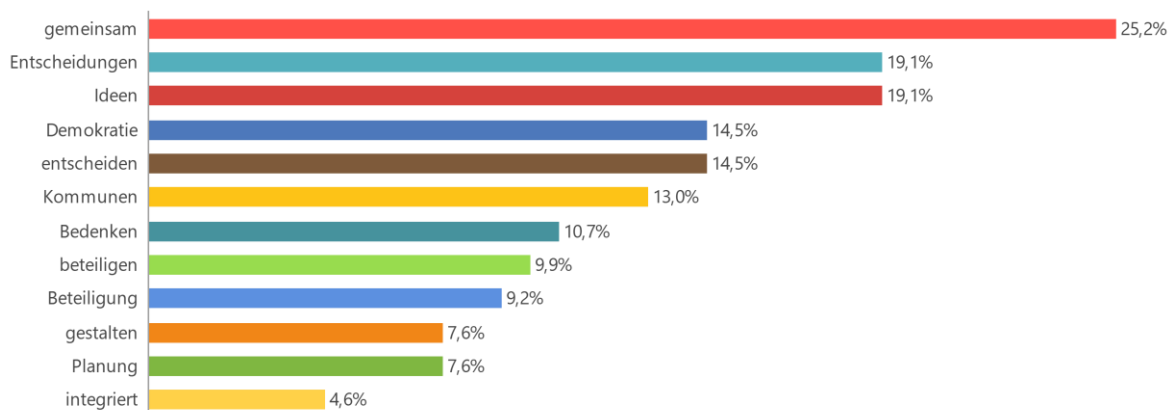


Abbildung 12: Schlagworte der Kategorie 4 im Tagesspiegel (> 10 Nennungen)

Quelle: Eigene Darstellung

Der Faktor des **Einbezugs der betreffenden Bevölkerung** wird in den Zeitungen **relativ ähnlich** aufgenommen. Im **Tagesspiegel** werden Begriffe wie *gemeinsam*, *Entscheidungen*, *Ideen* und *Demokratie* am häufigsten genannt (vgl. Abbildung 12). In der **Lausitzer Rundschau** dominieren hingegen die Begriffe *Kommunen*, *gemeinsam*, *entscheiden*, *Ideen*, *gestalten*, *Demokratie* und *Planung* (vgl. Abbildung 11).

Demnach kann in dieser Kategorie und ihrer quantitativen Auswertung kein großer Unterschied in der medialen Berichterstattung erkannt werden.

4.2.5 Resümee der quantitativen Analyse

Die quantitative Analyse deckt einige thematische Schwerpunkte auf (s. Tabelle 9). Gleichzeitig bleibt offen, in welchem Kontext die Schlagworte verortet sind und wie diese diskutiert werden. Daher folgt in Kapitel 4.3 eine qualitative Auswertung einer reduzierten Auswahl von Artikeln. In Kapitel 4.4 werden die Ergebnisse der quantitativen und der qualitativen Auswertung zusammengeführt und mit den Interviewergebnissen abgeglichen.

Tabelle 9: Schwerpunkte der Berichterstattung im Tagesspiegel und in der Lausitzer Rundschau

Tagesspiegel	Lausitzer Rundschau
<ul style="list-style-type: none"> • starker Fokus auf politische Themen, Wahlkampf, Parteien sowie auf Klimawandel und Emissionen • eher negative Berichterstattung: Kritik, Probleme und potenziell negative Externalitäten wie Kosten, finanzielle Belastung und Arbeitsplatzverlust/Arbeitslosigkeit im Fokus • bei positiven Effekten Gesundheit im Fokus 	<ul style="list-style-type: none"> • Strukturwandel und Kohleausstieg, aber auch Klimawandel im Fokus • Benennung von Problemen und Chancen sowie Kosten und Nutzen fast gleichauf • bzgl. Externalitäten ist das Thema der Arbeitsplätze zentral, jedoch nicht zwangsläufig negativ gemeint • Benennung tendenziell negativer Effekte: neben Kosten v.a. Umweltauswirkung auf Natur und Wald sowie Schatten und Schall – tendenziell Auswirkungen, die mit Windrädern verknüpft werden • auf positiver Seite Wertschöpfung und Wohlstand im Fokus

Quelle: Eigene Darstellung

4.3 Zweite Sampling-Stufe und qualitative Analyse

Nach der quantitativen Analyse der Artikel in den vier Kategorien wird nun untersucht, wie konkrete Inhalte in den medialen Diskursen besprochen werden. Um dies zu ermöglichen, wurde in einer zweiten Sampling-Stufe die Anzahl der Zeitungsartikel weiter eingegrenzt. Es wurden jene Artikel in die engere Auswahl genommen, die im Titel oder im Kopfteil des Artikels folgende Informationen bzw. Bezüge aufwiesen:

- **Bezug zum Thema Energiewende oder zu verwandten Themen**, z.B. *Energiewende, Erneuerbare Energie, Windenergie, Photovoltaik, Solarenergie, Kohleausstieg, Strukturwandel, Wasserstoff, Verkehrswende, Wärmewende, Fernwärme, E-Mobilität, E-Auto, Klimawandel*
- **Bezug zur Region**: *klarer Bezug zu Berlin und dem brandenburgischen Teil der Lausitz, insbesondere Spree-Neiße und Cottbus. Beiträge zum sächsischen Teil der Lausitz wurden aussortiert. Beiträge mit explizitem Bezug auf andere Gemeinden oder Landkreise in der brandenburgischen Lausitz wurden ebenso aussortiert.*

Nach diesem Schritt verblieben **97 Artikel** für die qualitative Analyse, davon 32 in der Lausitzer Rundschau und 65 aus dem Tagesspiegel.

4.3.1 Lausitzer Rundschau: Energiewende und Strukturwandel

In der quantitativen Analyse ist deutlich geworden, dass **Strukturwandel, Kohleausstieg** und **Energiewende** in der Lausitzer Rundschau die dominanten Themen sind. Daher werden nun 32 Artikel mit klarem Bezug zu Strukturwandel und Energiewende auf mögliche Erklärungsmuster für die verschiedenen Ausprägungen der Einstellung zur Energiewende untersucht. Auch hier bilden die vier Akzeptanzfaktoren wieder die Leitlinien für die Analyse.

Im Folgenden wird zunächst die Darstellung von Energiewende und Strukturwandel in der Lausitzer Rundschau erläutert, deren Diskurse eng miteinander verwoben sind. Daher werden die Diskurse entlang der Akzeptanzfaktoren gemeinsam analysiert und potenzielle Erklärungsansätze der regionalen Einstellungsmuster aufgespürt.

Energiewende

Die Energiewende ist ein Thema, das in verschiedenen räumlichen Kontexten diskutiert wird: in der gesamten Lausitz, in ihrem brandenburgischen Teil sowie im Landkreis Spree-Neiße im Speziellen. Dabei umfasst die Energiewende verschiedene Ansätze, Ansiedlungen und Transitionen im Energiesektor; *„darunter fallen zum Beispiel Wind- und Wasserkraft, Bio- und Sonnenenergie“* (LR 29.07.2021). Als ein zentrales Problem werden dabei die Schwierigkeiten bei Speichertechnologien hervorgehoben: *„Größtes Problem der erneuerbaren Energien ist, dass sie bislang nicht langfristig gespeichert werden können“* (LR 29.07.2021).

Es werden des Weiteren unterschiedliche und konkrete Orte der Energiewende in der Lausitz benannt, die in beiden Bundesländern, Sachsen und Brandenburg, liegen. Mit Blick auf den brandenburgischen Teil der Lausitz werden primär Cottbus als Innovations- und Transformationsort, aber auch die Gemeinde Schipkau im Landkreis Oberspreewald-Lausitz und Forst im Landkreis Spree-Neiße als „Transformationsorte“ benannt. In der kreisfreien Stadt Cottbus, die vom Landkreis Spree-Neiße umschlossen wird, gibt es zahlreiche neue Energiewendeprojekte und -institutionen, etwa das „PtX-Lab-Lausitz“ für eine klimaneutrale Luftfahrt bzw. klimaneutrales Kerosin (LR 28.08.2021a und 28.08.2021b). In der Gemeinde Forst des Untersuchungskreises Spree-Neiße wird hingegen ein weiteres „Solarpark-Großprojekt“ für eine „Solarenergie aus Brandenburg“ (LR 30.07.2021) angepriesen. Von dem großen Lausitzer Energieunternehmen LEAG wird hier eine der „größten Photovoltaik-Anlagen von Brandenburg“ erbaut, die *„zur ersten Liga an Photovoltaik-Projekten in Deutschland [gehört]“* (LR 30.07.2021). 400 Hektar der Bergbaufolgefläche vom Tagebau Jänschwalde sind dafür eingeplant. Gleichzeitig wird hervorgehoben, dass *„Forst nach seinen Leuchttürmen [sucht]“* (LR 24.09.2021), die jedoch nicht dort, sondern im entfernten Cottbus entstehen (Innovationszentrum Universitätsmedizin und ICE-Instandhaltungswerk). Die Gemeinde Schipkau im Landkreis Oberspreewald-Lausitz setzt hingegen auf diversifizierte Formen der Energiewende mit Fokus auf Windenergie, Solarpark und Wasserstoffprojekte (LR 07.08.2021). Auch das Thema der Verkehrswende wird punktuell als relevant für die Lausitz hervorgehoben und dabei eng mit dem Thema der Energiewende verknüpft. Eine Frage, die in diesem Zusammenhang diskutiert wird, ist die Umstellung des ÖPNV in Cottbus auf neun Wasserstoffbusse bis 2026 (LR 18.08.2021). Nach Meinung der LEAG schreitet die Region generell mit erfolgreichen Wasserstoffprojekten voran und sie bietet viele Potenziale, u.a. *„für die Wertschöpfung in der Region“* (LR 18.08.2021).

Strukturwandel

Der Strukturwandel wird in der Lausitzer Rundschau prioritär als Umstellung von einem dominanten Wirtschaftszweig auf viele verschiedene Wirtschaftsbereiche diskutiert. Zum einen wird im Strukturwandel das Potenzial gesehen, die Wirtschaft zu diversifizieren (*„Der Wechsel von einer dominanten Industrie zu einer vielfältigen Wirtschaft. Eine Region, die auf vielen Beinen steht, ist krisenresistenter“* [LR 24.08.2021]), gleichzeitig wird bemängelt, dass der Einsatz der Strukturstärkungsmittel falsch angesetzt wird. So wird auf die starke Abhängigkeit von konventionellen Wirtschaftszweigen verwiesen. Der Fokus auf wenige Großunternehmen, wie aktuell auf die LEAG oder Tesla im brandenburgischen Landkreis Oder-Spree, nehmen der Lausitz die Möglichkeit, einen wahren Strukturwandel durchzuführen. Im Interview mit der Lausitzer Rundschau meint der Lausitz-Forscher Johannes Staemmler zu einem Player wie Tesla:

„Dass es einen so großen Akteur in der Lausitz braucht, hoffe ich nicht. Wenn ein neuer, riesiger Betrieb käme, wird der Region die Chance genommen, sich zu emanzipieren. Dann stünde auch irgendwann der nächste Strukturwandel ins Haus. Ich glaube, in der Lausitz sind bereits vielfältige Potentiale vorhanden. Sie brauchen nur Zeit zum Wachsen“ (LR 24.08.2021).

Eine erfolgreiche Diversifizierung der Beschäftigungs- und Wirtschaftsstruktur erfolge hingegen durch eine Ansiedlung verschiedener Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen sowie öffentlicher Institutionen und Unternehmen. Generell wird im Zuge der Strukturstärkungsmittel aus dem Landesarm in viele verschiedene Projekte investiert:

„Gelder gehen in Zukunftsprojekte wie z.B. in das Leistungszentrum Westlausitz in Schwarzhöhe, den Medical Accelerator als einen Baustein des Gesundheitscampus in Cottbus, das Zentrum zur Erforschung Hybrid-Elektrischer Antriebe (Chesco) an der BTU Cottbus-Senftenberg oder die Entwicklung der Telemedizin im Landkreis Spree-Neiße. Aber auch in wichtige Projekte im Bereich Kunst und Kultur wie den Umbau der IBA Terrassen in Großräschen und das Werkstattgebäude der Neuen Bühne in Senftenberg“ (LR 15.08.2021).

Insgesamt ist die Ausgabe der Landesmittel aus dem Strukturstärkungsarm in Brandenburg laut LR-Berichterstattung konfliktfreier als in Sachsen (LR 15.08.2021). Trotzdem kommen auch kritische Stimmen in Bezug auf die Strukturwandelpolitik und die Verwendung der Strukturstärkungsmittel zu Wort, etwa im Gastbeitrag von Prof. Joachim Ragwitz, dem stellvertretenden Geschäftsführer des ifo-Instituts in Dresden. Er argumentiert, dass es das *„[w]ichtigst[e] Ziel der Strukturförderung in den Braunkohleregionen [sei], die wirtschaftliche Attraktivität der jeweiligen Standorte zu steigern und auf diese Weise zur Schaffung von Arbeitsplätzen beizutragen“* (LR 31.07.2021). Dabei sei die Verbesserung der Erreichbarkeit peripherer Orte durch Investitionen in die Infrastruktur sowie durch die Bereitstellung von Breitbandverbindungen essenziell. Zusätzlich sei die Erschließung von Gewerbegebieten wesentlich, um die Grundlage für Unternehmensansiedlungen zu legen. Er kritisiert aber die Fremdnutzung von Strukturmitteln, etwa für Freizeit- und stadtplanerische Projekte, und somit eine zweckentfremdete Nutzung. Insgesamt sollten laut Lausitz-Forscher Staemmler die Strukturmittel nicht nur in *„Forschungszentren in Ballungsgebieten“*, sondern auch in den Orten, wo Arbeitsplätze wegfallen, eingesetzt werden und weniger für Autobahnen, wenn grüne Mobilität eigentlich gefördert werden soll (LR 22.09.2021). Auch aus der mittelständischen Wirtschaft kommt wiederkehrende Kritik an dem Einsatz der Strukturstärkungsmittel. So fragt die Lausitzer Rundschau, ob *„der Strukturwandel am Lausitzer Mittelstand vorbei [geht]“* (LR 28.07.2021).

Neben der Diskussion über die richtige Verwendung der Strukturstärkungsmittel sowie über den Zugang zu ihnen werden auch Wasserstoffthemen häufig im Kontext des Strukturwandels diskutiert. Dabei geht es um *„Milliarden vom Bund“* und die Frage, wie *„es die*

Lausitz in die erste Liga der Wasserstoff-Regionen schaffen kann“ (LR 14.09.2021). Zur Umsetzung der Wasserstoffwirtschaftsambitionen wird die Hoffnung in das Lausitzer Wasserstoffnetzwerk „Durch2Atmen“ gesetzt (LR 04.09.2021; 14.09.2021), das zum einen im Kontext einer Wasserstoffstrategie in der Lausitz erwähnt wird (LR 04.09.2021) und zum anderen bezüglich der Beantragung von Fördermitteln für innovative Wasserstofftechnologien (LR 14.09.2021). Neben hohen Erwartungen gibt es aber auch erste Dämpfer in Bezug auf den neuen Wirtschafts- und Technologiezweig. Zum einen wird Enttäuschung über die Rolle von Großunternehmen geäußert, die nicht in die Lausitz kommen, sondern in andere Bereiche oder Regionen investieren. Berichtet wird beispielsweise darüber, wie *„Siemens die Wasserstoff-Träume in der Lausitz [torpediert]“* (LR 19.09.2021). Des Weiteren werden bereits begonnene regionale Konzepte und Ideen zum Strukturwandel, wie die erwähnten Wasserstoffprojekte, teilweise kritisch beurteilt. So liefere beispielsweise die Umsetzung des angedachten Wasserstoffkraftwerks im Industriepark „Schwarze Pumpe“ schleppend, sodass auch kritisch hinterfragt wird, *„was vom großen Wurf für ein Wasserstoff-Kraftwerk übrig bleibt“* (LR 06.08.2021). Der Wirtschafts- und Technologiebereich Wasserstoff wird im Zuge der Diskussion zum Strukturwandel demnach insgesamt eher als Chance für die brandenburgische als für die gesamte Lausitz begriffen, wird aber vermutlich in den nächsten Jahren immer wieder kritisch auf den Stand der Umsetzung hin beäugt werden.

Im Folgenden soll die medial-diskursive Darstellung der Energiewende entlang der vier Akzeptanzfaktoren detaillierter betrachtet werden.

1. Allgemeine Einstellungen

Der Faktor „allgemeine Einstellungen“ wird über die in der Berichterstattung durchscheinenden Einstellungen zur Energiewende sowie die dargestellten Meinungen von unterschiedlichen Institutionen und Akteuren in der (brandenburgischen) Lausitz ermittelt. Eine **allgemeine Aussage** fällt dabei **schwer**, da sehr viele unterschiedliche Positionen und Einstellungen zur Energiewende vorherrschen, **je nachdem, welcher Sektor** angeschaut wird **und welche*r Akteur*in** zu Wort kommt. Die Frage der Lausitzer Rundschau zum Stand der Akzeptanz der Energiewende in Deutschland beantwortet der Verbandschef der Erneuerbaren Energien wie folgt:

„Wir stehen an einer Wegscheide. Der Kohleausstieg wird neu hinterfragt, weil der Klimawandel zu mehr Tempo zwingt. Gleichzeitig sehen wir, wie schnell die Industrie sich freiwillig in Richtung Klimaneutralität bewegt. Das erzeugt eine neue Nachfrage nach grünem Strom und das ist ein neues Fragezeichen an der Verstromung von Kohle“ (LR 16.09.2021).

Mit Blick auf Ostdeutschland fügt er noch an:

„Ostdeutschland steht besser da, als es sich das selber eingesteht. Ostdeutschland ist früh und ohne große Umschweife in die Erneuerbaren eingestiegen. Sachsen-Anhalt und Brandenburg stehen an der Spitze bei der Windenergie. Daneben entsteht viel Bioenergie, die ins Netz eingespeist wird. Solar ist in Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg gut vertreten. Gleichzeitig haben die Netzbetreiber in den letzten Jahren kontinuierlich im Osten investiert, sodass die ostdeutschen Netze besser mit grünem Strom umgehen können. Auch für das große Thema Wasserstoff ist der Osten gut gerüstet. Im Chemiedreieck Halle-Bitterfeld-Leuna gibt es schon ein gut ausgebautes Wasserstoffnetz. Das sind gute Faktoren und die ostdeutschen Ministerpräsidenten sollten daraus gemeinsam mehr machen.“ (LR 16.09.2021)

Hier scheint eine neue Offenheit zum Thema früherer Kohleausstieg durch, welche einerseits mit dem Verständnis der Dringlichkeit der Klimakrise und andererseits mit wahrge-

nommenen Fortschritten im Bereich Industrierende und erneuerbarer Energieinfrastruktur begründet wird. Letztere würde jedoch in Ostdeutschland noch nicht ausreichend wahrgenommen.

Gleichzeitig wird in selbigem Interview das Thema der negativen Wendeerfahrung angesprochen, welche die heutigen Einstellungen gegenüber einem Strukturwandel prägen:

„In den beiden betroffenen ostdeutschen Ländern wirkt der Wandel noch stärker, weil man dort die Erfahrungen der Nachwendezeit noch nicht verdaut hat. Die Menschen haben das Gefühl, sie seien schon einmal unter die Räder gekommen. Hier müssen alle aktiv werden – die Akteure, die heute dort Energiepolitik gestalten, aber auch die neue Welt der erneuerbaren Energien muss sich in die Verantwortung nehmen lassen“ (LR 16.09.2021).

In einem weiteren Artikel wird eingehender nachgefragt: *„Kohle-Ausstieg Pro & Contra: Hat die Lausitz im Strukturwandel das Schlimmste überstanden?“* (LR 19.08.2021). Erneut wird die Frage gestellt, ob es wieder einen so starken Umbruch geben werde wie 1990 oder ob sich der Wandel dieses Mal produktiv gestalten lasse. Hier wird argumentiert, dass zwar umfangreiche Arbeitsplätze (ca. 20.000 – die „Größenordnung einer Lausitzer Kleinstadt“) in einem sehr wichtigen Wirtschaftszweig abgebaut würden, diese Umbruchphase aber nicht abrupt und „über Nacht“ komme wie 1990, sondern man sich dieses Mal „akribisch“ und jahrelang auf einen Strukturwandel vorbereite (LR 19.08.2021). Darüber hinaus habe sich die regionale Wirtschaft bereits weiter ausdifferenziert und Zukunftsperspektiven würden sichtbar:

„Die Wirtschaft der Lausitz ist stark auf die Kohleindustrie ausgerichtet. In großen Industrieparks wie der ‚Schwarzen Pumpe‘, in dem sich viele verschiedene Unternehmen angesiedelt haben, arbeiten 5300 Menschen. Schon seit einigen Jahren ist der Kohleabbau nicht mehr der vorherrschende Wirtschaftszweig. Die LEAG soll zukünftig ihre Geschäftsfelder verändern. Außerdem sind chemische Industrien wie die BASF in Schwarzheide, die Luftfahrtindustrie oder die Gesundheitswirtschaft zukunftssträchtige Felder“ (LR 29.07.2021).

Trotz dieser Verteilung der Wirtschaft und Industrie auf verschiedene Schultern ist die generelle Verunsicherung oder gar „Angst“ vor Arbeitsplatz- aber auch Identitätsverlust weiterhin ein zentrales Thema:

„Die Lausitzer fürchten, die Identität ihrer Region und viele Arbeitsplätze zu verlieren. Aufgrund der Erfahrungen der Wendezeit, in der es auch schon zu massiven Jobverlusten kam, haben sie nun Angst vor der Veränderung und dem Aussterben der Region als Ganzes durch den Ausstieg aus der Kohleindustrie“ (LR 29.07.2021).

Auch das Gefühl des „Abgehängtseins“ und „Verlassenseins“, das im Zuge des demografischen Wandels verstärkt aufgekommen ist, wird thematisiert:

„Die Bevölkerung in der Lausitz wird immer älter, da viele junge Leute wegziehen und wenige Kinder geboren werden. 1990 haben in der Lausitz noch knapp 1,4 Millionen Menschen gelebt. Heute sind es rund 1,16 Millionen. Damit verlor die Region gut ein Fünftel ihrer Bevölkerung. Seit ein paar Jahren ist die Entwicklung gestoppt. Mittlerweile kehren mehr junge Menschen zurück und leben hier“ (LR 29.07.2021).

Das Gefühl des Abgehängtseins könnte aufbauend auf diesen medialen Beschreibungen und Berichten durch solche neuen Zuzugsprozesse abgebaut werden und die Einstellungen zur Energiewende verbessern, wenn private und wirtschaftliche Perspektiven aufgetan werden.

Die Themen Kohleausstieg und Energiewende werden in der Lausitz dabei auch stark von der AfD aufgenommen (etwa im Bundestagswahlkampf 2021), die sich als einzige Partei gegen den Kohleausstieg stellt. Mit dieser ablehnenden Haltung ist die AfD auch in der Berichterstattung der Lausitzer Rundschau in einigen Artikeln präsent.

2. Externe Auswirkungen

Als zweiter Faktor zur Erklärung von Einstellungen zur Energiewende und ihrer Akzeptanz werden wahrgenommene externe Effekte herangezogen. Auf der einen Seite werden negative **wirtschaftliche Effekte** thematisiert, wie der Abbau von Arbeitsplätzen. Auf der anderen Seite aber auch Chancen, wie die Ansiedlung neuer Unternehmen und Institute, sowie die Einführung und Etablierung von neuen Wirtschafts-, Technologie- und Innovationszweigen gesehen. Mit der Energiewende werden darüber hinaus externe Auswirkungen im Bereich **Mobilität** und **Infrastruktur, Naturschutz, Wasserversorgung** und **Wohnungsentwicklung** verbunden, die positiv oder negativ ausfallen können. In Bezug auf Mobilität und Infrastruktur steht zum einen die Stärkung der Lausitz durch eine bessere Anbindung an die angedachte ICE-Strecke im Fokus. Gleichzeitig werden auch innovative ÖPNV-Angebote diskutiert, die auf nachhaltige und grüne Antriebsarten wie Wasserstoff setzen (LR 28.07.2021). Als Gefahr für die Neuorientierung an Grünen Technologien wird die generelle Wasserknappheit in der Lausitz beschrieben (LR 31.07.2021), die auch bereits im Kontext der Tesla-Ansiedlung in Grünheide andiskutiert wurde. Ein weiterer Effekt ist ein ansteigender Bedarf an neuen Wohnungen in Cottbus im Zuge der Neuansiedlungen von neuen Branchen in der Lausitz. So wird in „Cottbus mit einem Bedarf an zusätzlichen 10.000 Wohnungen gerechnet“ (LR 21.09.2021). Zwar sei dies grundsätzlich positiv zu bewerten, doch gleichzeitig könne Wohnen dadurch teurer und Wohnraum knapper werden (LR 21.09.2021).

3. Lokale Wertschöpfung und finanzielle Beteiligung

Ein sehr **großes Thema** in der Lausitz ist die lokale Wertschöpfung und finanzielle Beteiligung, die in der Lausitzer Rundschau sehr **ambivalent diskutiert** wird. Zum einen gibt es im Zuge des Kohleausstiegs Unzufriedenheit mit der Richtlinie zum Anpassungsgeld (APG) für Bergbaubeschäftigte, da hier nicht alle Arbeitnehmer*innen im Kohlesektor berücksichtigt würden – so etwa Mitarbeitende in Tochterunternehmen (LR 27.08.2021). Des Weiteren nimmt die Lausitzer Rundschau auch häufig die generelle Förderung von Bund und EU für klimafreundliche Technologien (LR 05.08.2021) sowie für den gerechten Übergang (*Just Transition Fonds*, JTF) in den Blick (LR 15.08.2021). Der JTF unterstützt vor allem kleine und mittlere Unternehmen (KMU), einschließlich Start-up-Unternehmen, sowie die Gründung neuer Unternehmen (LR 15.08.2021). Wie bereits beschrieben, werden bezüglich des Einsatzes der Strukturstärkungsmittel in der Lausitzer Rundschau große Kontroversen ausgetragen. Während der Haupttenor dahin geht, dass die Strukturmittel eher dem Mittelstand und KMU's zufließen sollten, wird auf anderer Seite die stärkere Förderung grüner und klimafreundlicher Energieprojekte gefordert, während in der Realität häufig Projekte der Kommunalentwicklung beobachtet werden, was zu starken Diskussionen führt (LR 28.07.2021, 01.08.2021).

4. Mitsprache und Entscheidungsmöglichkeiten

Was die Mitsprache und Entscheidungsmöglichkeiten der Bürger*innen angeht, so wird primär der eigene Weg Brandenburgs im Kontext der föderalen Strukturstärkungspolitik hervorgehoben, welche den Einbezug von zahlreichen Akteur*innengruppen umfasse, um anders als in Sachsen eine „**Bottom-up-Strukturstärkung**“ anzuschließen. Dies erfolgt über die Zukunftswerkstätten der Wirtschaftsregion Lausitz GmbH (WRL), was auch **posi-**

tiv hervorgehoben wird: „Das ist der Erfolg der [WRL]. Wir setzen mit unseren Werkstätten auf den Dialog und Auswahlverfahren der Projekte vor Ort“ (LR 21.09.2021). Somit sei hier ein Einbezug der Bevölkerung möglich und das wird auch partiell thematisiert.

Insgesamt sei die die gemeinsame Politik und Planung etwas, was vor allen Dingen in dieser Region, die radikale Wandlungsprozesse kennt, unbedingt angedacht und umgesetzt werden muss:

„In den beiden betroffenen ostdeutschen Ländern wirkt der Wandel noch stärker, weil man dort die Erfahrungen der Nachwendezeit noch nicht verdaut hat. Die Menschen haben das Gefühl, sie seien schon einmal unter die Räder gekommen. Hier müssen alle aktiv werden - die Akteure, die heute dort Energiepolitik gestalten, aber auch die neue Welt der erneuerbaren Energien muss sich in die Verantwortung nehmen lassen. Der Runde Tisch Lausitz ist ein guter Anfang, da kommen die neuen Akteure mit denen vor Ort zusammen. Am Ende geht es um die große Frage, wie man einen Beschäftigungstransfer organisiert, damit die Menschen nicht abwandern müssen, sondern in der Heimat weiter eine Beschäftigung finden“ (LR 20.08.2021).

4.3.2 Tagesspiegel: Energiewende und Verkehrswende

Im Folgenden wird die Berichterstattung des Berliner Tagesspiegels in Hinblick auf die bereits erläuterten vier Akzeptanzfaktoren betrachtet. Zwar sind Energie- und Verkehrswende eng miteinander verknüpft, jedoch sind zwei Diskurse mit verschiedenen Akteur*innen erkennbar, die daher separat erörtert werden. Vorab sei zudem darauf hingewiesen, dass der Berliner Tagesspiegel nicht nur zur Energiewende in Berlin, sondern auch übergreifend mit Blick auf die nationale und internationale Ebene berichtet. In der weiteren Analyse werden jedoch lediglich Artikel mit regionalen Bezügen zu Berlin ausgewertet. Dies umfasst 31 Artikel allgemein zum Themenfeld der Energiewende und (mit einigen Überschneidungen) 34 Artikel mit Fokus auf die Berliner Verkehrswende.

Energiewende

Die Energiewende wird im Tagesspiegel größtenteils im Kontext des Klimawandels und der Verkehrswende thematisiert. Dies untermauert die vorherige quantitative Analyse, bei der die Begriffe *Klimawandel* und *Verkehrswende* bereits deutlich herausstachen (vgl. Kap. 4.1). In Bezug auf Berlin geht es dabei häufig um die Erfahrbarkeit des Klimawandels in der Region und die Gefahren, die dieser potenziell für diese hat, sowie um Projekte und Ideen, wie die Stadt hinsichtlich der Energiewende umgebaut werden kann. Dabei fallen vor allem verkehrliche Umbaumaßnahmen ins Gewicht.

1. Allgemeine Einstellungen

Hinsichtlich der allgemeinen Einstellungen zur Energiewende werden im Berliner Tagesspiegel sowohl Ansichten aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft als auch aus der Politik dargestellt. Insgesamt lässt sich anhand der Berichterstattung im Berliner Tagesspiegel sagen, dass das Thema der Energiewende in der Hauptstadt **angekommen** ist und von den dargestellten Akteur*innengruppen **anerkannt** wird. Die **Dringlichkeit** des Klimaschutzes wird insbesondere durch Stimmen aus der Wissenschaft deutlich betont. Dabei wird u.a. auf die Schäden der Berliner Stadtbäume durch die langen Trockenphasen oder auf andere Gefahren wie Hochwasser, Starkregen und Hitzesommer hingewiesen, die Berlin drohen (TSP 15.09.2021; 09.08.2021; 07.09.2021). Die Auswirkungen des Klimawandels auf die menschliche Gesundheit werden durch die Worte „Wir haben keinen Puffer“

eines Charité-Professors als Artikelüberschrift hervorgehoben (TSP 03.08.2021). Die direkte Erfahrbarkeit des Klimawandels im Berliner Alltag wird dargelegt sowie Klimaschutz als größte **gesamtgesellschaftliche Herausforderung** gezeichnet, die nur durch die Zusammenarbeit der verschiedenen Ebenen gelingen kann. Die Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg wird durch ihre hohe Vielfalt an Expertise und die Möglichkeiten für Reallabore, u.a. hinsichtlich klimafreundlicher Mobilität und CO₂-freier Stadtplanung, als optimale Modellregion für einen integrierten Klimaschutz genannt (TSP 15.09.2021). Dennoch wird auch betont, dass Veränderungen zu langsam voranschreiten.

„Dazu soll am besten alles kleinteilig, hyperlokal, gemeinschaftlich gelöst werden. Veränderung soll ja nicht zu schnell gehen. Vielen mag das sympathisch erscheinen, nur wird man so keine einzige Herausforderung lösen können, dafür aber global den Anschluss verlieren. Kein noch so schöner Kiez kann sich allein gegen den Klimawandel stemmen“ (TSP 25.07.2021).

In der Berichterstattung werden die definierten Berliner Klimaziele dargestellt und durch verschiedene Visionen einer klimagerechten Zukunft der Stadt untermauert. Dabei wird auch benannt, dass es an der Umsetzung dieser Visionen noch häufig hapert, und diskutiert, inwiefern die Politik dieser noch im Weg steht. Aufgrund der zeitlichen Nähe der Bundestagswahl und auch der Abgeordnetenhauswahl in Berlin sind in dem medialen Diskurs die unterschiedlichen Bemühungen und Ansichten der Parteien recht stark vertreten.

Durch das von der Berliner Koalition beschlossene Energiewende- und Klimaschutzgesetz ist festgesetzt, dass die Stadt bis spätestens 2045 klimaneutral sein und ihren CO₂-Ausstoß bis 2030 um 65% reduziert haben soll. Bei diesen Zielen, besonders jedoch bei deren Umsetzung, zeigen sich zwischen den Parteien einige Unterschiede (TSP 20.09.2021). Während sich die Grünen schärfere Regelungen gewünscht hätten und „*einen Wumms fürs Klima*“ in Form von deutlich ambitionierteren politischen Zielsetzungen wollen (TSP 20.09.2021b), äußert die FDP Zweifel hinsichtlich der zeitlichen Umsetzbarkeit einiger geplanter Maßnahmen (TSP 09.08.2021). Die Grünen wollen z.B. bereits 2035 Klimaneutralität in Berlin erreichen. Von der Linken, der SPD und der CDU werden spätere Ziele, von der FDP kein konkreter Zeitpunkt gesetzt. Fest steht jedoch, dass für die Reduzierung der Emissionen konkrete Maßnahmen notwendig sind. Bei diesen wird von den Grünen, der Linken und der SPD auch die Wichtigkeit des Bereichs der Gebäude herausgestellt sowie einer geringen Belastung der Mieter*innen.

Insgesamt werden im Tagesspiegel oft die Vorhaben der Grünen genannt wie auch deutliche Worte von Bettina Jarasch: *„Es ist Zeit zu handeln! Die Berlinerinnen und Berliner haben die Wahl zwischen notwendiger Veränderung und gefährlichem Stillstand“* (TSP 25.08.2021). Hinsichtlich einiger ihrer ambitionierteren Vorhaben, etwa größere Investitionen in den Klimaschutz, erhalten die Grünen auch Unterstützung von Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertreter*innen, wie IG-Metall Berlin (TSP 20.09.2021b). Generell bleiben bei den Maßnahmenideen und Visionen aller Parteien für eine klimafreundliche Zukunft Berlins jedoch aus Sicht des Tagesspiegels viele Fragen bezüglich der Umsetzung seitens der Parteien und der Stadt offen (TSP 04.08.2021; 25.07.2021). Einige Unternehmungen der Parteien, wie zum Beispiel der gescheiterte Beschluss des Stadtgrüns oder auch geplante Gestaltungen, die als unzureichend für eine erfolgreiche Verkehrswende angesehen werden, würden zudem zu Frust bei Teilen der Bevölkerung führen (TSP 06.09.2021; 30.07.2021).

Insgesamt wird in der medialen Berichterstattung die **Enttäuschung der Bevölkerung oder auch von Vertreter*innen der Wirtschaft gegenüber der Politik** deutlich (TSP 08.09.2021). Die Zivilgesellschaft wünscht sich konkretere und bürgernähere Lösungen für die Krise des Klimawandels. Die Ideen der Kandidierenden aus der Politik werden als nicht ausreichend angesehen, um eine umweltfreundliche und digitale Metropole zu werden und die großen Herausforderungen zu meistern, vor denen Berlin steht (TSP

25.07.2021). Diskussionen und Uneinigkeiten, sowohl zwischen den Parteien als auch zwischen Senat und Bezirken, „lähm[en] diese Stadt [...]. Es fehlt nach wie vor ein Berlin-Plan“ (TSP 25.07.2021).

2. Externe Auswirkungen

Im vorhergehenden Unterkapitel zur allgemeinen Einstellung wurde bereits erwähnt, dass die Auswirkungen des Klimawandels auf das **Stadtklima** und die menschliche **Gesundheit** im Tagesspiegel ebenso thematisiert werden wie Klimaschutzmaßnahmen und deren Auswirkungen auf **den Treibhausgasausstoß** einerseits und auf die **entstehenden Kosten** – z.B. für Berliner Mieter*innen – andererseits.

Vonseiten der Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertreter*innen wird ein positives Bild von einer ambitionierten Klimapolitik gezeichnet und diese als Chance gesehen, um eine **lebenswertere Stadt** zu entwickeln. Von diesen wird als wichtig herausgestellt, dass es um eine Transformation und Weiterentwicklung der Berliner Wirtschaft und Industrie geht und es dabei viel zu gewinnen gibt. Es wird darauf hingewiesen, dass der Großteil der Arbeitsplätze der Berliner Industrie auf Bereiche wie die IT- und Softwareentwicklung entfällt und darum **keine Arbeitsplatzverluste** zu befürchten sind, sondern vielmehr ein **Vorteil für die Wirtschaft** entstehen kann (TSP 20.09.2021).

Hinsichtlich der Maßnahmen im Rahmen der Energiewende gab es Diskussionen innerhalb der Berliner Koalition. Diese handelten von der Solarpflicht für Schulbauten, welche erhebliche Mehrkosten verursacht und somit die Sanierung einiger Schulen aufgehalten hätte, weshalb der Beschluss dazu scheiterte (TSP 09.08.2021). Insgesamt spielen im Tagesspiegel die Gesamtinvestitionen für die Energiewende in Berlin jedoch eine vergleichsweise untergeordnete Rolle. Lediglich Kosten für Klimaschutzmaßnahmen, die auf die Bürger*innen zukommen, sind vielfach Thema. Vielmehr werden die Potenziale Berlins als zukünftige klimafreundliche Modellstadt, inklusive ihrer breiten Vielfalt an wissenschaftlicher Expertise, aber auch die erheblichen Schwierigkeiten bei der Umsetzung effektiver Maßnahmen seitens der Politik und der Druck durch zivilgesellschaftliche Akteur*innen behandelt.

3. Lokale Wertschöpfung und finanzielle Beteiligung

Der Aspekt der lokalen Wertschöpfung und der finanziellen Beteiligung nimmt in der Berichterstattung im Berliner Tagesspiegel eine **geringe Rolle** ein. Neben der Beleuchtung wissenschaftlicher Erkenntnisse und Potenziale zu Aspekten des Klimawandels und Klimaschutzes wird eine neue Wasserstoff-Technologie der Berliner Firma Graforce vorgestellt und dargelegt, inwiefern das Unternehmen von der Energiewende profitiert. Durch den zukünftigen Ausstieg aus fossilen Energieträgern werde es eine große Nachfrage nach ihrer kostengünstigen Wasserstoffherstellung durch Plasmalyse geben (TSP 30.08.2021). Der weitere mediale Diskurs zu lokaler Wertschöpfung im Tagesspiegel beschränkt sich größtenteils auf die Bedeutung der ansässigen wissenschaftlichen Institutionen, die vor allem in Berlin eine starke Unterstützung der Politik darstellten und als Schlüsselakteur*innen bei der Suche nach Lösungen für Klimaprobleme benannt werden. Auch die weitere Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg wird durch die dortige Vielfalt an Expertise in der Klimaforschung als eine wichtige Forschungslandschaft für die Produktion wissenschaftlicher Erkenntnisse zum Umgang mit dem Klimawandel beschrieben (TSP 06.08.2021). Es werden vermehrt Berliner Institute vorgestellt, wie das Potsdam Institut für Klimafolgenforschung, die TU Berlin oder die Charité, die dabei große Potenziale darstellten.

4. Mitsprache und Entscheidungsmöglichkeiten

Die Mitsprache zivilgesellschaftlicher Akteur*innen spielt bei den verschiedenen Umbauplänen in Berlin hingegen eine **ausgeprägtere Rolle**. Bei einigen der Projekte soll, z.B. durch einen öffentlichen Wettbewerb verschiedener Ideen, eine Diskussion mit vielen Beteiligten erreicht werden (TSP 30.07.2021). Insgesamt wird in der Berichterstattung zudem häufig auf die **Enttäuschung der Bevölkerung oder von Wirtschaftsakteur*innen** gegenüber der Politik hingewiesen (TSP 08.09.2021). Viele Pläne seien nicht konkret genug oder nah genug an dem Leben der Bürger*innen (TSP 25.07.2021).

Einen Großteil der Berichterstattungen im Tagesspiegel über die Dringlichkeit des Klimaschutzes nehmen auch Meldungen zu Demonstrationen und damit Stimmen von Aktivist*innen und Umweltverbänden ein. In dem untersuchten Zeitraum dieser Medienanalyse stechen vor allem Artikel zu dem Hungerstreik junger Aktivist*innen sowie der Gruppe „Extinction Rebellion“ hervor. Der Hungerstreik sollte ein öffentliches Gespräch über den Klimawandel mit den drei Kanzlerkandidat*innen bezwecken. Eine der Forderungen war zudem die Einrichtung eines Bürger*innenrats zur Vorgabe von Sofortmaßnahmen zum Klimaschutz an die Politik. Die Forderungen wurden jedoch nicht erfüllt (TSP 20.09.2021). Die Aktivist*innen sprachen über *„die Ignoranz der Verantwortlichen“* sowie darüber, dass *„Olaf Scholz [...] in einer beängstigenden Ruhe über seine Pläne [redet], die uns direkt in die Klimakatastrophe führen“*, und äußerten ihre Angst und Aussichtslosigkeit dahingehend (TSP 23.09.2021; 29.09.2021). Das Manifest der Streikenden fand deutliche Worte: *„Das Leben eurer Kinder ist nicht durch diesen Hungerstreik gefährdet, sondern durch den Status quo“* (TSP 15.09.2021). Aber auch die Proteste von „Extinction Rebellion“ und weiterer Initiativen nehmen Teile der Berichterstattung ein. Dabei wurde bei Blockaden in der Demo-Woche mit dem Motto *„Die Regierung versagt“* ein deutliches Bild vermittelt (TSP 13.08.2021). Die starke Präsenz solcher Demonstrationen zeigt den Druck, den die Zivilgesellschaft auf die Politik ausübt, um eine effektivere Klimapolitik zu erreichen (TSP 20.08.2021). Neben Demonstrant*innen kommt dieser auch von Umwelt- und Naturschutzverbänden, z.B. im Zusammenhang eines Volksbegehrens für mehr Grünflächen in der Stadt. Dabei kam z.B. der Landesgeschäftsführer des BUND zu Wort: *„Wir starten das jetzt, weil die Politik den Druck braucht. Es muss deutlich gemacht werden, dass es eine zentrale Herausforderung für die nächsten Jahre ist, hier eine wirksame Strategie zu entwickeln“* (TSP 06.09.2021).

Insgesamt wird der Klimawandel im medialen Diskurs deutlich als eine Herausforderung dargestellt, die nur durch gemeinschaftliche Zusammenarbeit und den Dialog von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft bewältigt werden kann, um *„eine gemeinsame Sprache zu finden [und] um sehr konkrete Bedarfe gemeinsam anzugehen“*. Dabei spiele sich ein großer Teil des Klimaschutzes auf kommunaler Ebene ab, an die man anknüpfen müsse. Dies spiele besonders durch die verschiedenen, alleinstehenden Bezirke Berlins eine große Rolle, die jeweils auf lokaler Ebene Vernetzungen benötigen würden (TSP 06.08.2021).

Verkehrswende

Die Analyse von 34 Tagesspiegel-Artikeln im Themenfeld „Verkehrswende“ gibt weitere Anhaltspunkte für die Akzeptanz von Klimaschutz, Energiewende und der damit zusammenhängenden Transformation in Berlin. Die Berichterstattung deckt dabei insbesondere die Akzeptanzfaktoren „Allgemeine Einstellungen“, „Externe Auswirkungen“ und „Mitsprache und Entscheidungsmöglichkeiten“ ab. Der Faktor der „lokalen Wertschöpfung und finanziellen Beteiligung“ spielt im Verkehrssektor keine Rolle.

Die Analyse des Tagesspiegels zeigt, dass Mobilität eines der wichtigsten Themen der Abgeordnetenhaus- und Bürgermeister*innenwahlen war, die zeitgleich mit der Bundestagswahl 2021 erfolgten (TSP 08.09.2021). Mobilität ist ein wahlentscheidendes Thema, welches viele zukünftige Entscheidungen für die städtebauliche Entwicklung Berlins bündelt:

„Wahlkampf ist Straßenkampf: Wie wird der Platz auf der Straße auf Autos, Busse, Bahnen, Lastenverkehr, Fahrrädern und Fußgänger verteilt? Wohin fließen prioritär die Investitionen? Und was ist mit der A100, dem Ausbau des U-Bahnnetzes oder einer autofreien Innenstadt?“ (TSP 19.08.2021a).

Insgesamt fällt im Tagesspiegel auf, dass die Verkehrswende stark im Kontext der Stadtumgestaltung verhandelt wird (TSP 19.07.2021; 04.08.2021; 25.08.2021; 06.09.2021b), weniger hingegen im Kontext neuer Transportmittel oder Technologien. Es geht meist um eine Neuordnung des Straßenraums für Verkehrsmittel, die bereits heute auf den Straßen zu finden sind (TSP 25.08.2021; 03.09.2021; 06.09.2021a; 09.09.2021).

1. Allgemeine Einstellungen

Der Tagesspiegel zeigt, dass **viele verschiedene Einstellungen** zur Zukunft der Mobilität in Berlin vorliegen. Es werden nicht nur **verschiedene Positionen** von Politik, Senats-/Bezirksverwaltung und Zivilgesellschaft (z.B. ADFC, „Berlin autofrei“) dargestellt, sondern auch die Konflikte zwischen verschiedenen Akteur*innen über Mobilitätsfragen. Insbesondere werden Konflikte zwischen SPD und Grünen oder in der rot-rot-grünen Koalition beleuchtet (TSP 08.09.2021; 26.08.2021b). So befassen sich allein drei Artikel (TSP 25.08.2021b/d; 26.08.2021b) mit den **Uneinigkeiten** bezüglich des letzten Teils des Mobilitätsgesetzes zur „neuen Mobilität“:

„SPD, Grüne und Linke zerstritten sich in der Nacht zu Mittwoch über die Frage, ob und wann die Zahl privater Autos in der Stadt reduziert wird. Sie zerstritten sich darüber, wie viele Parkplätze Ladezonen weichen sollen; und sie zerstritten sich über eine mögliche City-Maut für Privatwagen. An dem Aus der Verhandlungen geben sich die Koalitionäre gegenseitig die Schuld. Auffällig: Es sind immer die anderen Schuld. Da ist die Rede von Blockadehaltung, von Wortklaubelei und Taktiererei“ (TSP 25.08.2021b).

Die Konflikte und Positionen der Parteien werden in den Wahlkontext eingeordnet und als „wahltaktische“ Verhaltensmuster identifiziert (25.08.2021d; 26.08.2021b).

Der Tagesspiegel bietet einen Überblick über die Positionen aller Parteien (TSP 06.09.2021a; 08.09.2021). Die Grünen und ihre Visionen erhalten dabei besonders viel Aufmerksamkeit, da diese zu diesem Zeitpunkt die Verkehrssenatorin Regine Günther stellten und als regierende Partei in einigen Bezirken für den Verkehr zuständig waren (TSP 04.08.2021; 06.09.2021b). Auch ist die Verkehrswende Schwerpunkt ihres politischen Programms. An zweiter Stelle steht die Berichterstattung über die SPD, bei der die Verkehrswende jedoch eine weniger prominente Position einnimmt (TSP 22.08.2021). Während ganze Artikel zu den Positionen der Grünen (TSP 04.08.2021; 25.08.2021a) zur Verkehrswende vorliegen, ist dies bei SPD, der Linken, CDU oder FDP nicht der Fall. Ihre

Einstellungen werden lediglich im Kontext konkreter Verkehrsprojekte, zusammen mit dem gesamten Wahlprogramm oder im Vergleich mit den anderen Parteien aufgeführt (TSP 19.08.2021a; 25.08.2021d). Die AfD wird fast nie erwähnt (TSP 08.09.2021; 19.08.21a).

Insgesamt setzen die Parteien auf unterschiedliche Zielsetzungen und Instrumente: Die Grünen möchten den Kfz-Verkehr deutlich beschränken, z.B. durch eine zunächst mittelfristige Verbotszone von Verbrennungsmotoren innerhalb des S-Bahn-Rings. Jedoch wird nicht nur die Verbotszone diskutiert, auch die Grüne „Hauptstadtvision“¹¹ wird in vielen Artikeln ausführlich dargestellt (TSP 04.08.2021). Der Tagesspiegel kritisiert, dass diese Vision schwammig und die Maßnahmen nicht stimmig seien. Jedoch argumentieren die Grünen, dass ihre Ideen eine grundsätzliche Neuorientierung darstellen und die Maßnahmenpläne noch konkretisiert werden (TSP 08.09.2021). Die Vision der Grünen wird häufig als „Bullerbü“ bezeichnet – jedoch bleibt in den vorliegenden Artikeln unklar, ob die Partei diesen Begriff selbst eingeführt hat. Die übrigen Parteien setzen auf stärkere Anreize für die Nutzung des ÖPNV und sind bei der Errichtung einer Verbotszone zurückhaltender bzw. grundsätzlich dagegen (TSP 20.09.2021) Die SPD möchte das Mobilitätsangebot für alle verbessern und diversifizieren, auch jenseits des S-Bahn-Rings und in den Randgebieten. Eine komplett autofreie Stadt sei daher keine Lösung, stattdessen plädiert sie für attraktive Angebote wie das 365-Euro-Ticket für den ÖPNV (TSP 22.08.2021).

Die Position von CDU und FDP wird durch die Tagesspiegel-Berichterstattung wenig klar – lediglich ihre Ablehnung von Plänen der Regierungsparteien wird deutlich. Die Kritik wird v.a. in einem Artikel dargestellt: *„Berliner CDU wirft rot-rot-grüner Koalition ‚Autohasserwahn‘ vor. Die Opposition rechnet mit der rot-rot-grünen Verkehrswende ab. Die Koalition wolle aus Berlin ein ‚Bullerbü des Stillstandes‘ machen“* (TSP 19.08.2021a). Neben dem Vorwurf einer „Stillstandsvision“ bemängeln CDU und FDP, dass Anlieger*innen und die Öffentlichkeit zu wenig beteiligt werden. Der Fahrradverkehr werde in den Mittelpunkt der Planung gestellt, obwohl eine Mehrheit nicht auf das Auto verzichten wolle. Daher solle der bestehende motorisierte Individualverkehr (MIV) sinnvoll gestaltet werden (TSP 19.08.2021a).

Jedoch werden diese Einwände nur am Rande erwähnt – grüne und rote Positionen erhalten deutlich mehr Aufmerksamkeit und schließen die Artikel meist ab (TSP 25.08.2021c/d). All dies stellt jedoch eher Uneinigkeit bezüglich Umsetzungsfragen dar. Insgesamt repräsentiert der Tagesspiegel den **Konsens über die Notwendigkeit einer Verkehrswende** mittels Reduktion des MIV und Stärkung des Umweltverbands (TSP 25.08.2021b; 26.08.2021a; 14.09.2021). Dabei wird der Vorwurf einer ideologisch geprägten Verkehrspolitik hinterfragt und die **Dringlichkeit der Verkehrswende** im Rahmen des Klimaschutzes betont (TSP 25.08.2021c; 06.09.2021a). *„Ohne echte Verkehrswende kein erfolgreicher Klimaschutz: Was andere Länder ganz pragmatisch angehen, wird in Deutschland oft als linke Ideologie gesehen“* (TSP 26.07.2021). Die SPD-Visionen werden infrage gestellt:

„Auch die Berliner SPD-Spitzenkandidatin Franziska Giffey profiliert sich schon seit ihrer Zeit als Neuköllner Bezirksbürgermeisterin mit dem Thema Sicherheit. Über ihre verkehrspolitische Agenda zur Wahl ist bisher allerdings nur bekannt, dass Berlin nicht Bullerbü sei (was niemand behauptet) und die autofreie Stadt (die niemand fordert) eine Utopie. Vielmehr solle weiter jede/r selbst wählen“

¹¹ Die Vision der Grünen lautet: Die Hauptstadt soll möglichst autoarm, aber nicht autofrei werden; eine mittelfristige Verbotszone von Verbrennungsmotoren innerhalb des S-Bahn-Rings und der „Hauptstadtakt“ sollen eingeführt werden; das Tempo der Verkehrswende soll deutlich steigen. Die Verkehrswende gilt als Instrument für die Gestaltung eines attraktiven Stadtraums (TSP 04.08.2021).

können, wie er oder sie in Berlin mobil ist. Das klingt grundvernünftig, aber kollidiert längst mit der Realität" (TSP 26.08.2021a).

Stattdessen werden grüne Positionen verteidigt und deren Erfolge, v.a. in Friedrichshain-Kreuzberg, präsentiert: „*Tosender Applaus fürs Bezirksamt. Friedrichshain-Kreuzberg und die Verkehrswende*" (TSP 26.08.2021a). Auch die **Zustimmung der Bürger*innen zu Projekten der Verkehrswende** erhält Raum, wie in Friedrichshain-Kreuzberg: „*Zwei Drittel der Friedrichshain-Kreuzberger wollen keine parkenden Autos. Die Bereitschaft zur Verkehrswende ist in Friedrichshain-Kreuzberg besonders groß. Das ist nun sogar per Studie belegt*" (TSP 26.08.2021c). Der Tagesspiegel mahnt davor, die Verkehrswende weiter zu verschleppen, da sie u.a. viele Bürger*innen befürworten würden:

„Wie bewusst das vielen Menschen vor allem in der Innenstadt ist, zeigen die mehr als 90 Prozent Zustimmung, die das Infas-Institut für die Pop-Up-Maßnahmen des Bezirks Friedrichshain-Kreuzberg ermittelt hat: Poller, Durchfahrtsperren, Radfahrstreifen, Spielstraßen. Es ist ein tosender Applaus für das Bezirksamt, das als einziges konsequent umsetzt, was Rot-Rot-Grün für ganz Berlin beschlossen hat. Und es sollte denen eine Warnung sein, die Verlässlichkeit mit der Konservierung gewachsener Missstände verwechseln" (TSP 26.08.2021a).

Kaum repräsentiert sind hingegen Bürger*innen, die Verkehrswendeprojekte wie die autofreie Innenstadt ablehnen.

Die rot-rot-grüne Koalition wird als Bremse für die Verkehrswende beschrieben, z.B. aufgrund des Scheiterns des letzten Teils des Mobilitätsgesetzes vor der Wahl 2021 (TSP 25.08.2021b/d). Auch die Bezirksämter werden als Hürde benannt, da sie Aufgaben der Verkehrswende bzw. das Mobilitätsgesetz nur langsam oder gar nicht umsetzten. Besonders deutlich wird das „Nichtstun“ im Bezirk Tempelhof-Schöneberg benannt: „*Die Bülowstraße bekommt einen vernünftigen Radweg. Da der Bezirk Schöneberg kapituliert hat vor der Aufgabe, übernimmt den Bau jetzt Kreuzberg.*" (TSP 25.08.2021c) Der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg dient stets als positives Beispiel: „*Der Status Quo des Stadtverkehrs ist nur noch mit der Macht der Gewohnheit zu erklären. Nur ein Bezirk setzt die Verkehrswende konsequent um*" (TSP 26.08.2021a). Neben einem festgestellten „Desinteresse“ an der Verkehrswende sowie mangelnder Zukunftsgewandtheit der Bezirksämter wird auch der zugrundeliegende Mangel an personellen und finanziellen Ressourcen erkannt (TSP 25.08.2021c). Gleichwohl wird das Stocken der Verkehrswende in einem größeren Kontext betrachtet: Sowohl die grundlegende bundespolitische Trägheit hinsichtlich der Verkehrswende in Deutschland (TSP 26.07.2021) als auch rechtliche Rahmenbedingungen (z.B. Bundesstraßen, Denkmalschutz) sowie lange Genehmigungsverfahren werden benannt (TSP 06.09.2021b; 08.09.2021).

2. Externe Auswirkungen

Externe Effekte des Verkehrssystems spricht der Tagesspiegel auf vielfältige Weise an: Dabei werden **dem aktuellen Verkehrssystem überwiegend negative Auswirkungen zugeordnet** (z.B. Unfälle oder die Auswirkungen auf das Klima) (TSP 19.07.2021; 22.08.2021; 06.09.2021a). Die **Verkehrswende** stellt der Tagesspiegel jedoch **überwiegend im Kontext ihrer positiven externen Effekte** dar, negative Effekte wie hohe Investitionen oder Konflikte über die Verteilung des Straßenraums werden weniger thematisiert (TSP 19.07.2021; 25.08.2021c; 26.08.2021c; 06.09.2021). Ökonomische Aspekte der Verkehrswende spielen eine geringe Rolle: Zwar werden Kosten für Projekte erwähnt, jedoch nicht infrage gestellt (TSP 22.07.2021; 30.07.2021).

Zwar machen die Berichte auch auf Konflikte zwischen nachhaltigen Transportmitteln aufmerksam, wie Berichte über den Radverkehrsplan und die Kritik durch den Verband „FUSS

e.V.“ sowie über den Konflikt mit neuen Sharing-Anbietern zeigen (TSP 01.09.2021b; 09.09.2021; 16.09.2021a). Jedoch nehmen in der Berichterstattung Argumente, die den Umfang des MIV erhalten wollen, deutlich weniger Raum ein als jene für die Reduktion von MIV und Parkraum sowie für die Förderung von Fuß-/Radverkehr. So fordert der Tagesspiegel klar zur Reduktion des MIV auf: „Das klimaneutrale Berlin ist nur mit Verboten für Autos möglich. Der Weg zur klimaneutralen Hauptstadt ist nun kalkulierbar: Das ist das Verdienst einer neuen Studie. Vor allem beim Verkehr ist viel zu tun“ (TSP 14.09.2021). Auch werden wissenschaftliche (Machbarkeits-)Studien präsentiert, die den Umstieg auf den Umweltverbund fokussieren (z.B. Studien zu Fahrradparkhäusern, Fahrradabstellmöglichkeiten) und die Forderung somit unterstützen (TSP 21.07.2021a/b). Ein Background-Artikel nennt das Mobilitätsgesetz „besser als sein Ruf“ (TSP 01.09.2021a). Ebenfalls werden die Ergebnisse der Studie „Berlin Klimaneutral“ präsentiert:

„Die Studie nimmt das Land Berlin insbesondere im Bereich Verkehr in die Pflicht. Wie kein Bereich verfehlt der Sektor seine Klimaziele: Ohne Verbrenner-Verbotszone wird es künftig nicht gehen und auch insgesamt muss der Autoverkehr reduziert werden“ (TSP 14.09.2021).

Meist werden die geplanten Vorhaben, wie die Neuordnung des Straßenraums Unter den Linden, ausführlich und aus der Perspektive des Fuß- oder Radverkehrs beschrieben und dabei die Vorzüge bzw. Nachteile analysiert (TSP 25.08.2021c). Bereits realisierte Vorhaben für die Verkehrswende – ob baulich oder rechtlich (z.B. Mobilitätsgesetz, Straßengesetz) – werden hingegen selten kritisiert (TSP 01.09.2021a). Bemängelt wird jedoch ein Stocken der Verkehrswende – der Tagesspiegel fordert klar einen weiteren Fortschritt:

„Klimakiller Straßenverkehr. Will Berlin seine Klimaschutzziele erreichen, spielt der Straßenverkehr eine wichtige Rolle. 22,5 Prozent aller CO2-Emissionen in der Stadt stammten 2019 aus dem Auspuff von Verbrennern. Während Industrie und Haushalte den Ausstoß des Klimagases deutlich reduziert haben, sind die Fortschritte auf der Straße marginal“ (TSP 06.09.2021a).

Als wichtige Motive für die Verkehrswende werden demnach die direkten Effekte der **Emissionsreduktion** und **Klimazielerreichung** angeführt. Klar benennt der Tagesspiegel aber auch die **Bürger*innen als Leidtragende** der schleppenden Verkehrswende bzw. umgekehrt als diejenigen, die von den Effekten der Verkehrswende profitieren: „Die Bürger*innen müssen warten. Warten auf eine dringend benötigte Neuplanung des Hauptstadtverkehrs – und warten auf längst überfälligen Umweltschutz“ (TSP 25.08.2021b).

Insgesamt lässt die Berichterstattung im Tagesspiegel eine Debatte über die Zukunft des Mobilitätssystems zu – im Fokus steht jedoch die Prämisse einer nachhaltigen Mobilität. Verschiedene Pfade dorthin werden nicht als gegeben hingestellt – stattdessen bleiben offene Fragen: „Wer hat Vorrang auf den Straßen der Stadt?“ (TSP 19.07.2021). Klar scheint auch der Fokus auf eine Verkehrswende mittels einer Neuordnung des öffentlichen Raums, nicht allein durch Zukunftstechnologien, insbesondere aufgrund der erwarteten positiven bzw. alternativ fortbestehenden negativen Effekte des Mobilitätssystems:

„Es ist das Bekenntnis zu einem Status Quo, der seit Jahrzehnten Lebensqualität und Sicherheit Hunderttausender in einem Maß beeinträchtigt, das sich nur mit der Macht der Gewohnheit erklären lässt. Bezieht man in die Abwägung noch die für 2045 postulierte Klimaneutralität Berlins ein, wird die Schiefelage noch deutlicher. 1,4 Millionen Verbrenner durch ebenso viele E-Autos à eineinhalb Tonnen und zehn Quadratmeter Platzverbrauch zu ersetzen, würde zwar die Luft verbessern, aber nicht die urbane Atmosphäre“ (TSP 26.08.2021a).

Hingegen wird kaum über den ÖPNV und dessen Effekte berichtet, stattdessen nimmt die aktive Mobilität eine größere Rolle ein. So werden z.B. Studien zu Fahrradparkhäusern und

Fahrradstellplätzen vorgestellt, die dem anhaltenden Mangel an Fahrradabstellmöglichkeiten entgegenwirken sollen. Andere Städte wie Rotterdam und Paris dienen als Modelle (TSP 04.08.2021).

3. Mitsprache und Entscheidungsmöglichkeiten

Prozesse der Mitbestimmung in der Verkehrswende durch die organisierte Zivilgesellschaft oder Bürger*innen selbst sind im Tagesspiegel kaum Thema (TSP 19.07.2021). Stattdessen wird in mehreren Berichten die **mangelnde Beteiligung von Bürger*innen und Anlieger*innen** bemerkt (TSP 06.09.2021b; 09.09.2021). Zusätzlich wird über Fortschritte **zivilgesellschaftlicher Aktivitäten, die Mitbestimmung einfordern**, berichtet, etwa über das Bürger*innenbegehren „Berlin autofrei“ (TSP 03.09.2021). Jedoch berichtet die Zeitung vielfach über die **Aktivitäten und Positionen verschiedener NGOs** und Bündnisse, die durch ihre Kritik an bestehenden Plänen und ihre Forderungen **Druck auf die Politik** ausüben und die **Verkehrswende vorantreiben** (TSP 26.08.2021b). Fast alle zivilgesellschaftlichen Akteur*innen, die im Tagesspiegel erwähnt werden, sind für eine nachhaltige Mobilität aktiv: die Initiative „Berlin autofrei“, der ADFC, „FUSS e.V.“ oder das Bündnis „Straßen für alle“ (TSP 19.07.2021; 30.07.2021; 03.09.2021; 09.09.2021; 19.09.2021; 26.08.2021b). Die Organisation „Changing Cities“ wird häufig erwähnt (TSP 26.07.2021; 09.09.2021), ein Interview mit Ragnild Sorensen von „Changing Cities“ füllt eine Episode des Tagesspiegel-Podcasts „Gradmesser“ (TSP 26.07.2021). Zusätzlich wird über lokale Initiativen wie die „Verkehrswende Britz“ oder Aktionen wie die „Pinselfolter“ in Pankow berichtet (TSP 19.08.2021b; 15.09.2021; 22.09.2021). Wirtschaftliche Akteur*innen und Interessen sind kaum vertreten. Allein neue Sharing-Dienste sowie ein Lastenrad-Fabrikant kommen bezüglich des Berliner Straßengesetzes zu Wort (TSP 30.08.2021; 01.09.2021b).

4.4 Resümee der Medienanalyse

Die Medienanalyse bietet weitere Erklärungsansätze bezüglich der Unterschiede in den Einstellungen zur Energiewende und deckt sich zu einem großen Teil mit den Kernaussagen der Interviews (s. Kap. 3). Im Folgenden werden die Ergebnisse der Medienanalyse zusammengefasst und mit den Interviewdaten verknüpft.

4.4.1 Allgemeine Einstellungen

In der quantitativen Analyse der Artikel überwiegen „negativ“ konnotierte Begriffe im Tagesspiegel, während in der Lausitzer Rundschau Potenziale und Chancen als Begriffe präsender waren. Nichtsdestotrotz zeigte die qualitative Analyse, dass die Negativität des Tagesspiegels v.a. aus der Kritik an der Verwaltung und mangelnden Umsetzung von Transformationsprozessen resultiert; die Energie- sowie die Verkehrswende wurden hingegen positiv eingeordnet. In der Lausitzer Rundschau hingegen beziehen sich die Chancen überwiegend auf den Strukturwandel und Arbeitsplätze. Themen, die möglicherweise stärker negativ besetzt sind, werden dagegen kaum thematisiert.

Bezüglich der **allgemeinen Einstellungen** ergibt die Analyse der **Lausitzer Rundschau**, dass Energiewende und Strukturwandel wichtige regionale Themen sind. Diese werden aus verschiedenen Perspektiven beleuchtet – die Berichterstattung lässt viele unterschiedliche Meinungen zu Wort kommen und integriert sowohl Kritik als auch Unterstützung. Gleichzeitig wird auf alte Erfahrungen verwiesen, die auch die aktuellen Einstellungen zum Strukturwandel prägen. Die Lausitzer Rundschau scheint eine neue Offenheit gegenüber dem Kohleausstieg an den Tag zu legen, die Probleme und Chancen fast gleichauf betrachtet.

So liege ein Bewusstsein darüber vor, dass eine Vielzahl von Arbeitsplätzen vom Kohleausstieg betroffen ist, doch scheint die Abhängigkeit von LEAG und der Braunkohle gesunken und der Strukturwandel somit gut vorbereitet. Das in der Gesellschaft gestiegene Verständnis für die Notwendigkeit der Energiewende und die Offenheit spiegeln auch die Interviews mit Akteur*innen aus Spree-Neiße wider. Dabei erhielt primär der weitere Ausbau erneuerbarer Energien viel Aufmerksamkeit, das Interesse am Strukturwandel würde hingegen sinken. Zudem würden zwar Widerstände, doch keine allgemeine Ablehnung existieren. Der Widerstand gegen Wind- und PV-Anlagen habe sich jedoch verstärkt. Positive Effekte der EEG-Novelle werden in den Interviews, nicht jedoch in der Lausitzer Rundschau thematisiert. Sowohl die Medienanalyse als auch die Interviews weisen darauf hin, dass Verkehrs- und Wärmewende in Spree-Neiße wenig Aufmerksamkeit erfahren.

Der **Tagesspiegel** bildet ein leicht unterschiedliches Bild ab: Die Relevanz und Dringlichkeit von Klimaschutz und Energiewende sowie insbesondere einer Verkehrswende trifft in **Berlin** auf breite Zustimmung aller Akteur*innengruppen. Anders als in Spree-Neiße sind wissenschaftliche Erkenntnisse sowie die Klimawandelauswirkungen auf Berlin dabei von hoher Relevanz. Uneinigkeit herrscht hingegen in Bezug auf den „richtigen“ Weg zur Klimaneutralität, was die Enttäuschung der Bevölkerung und lokalen Unternehmen über die Berliner Politik befördert. Die Medienanalyse zeigt zudem, dass die Verkehrswende in Berlin über die Gestaltung des öffentlichen Raums verhandelt wird. Zu vermuten ist, dass dies auf die amtierende rot-rot-grüne Koalition zurückzuführen ist – möglicherweise würden in einer CDU- bzw. FDP-regierten Stadt neue Technologien wie E- und Wasserstoff-Mobilität, autonomes Fahren, Sharing-Dienste stärker in den Fokus rücken. In den Ergebnissen der **Interviews** wird ein großes Interesse an der Energiewende und Verkehrswende deutlich. In den Interviews sind jedoch auch die Konflikte der Akteur*innen über verschiedene Lösungsansätze Thema, zusätzlich verschiedene Schwerpunktsetzungen der Akteur*innen sowie eine klare Differenz zwischen Einstellungsmustern der Bürger*innen in der Innenstadt und in den Außenbezirken. Ähnlich wie im Tagesspiegel, in dem die kritische Auseinandersetzung dominiert, wird auch das Auseinanderdriften zwischen dem klimapolitischen Anspruch und der Umsetzung in den Interviews thematisiert. Zwar sei ein größeres Bewusstsein für Klimaschutz in der Verwaltung vorhanden, doch sind Wille und Kompetenz der Verwaltung ein präsent und umstrittenes Thema. Auch die Interviews repräsentieren die hohe Frustration bei Bevölkerung und Wirtschaft im Hinblick auf die Schnelligkeit und Umsetzung der Klimapolitik. Die Interviewten weisen auf viele neue zivilgesellschaftliche Initiativen hin, deren Positionen auch im Tagesspiegel klar werden. Wie in Spree-Neiße kommt in Berlin der Wärmewende generell wenig Aufmerksamkeit zu.

4.4.2 Externe Effekte

Externe Effekte werden in der **Lausitzer Rundschau** sowohl kritisch als auch chancenbehaftet diskutiert. Wie die quantitative und qualitative Auswertung zeigt, sind Arbeitsplätze das bedeutendste Thema, welches zudem die meisten Kontroversen hervorruft. Hintergrund scheint zu sein, dass der mögliche Verlust von Arbeitsplätzen verbunden ist mit einer Vielzahl umfassender Effekte, wie der Angst vor Identitätsverlust, Abwanderung und Aussterben der Region. Unter den positiven externen Effekten dominieren in der Berichterstattung v.a. wirtschaftliche Aspekte wie Wertschöpfung und Wohlstand. Die Ansiedlung neuer Unternehmen und die Herausbildung neuer Wirtschaftszweige, insbesondere mit Blick auf Wasserstoff, werden als Chance der Energiewende dargestellt. Die Diversifizierung der Wirtschaft und das Entstehen neuer Arbeitsplätze erkennt die Lausitzer Rundschau als positive Auswirkungen der Energiewende in Spree-Neiße an. Innerhalb der quantitativen Auswertung fällt auf, dass Umweltauswirkungen von Erneuerbaren Energien häufig genannt werden – durch die Kontextualisierung in der qualitativen Analyse wird jedoch klar, dass diese externen Effekte in der aktuellen Debatte selten Kern der Kritik

sind, sondern eher am Rande erwähnt werden. Die **Interviewergebnisse** komplementieren diese mediale Darstellung: Die Betrachtung der Chancen und Risiken beim Ausbau Erneuerbarer Energien und des Strukturwandels scheint ausgewogen. Jedoch zeichnen die Interviews ein diversifiziertes Bild: So wird der Strukturwandel nicht nur unter wirtschaftlichen Aspekten als Chance betrachtet, sondern auch als Faktor für eine Verbesserung sozialer Belange sowie für die Gestaltung einer lebenswerten Lausitz. Auch die Umweltwirkung der Energiewende wird nicht nur in Bezug auf visuelle Beeinträchtigungen thematisiert, sondern als Chance für eine lebenswertere Umwelt, nachhaltigen Tourismus und den Erhalt von Dörfern betrachtet. Die Erinnerung an frühere negative Erfahrungen aufgrund von Effekten des Strukturwandels wird sowohl in den Interviews als auch in der Lausitzer Rundschau berücksichtigt.

Anders gestaltet sich die Darstellung **externer Effekte** im **Tagesspiegel**: Hier überwiegt eine chancenorientierte Betrachtung. Allerdings wird auch die Unzufriedenheit über die Umsetzung in Berlin stark abgebildet. Als positive Effekte werden insbesondere die Emissionsreduktion, das Erreichen der Klimaziele sowie Effekte auf das Stadtklima, Aufenthaltsqualität und Gesundheit erachtet. Anders als in Spree-Neiße, wo Umweltauswirkungen der Energiewende teils skeptisch betrachtet werden, wird die Neuordnung des öffentlichen Raums durch die Energiewende überwiegend begrüßt. Die Energiewende trage enorm zur lebenswerten Stadt bei. Ein negativer Effekt sind jedoch Konflikte um die Raumverteilung: Verschiedene Interessen wie Wohnen, Wirtschaften, Stadtgrün und Verkehr unter Wahrung der Klimaziele zu vereinen, ist aufgrund der hohen Siedlungsdichte in Berlin eine Herausforderung. Als Teil der Energiewende werden insbesondere der Verkehrswende viele positive Effekte bzw. Chancen zugeordnet, da ein hohes Bewusstsein für die überwiegend negativen Effekte des aktuellen Verkehrssystems herrscht. Auch die **Interviewten** setzten besonders viel Hoffnung auf die positiven Effekte der Verkehrswende, die vielfältige Auswirkungen auf die Lebensqualität in der Stadt habe: Sie führe nicht nur zu einer erhöhten und effizienteren Mobilität, sondern auch zu mehr Verkehrssicherheit, mehr Begegnungsräumen und einer besseren Gesundheit. Gleichzeitig äußerten die Interviewten Kritik an der Verkehrswende und benannten Herausforderungen, wie die Umstellung von Mobilitätsroutinen, den Umbau des Verkehrssystems oder auch die Kosten für die Verkehrswende bzw. deren Sozialverträglichkeit. Zwar wurden die Kosten der Verkehrswende als Problem betrachtet, im Allgemeinen schätzten die Interviewten die Energiewende dennoch als Chance für die Berliner Wirtschaft ein.

4.4.3 Lokale Wertschöpfung und finanzielle Beteiligung

Lokale Wertschöpfung und finanzielle Beteiligung sind in der **Lausitzer Rundschau** und damit in der Region Spree-Neiße **sehr wichtige** Aspekte der Energiewende. Im Fokus steht dabei die richtige Verwendung von Strukturstärkungsmitteln und der Zugang zu ihnen, was ambivalent diskutiert wird. Viele Akteur*innen richten einen Fokus auf Großprojekte und konventionelle Unternehmen, während sich KMUs nicht beteiligt fühlen. Zentrales Motiv ist die Schaffung neuer Arbeitsplätze, wie auch die quantitative Analyse zeigt. Die **Interviews** weisen ebenso auf die hohe Relevanz der lokalen Wertschöpfung hin. Die Interviewten beschreiben gar, dass der **Grad der regionalen Wertschöpfung entscheidend für die Einstellung zur Energiewende** sei. Dennoch wurde insbesondere die finanzielle Beteiligung diskutiert: Zwar sei die Verbesserung der finanziellen Teilhabe von Kommunen positiv zu bewerten, doch kämen die Mittel nicht immer bei den Einwohner*innen an. Ausgleichszahlungen hätten zudem das Potenzial, die Einwohner*innen einer Kommune zu spalten. Insgesamt forderten die Interviewten, dass die Kommunen noch stärker finanziell an EE-Projekten beteiligt werden. Herausforderung für viele Kommunen sei jedoch hierbei, dass Eigenmittel fehlen, u.a. weil Klimaschutz keine kommunale Pflichtaufgabe ist. Zudem wurde gewünscht, die Bürger*innen stärker direkt finanziell zu beteiligen und EE-Strom und -Wärme stärker vor Ort zu nutzen.

Dass lokale Wertschöpfung und finanzielle Beteiligung in **Berlin** nur am Rande des Energiewende-Diskurses stehen, verdeutlicht die Medienanalyse im **Tagesspiegel**. Anders als in der Lausitzer Rundschau werden Arbeitsplätze im Bereich der Erneuerbaren Energien nicht thematisiert, lediglich einige erfolgreiche EE-Unternehmen werden vorgestellt. Die **geringe Relevanz** der lokalen Wertschöpfung durch die Energiewende verdeutlichen auch die Interviews. Hier wurde lediglich darauf hingewiesen, dass die Berliner Wirtschaft gut aufgestellt sei, um von der Energiewende zu profitieren. Die finanzielle Beteiligung der Bürger*innen erfährt hingegen etwas mehr Aufmerksamkeit, da die Frage der Kostenverteilung von den Interviewten als Herausforderung beschrieben wurde: So könne die Energiewende dazu führen, dass Mieter*innen, einkommensschwache Haushalte oder kleine Unternehmen überproportional belastet werden.

4.4.4 Mitsprache und Entscheidungsmöglichkeiten

Im Hinblick auf **Mitsprache und Entscheidungsmöglichkeiten** fällt die **Berichterstattung der Lausitzer Rundschau wenig umfangreich** aus. Der Beteiligungsprozess am Strukturwandel wird überwiegend positiv beschrieben, insbesondere in Abgrenzung zum Nachbar-Bundesland Sachsen, wo der Einsatz der Strukturstärkungsmittel als weniger partizipativ dargestellt wird. Hier besteht die ausgeprägteste Differenz zwischen medialer Darstellung und der Darstellung in den **Interviews**: Die Interviewten beschreiben bessere **Mitsprache als hochrelevantes Thema** für die Energiewende und den Strukturwandel. Die Lausitzer*innen seien zwar einerseits wandelmüde, andererseits wandelerprobt und hätten Lust sich einzubringen. Diese Vielzahl an Visionen für die Region und schlechte Beteiligungserfahrungen bremsen das Engagement jedoch aus. Hinsichtlich des **Ausbaus Erneuerbarer Energien** sei das ehrenamtliche Engagement weniger ausgeprägt. Zwar gebe es auch hier engagierte Kommunen und Bürgermeister*innen, jedoch seien die mangelnde finanzielle Grundausstattung und die somit knappen personellen Ressourcen eine Bremse für Klimaschutzmaßnahmen wie den EE-Ausbau. Es sei zudem eine Herausforderung, die vielfältigen Bedürfnisse der Bürger*innen zu integrieren. Weiter wird bemängelt, dass Kommunen über wenig Einfluss auf die Ausweisung von Windeignungsgebieten verfügen; auch Bürger*innen werden nur selten direkt bei EE-Projekten beteiligt. Daher sei es schwierig, tatsächliche Mehrheiten für Energiewendeprojekte zu erfassen.

Anders als in der Lausitzer Rundschau spielt **Mitsprache** in der Berichterstattung des **Tagesspiegels** und somit in der Hauptstadt **Berlin** eine **zentrale Rolle**: Da der Klimawandel als Herausforderung betrachtet wird, die nur gemeinsam bewältigt werden kann (über vertikale und horizontale Ebenen hinweg, z.B. verschiedene Akteur*innen und Verwaltungsebenen), werden die verschiedenen Positionen umfassend im Tagesspiegel beleuchtet. Zivilgesellschaftlichen Initiativen, allen voran Umweltverbände und Bürger*innen, kommen dabei zu Wort. Sie üben Druck auf die Politik aus und treiben den gesellschaftlichen Diskurs über Klimaschutz und Energiewende voran. Es werden Ideenwettbewerbe, Demonstrationen und zivilgesellschaftliche Initiativen vorgestellt. Wirtschaftliche Stimmen sind hingegen unterrepräsentiert. Trotz einer stärker etablierten Mitbestimmung als in Spree-Neiße wird weiter gefordert, dass Bürger*innen bzw. Anwohner*innen noch mehr mitbestimmen können. Analog zu den **Interviews** in Spree-Neiße bewerteten auch die Interviewten in Berlin die **Mitbestimmung als bedeutenden Aspekt der Energiewende**. Sie stellten die positive Rolle zivilgesellschaftlicher Initiativen und progressiver Unternehmen heraus: Diese würden den Diskurs um die Energiewende prägen und unmittelbare Wirkung auf die Politik sowie politische Entscheidungen entfalten. Wirtschaftliche Akteur*innen hätten jedoch häufig das Gefühl, als „Feind“ betrachtet zu werden und in ihrem Potenzial eingeschränkt zu sein. Viele Berliner*innen würden die Transformation gerne mitgestalten – als Hürde erweise sich jedoch der Zugang zu politischen Entscheidungsträger*innen und zur Verwaltung, die unter Personalmangel leide und gleichzeitig mit finanziellen wie strukturellen Problemen zu kämpfen habe.

Tabelle 10: Die Medienanalyse im regionalen Vergleich

	Berlin	Spree-Neiße/ brandenburgische Lausitz
Allgemeine Einstellung	<p>Quantitative Analyse:</p> <ul style="list-style-type: none"> • <i>Klimawandel</i> meistgenannt • <i>Kritik</i> und <i>Problem</i> als dominante Begriffe 	<p>Quantitative Analyse:</p> <ul style="list-style-type: none"> • <i>Strukturwandel</i> führend, dicht gefolgt von <i>Kohleausstieg</i> und <i>Klimawandel</i> • <i>Probleme</i> und <i>Chancen</i> fast gleichauf
	<p>Qualitative Analyse:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Relevanz und Dringlichkeit von Klimaschutz (und insbesondere Verkehrswende) von allen Akteur*innengruppen anerkannt sowie von Wissenschaft betont • Klimaauswirkungen auf Berlin werden thematisiert • unterschiedliche Meinungen / Uneinigkeit der Akteur*innen und Parteien zur Umsetzung • Enttäuschung der Bevölkerung und Wirtschaft ggü. Politik 	<p>Qualitative Analyse:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Unklar: viele Meinungen kommen zu Wort, auch AfD • Potenziell neue Offenheit ggü. Kohleausstieg • alte Erfahrungen prägen aktuelle Einstellungen zum Strukturwandel • Vielzahl an Arbeitsplätzen betroffen, aber Abhängigkeit von LEAG und Braunkohle gesunken und neuer Strukturwandel gut vorbereitet
Externe Auswirkungen	<p>Quantitative Analyse:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Allgemeine Begriffe: <i>Veränderung</i> und <i>Emissionen</i> • Negative Begriffe: <i>Kosten / finanzielle Belastung, Arbeitsplatzverlust / Arbeitslosigkeit + Kosten</i> werden öfter genannt als <i>Nutzen</i> 	<p>Quantitative Analyse:</p> <ul style="list-style-type: none"> • <i>Arbeitsplätze</i> meistgenannt • Unter positiven Begriffen sind <i>Wertschöpfung</i> und <i>Wohlstand</i> führend • Bei negativen Begriffen: <i>Kosten</i> • Außerdem <i>Natur, Wald, Schatten, Schall, Schaden, Eingriff</i> → tendenziell Umweltauswirkungen, die mit EE-Projekten verknüpft werden
	<p>Qualitative Analyse:</p> <ul style="list-style-type: none"> • eher chancenorientierte Betrachtung – insbesondere von Verkehrswende – aber Unzufriedenheit mit Umsetzung • Positiv: <ul style="list-style-type: none"> ○ Emissionsreduktion und Klimazielerreichung ○ Effekte auf Stadtklima, Aufenthaltsqualität und Gesundheit ○ Neuordnung des öffentlichen Raums ○ lebenswerte Stadt: Verbesserung von Lebensqualität und Sicherheit 	<p>Qualitative Analyse:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Positiv: <ul style="list-style-type: none"> ○ Ansiedlung neuer Unternehmen / Institute ○ Entstehen neuer Wirtschaftszweige - hier große Hoffnungen auf Wasserstoff gesetzt ○ neue Arbeitsplätze + Diversifizierung der Wirtschaft • Negativ: <ul style="list-style-type: none"> ○ Angst um Arbeitsplätze und vor Identitätsverlust → verstärkt Angst vor Abwanderung und sogar Aussterben der Region



	<ul style="list-style-type: none"> • Negativ: <ul style="list-style-type: none"> ○ Kosten, hohe Investitionen ○ Raumverteilungskonflikte • dem aktuellen Verkehrssystem werden überwiegend negative Effekte zugeordnet, Verkehrswende hingegen überwiegend positiv dargestellt 	<ul style="list-style-type: none"> • andere erwähnte Effekte: Mobilität, Infrastruktur, Naturschutz, Wasserversorgung, Wohnungsentwicklung
Wertschöpfung und finanzielle Beteiligung	<p>Quantitative Analyse:</p> <ul style="list-style-type: none"> • <i>Wirtschaft, Entwicklung, Kosten</i> am häufigsten genannt 	<p>Quantitative Analyse:</p> <ul style="list-style-type: none"> • <i>Arbeitsplätze, Wirtschaft, Entwicklung, Kosten</i> am häufigsten
	<p>Qualitative Analyse:</p> <ul style="list-style-type: none"> • kaum Thema in der Region • lediglich einige erfolgreiche EE-Unternehmen werden vorgestellt 	<p>Qualitative Analyse:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Wertschöpfung und finanzielle Beteiligung große Themen in der Region • Richtige Verwendung und Zugang zu Strukturstärkungsmitteln als Thema, aber ambivalent diskutiert <ul style="list-style-type: none"> ○ Fokus auf Großprojekte und konventionelle Player ○ KMUs fühlen sich außen vor • Fokus auf Schaffung neuer Arbeitsplätze vs. Steigerung der Attraktivität
Mitsprache und Entscheidungsmöglichkeiten	<p>Quantitative Analyse:</p> <ul style="list-style-type: none"> • <i>Gemeinsam, Entscheidungen, Ideen, Demokratie</i> am häufigsten genannt 	<p>Quantitative Analyse:</p> <ul style="list-style-type: none"> • <i>Kommunen, gemeinsam, entscheiden, Ideen, gestalten, Demokratie, Planung</i> am häufigsten genannt
	<p>Qualitative Analyse:</p> <ul style="list-style-type: none"> • ausgeprägte Rolle in der Region • Klimawandel als Herausforderung, die nur gemeinsam (verschiedene Akteur*innen + unterschiedliche Verwaltungsebenen) bewältigt werden kann • Ideenwettbewerbe, Demos und zivilgesellschaftliche Initiativen werden vorgestellt • Aktivist*innen und Umweltverbände kommen direkt zu Wort → üben Druck auf Politik aus und treiben Diskurs voran • wirtschaftliche Stimme im Vergleich unterrepräsentiert • Forderungen nach mehr Mitbestimmung der Bürger*innen (und Anwohner*innen) werden laut 	<p>Qualitative Analyse:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Beteiligungsprozess am Strukturwandel – in Abgrenzung zu Sachsen – als positiv beschrieben

Quelle: Eigene Darstellung

5 Diskussion: Sozialräumliche Disparitäten als Korrelation oder Kausalität zu Unterschieden in der Einstellung zur Energiewende?

Insgesamt lässt sich feststellen, dass sich die in Phase 1 des Forschungsprojekts ESRa herausgearbeiteten Akzeptanzfaktoren (vgl. ESRa P1.1) gut als Struktur eignen, um die in diesem Papier analysierten regionalen Einstellungsmuster in Berlin einerseits und im Landkreis Spree-Neiße bzw. der brandenburgischen Lausitz andererseits herauszuarbeiten. In der Analyse der Expert*innen-Interviews sowie des medialen Diskurses wurden dabei einige Unterschiede deutlich, insbesondere bezüglich der relevanten Energiewendethemen (Klimawandel und Verkehrswende vs. Strukturwandel) und damit verknüpfter positiver oder negativer Externalitäten und Konnotationen. Während in Berlin die Auswirkungen auf Emissionsreduktion, Klimazielerreichung und menschliche Gesundheit im Fokus standen, konnten in der brandenburgischen Lausitz die Auswirkungen auf Arbeitsplätze, wirtschaftliche Entwicklung und Identität als zentral herausgearbeitet werden. Obwohl in beiden Regionen sowohl Chancen als auch Risiken der einzelnen Transformationsprozesse in den Blick genommen werden, wird das Thema der Verkehrswende in Berlin tendenziell chancenbehafteter diskutiert.

Im Folgenden sollen einige Erklärungsansätze für unterschiedliche Einstellungsmuster in Berlin und Spree-Neiße aufbauend auf der Medienanalyse und den Interviews in den Untersuchungsregionen versucht werden:

1. **Wahrnehmung der Energiewende und ihrer Effekte:** Eine erste Erklärung könnte lauten, dass – durch den regionalen Kontext bedingt – **verschiedene Energiewende- und Transformationsprozesse** per se unterschiedliche Chancen und Herausforderungen und damit wahrgenommene Effekte mit sich bringen. Dieser Ansatz ist allerdings nicht ausreichend, angesichts der Tatsache, dass nicht nur der Strukturwandel, sondern auch die Verkehrswende Auswirkungen auf Arbeitsplätze haben kann. Umgekehrt könnte auch beim Strukturwandel das Thema Verbesserung der menschlichen Gesundheit stärker in den Fokus gerückt werden. Auch am Beispiel des Ausbaus Erneuerbarer Energien wurden regionale Unterschiede in den betrachteten Effekten deutlich. Während sich in der brandenburgischen Lausitz Themen wie Umweltauswirkung, Infraschallbelastung oder Flächenkonkurrenz durchaus negativ auf die Einstellungen auswirken konnten, spielten in Berlin Aspekte des Landschaftsbildes und Flächenverfügbarkeit keine Rolle (s. Kap. 3 und 4). Somit ist davon auszugehen, dass auch andere Faktoren Einfluss auf die Wahrnehmung positiver oder negativer Externalitäten haben.
2. **Unterschiedliche Nutzungsflächen:** So könnten die Unterschiede in der Bewertung des EE-Ausbaus beispielsweise durch die Unterschiede in den Nutzungsflächen Berlins und des Landkreises Spree-Neiße erklärt werden (s. Kap. 2). Während Berlin hauptsächlich aus Siedlungs- und Verkehrsflächen besteht, ist Spree-Neiße durch Wald und landwirtschaftliche Flächen geprägt (**wirtschaftliches Sozialraummerkmal**).
3. **Angst vor Bedeutungsverlust und Schrumpfung:** In der qualitativen Analyse der Lausitzer Rundschau (s. Kap. 4) wurde darauf aufmerksam gemacht, dass die **historischen Erfahrungen** der Lausitzer*innen mit der Wende in den 1990er Jahren und den dabei weggebrochenen Arbeitsplätzen auch heute noch nachhallen

(vgl. dazu auch Eichenauer/ Gailing 2022 i.E. zu den unterschiedlichen Energiesystemen in der BRD und DDR und dem „ersten Kohleausstieg“). Schon damals sind ganze Wirtschaftszweige entfallen. Dieser Faktor könnte den tendenziellen Fokus der Lausitzer*innen auf wirtschaftliche und Arbeitsplatz- sowie Identitätseffekte erklären. Darüber hinaus ist die brandenburgische Lausitz eine Region, die tendenziell von Abwanderung und Schrumpfung (**demografisches Sozialraummerkmal**) geprägt ist (s. Kap. 2.1). Die Gefahr möglicher Arbeitsplatzverluste verstärkt hier die Angst vor weiterer Abwanderung und schließlich einem „völligen Aussterben“ der Region (s. Kap. 4.3).

4. **Wirtschaftliche Betroffenheit:** Darüber hinaus sind Spree-Neiße und die brandenburgische Lausitz durch Arbeitsplätze und Steuereinnahmen wirtschaftlich eng mit der Braunkohle verknüpft, was die primär wirtschaftliche Auslegung des Strukturwandels weiter erklären kann (s. Kap. 2.2 – **wirtschaftliches Sozialraummerkmal**).
5. **Konkrete Transformationserfahrungen, langfristige Planung und medialer Diskurs:** Vor dem Hintergrund, dass die Lausitz bereits negative Transformationserfahrungen gemacht hat, erscheint es beachtenswert, dass in beiden Analysekapiteln (s. Kap. 3 und 4) klar wurde, dass die erwarteten Effekte des Strukturwandels auf Arbeitsplätze, wirtschaftliche Entwicklung und Identität nicht nur negativ, sondern zunehmend auch positiv gedeutet werden. Dies könnte einerseits damit zusammenhängen, dass sich die regionale Wirtschaft bereits ausdifferenziert (s. Kap. 4.3) und damit die Abhängigkeit vom Wirtschaftszweig Braunkohle sinkt (**wirtschaftliches Sozialraummerkmal**). Auch die **ersten konkreten Erfahrungen mit Strukturwandelprojekten** werden möglich (s. Kap. 3 und 4). In der Medienanalyse stellte sich heraus, dass der heutige Strukturwandelprozess oft als **besser vorbereitet und geplant** wahrgenommen wird, als der Transformationsprozess der 1990er Jahre (s. Kap. 4). Darüber hinaus wurde herausgearbeitet, dass die Lausitzer Rundschau relativ ausgeglichen über den Strukturwandel berichtet und sowohl Chancen als auch Risiken in den Blick nimmt. Somit könnte auch im **medialen Diskurs** ein Erklärungsansatz liegen.
6. **Individuelle Betroffenheit:** Ob die positive oder negative Wahrnehmung der Energiewende überwiegt, hängt scheinbar stark von der individuellen Betroffenheit der Menschen ab und davon, wie stark der spezifische Ort oder die persönliche Lebenswelt mit der Braunkohle verflochten ist (**wirtschaftliches Sozialraummerkmal**). Darauf wurde insbesondere in den Lausitzer Interviews hingewiesen (s. Kap. 3).
7. **Eingriff in die persönliche Lebenswelt und Zugang zu Infrastruktur:** Ähnlich verhält es sich bei der Verkehrswende in Berlin. So wurde in den Interviews (s. Kap. 3) beschrieben, dass die positive oder negative Bewertung von Maßnahmen wie der Parkraumbewirtschaftung davon abhängt, wie stark dies in den persönlichen Alltag und die Gewohnheiten der Menschen eingreift. Einwohner*innen der Berliner Innenstadt und Einwohner*innen der Außenbezirke haben dabei sehr unterschiedliche Mobilitätsroutinen, aber auch unterschiedliche Zugänge zu öffentlicher Verkehrsinfrastruktur (**infrastrukturelles Sozialraummerkmal**), was sich dementsprechend in einer unterschiedlichen Bewertung der Verkehrswendemaßnahmen widerspiegelt (v.a. im Hinblick auf die zukünftige Rolle des Autos).
8. **Verkehrswende als Notwendigkeit in einer immer enger werdenden Stadt:** In Berlin werden der Verkehrswende große Chancen zur Verbesserung der individuellen Lebens- und Mobilitätsrealitäten eingeräumt, während mit dem aktuellen Verkehrssystem auch viele Nachteile, Ungerechtigkeiten und Gefahren (Lärm,

Stau, Luftverschmutzung, Verkehrstote, etc.) verknüpft werden (s. Kap. 3 und 4). Neben der **Notwendigkeit und Dringlichkeit** von Klimaschutz (Akzeptanzfaktor Allgemeine Einstellung) scheint in Berlin auch die Notwendigkeit und Dringlichkeit der Verbesserung des Verkehrssystems **unmittelbar erfahrbar** und daher überwiegend **verstanden**. Außerdem werden diese Themen im **medialen Diskurs** im Berliner Tagesspiegel stark aufgegriffen, von **wissenschaftlichen Akteur*innen** gestützt und zusätzlich durch eine **engagierte Zivilgesellschaft** (s. Kap. 4.3) und progressive Wirtschaft (s. Kap. 3.4) vorangetrieben.

9. **Verkehrswende in einer schwer erreichbaren Region kaum ein Thema:** Umgekehrt ist die Verkehrswende ggf. kaum Thema in Spree-Neiße, weil die unter Nr. 8 beschriebene Dringlichkeit fehlt, aber auch weil sich die Verkehrswende aufgrund der tendenziell schlechteren infrastrukturellen Versorgung, Anbindung und Erreichbarkeit der Region als technisch schwierig erweist bzw. auf E-Autos reduziert (s. Kap. 2). Dabei ist in Spree-Neiße der MIV weiterhin zentral, um in einer peripheren Region Zugang zu lebensnotwendigen Dienstleistungen (Nahversorgung, medizinische Versorgung, Bildungs- und Arbeitsstandorte u.a.) zu bekommen. Angesichts sinkender ÖPNV- und Regionalverbindungen ist die alternative Nutzung von öffentlichen und gemeinschaftlichen Mobilitätslösungen hingegen zumeist kein Thema (**infrastrukturelles Sozialraummerkmal**).
10. **Komplexe und weit entfernte Wärmewende:** In ähnlicher Weise kann erklärt werden, warum das Thema Wärmewende in beiden Regionen bisher keine Rolle spielt. Während die Wärmewende in der Mieter*innenstadt Berlin als komplex und zu weit entfernt von der persönlichen Alltagswelt charakterisiert wurde, empfanden die Lausitzer Expert*innen die technischen Lösungen als unklar – insbesondere im ländlichen Raum, wo sich beispielsweise eine Nahverdichtung der Fernwärme nicht lohne (**infrastrukturelles Sozialraummerkmal**).
11. **Verständnis und Gefühl der Machbarkeit der Energiewende:** Beide Beispiele deuten darauf hin, dass neben dem Anerkennen von Notwendigkeit und Dringlichkeit der Energiewende auch die Frage, ob der jeweilige Transformationsprozess als **machbar** wahrgenommen wird, eine Rolle für die allgemeine Einstellung spielt.

Darüber hinaus wurde der Unterschied deutlich, dass in Berlin die Themen „**Wertschöpfung und finanzielle Beteiligung**“ keine große Aufmerksamkeit finden, während sie in den Lausitzer Interviews und Diskursen eine zentrale Rolle einnahmen und tendenziell als relevant in Bezug auf die Einstellungen charakterisiert wurden. Der **Wunsch nach stärkerer finanzieller Teilhabe** wurde hierbei sowohl beim Thema Strukturwandel (insbesondere vonseiten der Zivilgesellschaft, aber auch von KMUs) als auch beim Ausbau Erneuerbarer Energien (insbesondere von Kommunen, aber auch als Idee direkterer Bürger*innen-Beteiligung erwähnt) deutlich. Dafür können folgende Erklärungsansätze dienen:

1. **Eigentumsstrukturen und Möglichkeiten finanzieller Teilhabe:** Erklärungen für diesen Unterschied könnten in unterschiedlichen **Eigentumsstrukturen** begründet sein (Berlin als Mieter*innen-Stadt, wenig Ein- und Zweifamilienhäuser vs. Spree-Neiße mit hohen Eigentumsquoten) (**wirtschaftliches Sozialraummerkmal**), aber ggf. auch darin, dass in Berlin beim zentralen Thema der Verkehrswende **Möglichkeiten der finanziellen Teilhabe (noch) nicht richtig bekannt** oder gar diskutiert sind.
2. **Anschluss an den globalen Energiewendemarkt:** Außerdem spiegelte sich in den Interview- und Diskursanalysen wieder, dass sich die Berliner **Wirtschaft be-**

reits gut aufgestellt fühlt, um von weltweiten Geschäftschancen der Energiewende profitieren zu können (s. Kap. 3 und 4). Dies lässt sich durch die in diesem Papier erhobenen wirtschaftlichen Sozialraummerkmale nicht abschließend bestätigen (s. Kap. 2). Ebenso kann nicht bestätigt werden, dass es der brandenburgischen Lausitz im Vergleich schwerer fällt, von den wirtschaftlichen Chancen der Energiewende zu profitieren. Die **stärker diversifizierte Wirtschaftsstruktur** Berlins könnte jedoch Einfluss darauf haben, dass die Wertschöpfungseffekte aus dem Bereich Erneuerbarer Energien als nicht so relevant – weil sie nur einen Bereich von vielen darstellen – eingeschätzt werden. Im Fall der brandenburgischen Lausitz wurde hingegen bereits auf die starke wirtschaftliche Verflechtung der Region mit der Braunkohle hingewiesen und dass dies ein Grund sein könnte, warum Strukturwandel und Energiewende so stark mit Blick auf Arbeitsplatz- und Wertschöpfungseffekte bewertet werden (**wirtschaftliches Sozialraummerkmal**).

3. **Steuereinnahmen:** Zusätzlich sei darauf hingewiesen, dass die **Steuereinnahmekraft** in den Umsetzungsregionen im bundesweiten Vergleich nicht sehr hoch ist (s. Kap. 2.2 – **wirtschaftliches Sozialraummerkmal**). Auch in den Lausitzer Interviews wurde oft darauf verwiesen, dass es in der Region viele einkommensschwache Kommunen gibt. Die stärkere finanzielle Beteiligung wird vor diesem Hintergrund als Chance bewertet, die kommunalen Haushalte zu stabilisieren (s. Kap. 3.3).
4. **Verfügbares Einkommen:** In beiden betrachteten Regionen ist darüber hinaus **das verfügbare Einkommen** eher niedrig (s. Kap. 2.2 – **wirtschaftliches Sozialraummerkmal**). In der brandenburgischen Lausitz könnte der Kapitalmangel ein Indiz dafür sein, warum es kaum Bürger*innen-Energieprojekte mit direkter finanzieller Beteiligung gibt (s. Kap. 3).

Die Themen „**Mitsprache und Entscheidungsmöglichkeiten**“ stellten sich in beiden Regionen als relevant heraus, wobei die konkreten Themen und Probleme dabei in den beiden betrachteten Räumen stark divergieren:

1. **Engagierte und breite Zivilgesellschaft in Berlin:** Das Phänomen, dass es in Berlin eine sehr engagierte Zivilgesellschaft gibt, wurde in den Interviews einerseits damit begründet, dass es **Frust** bezüglich der Art und Weise gibt, wie die Klimapolitik umgesetzt wird, insbesondere bezüglich der Schnelligkeit. Andererseits würden gerade dort, wo es bereits viele Initiativen und **gute Organisationsstrukturen** gebe, neue Initiativen entstehen (s. Kap. 3.1). Außerdem wurde das Engagement der Zivilgesellschaft oft positiv herausgestellt. Der Wunsch nach weiterer und stärkerer Mitsprache könnte in Berlin daher auch aus **positiven Wirkungserfahrungen** resultieren.
2. **Engagierte, aber unzureichend beteiligte Zivilgesellschaft in der brandenburgischen Lausitz:** In der Lausitz gibt es hingegen eine vielseitig engagierte Zivilgesellschaft zum Thema Strukturwandel, die sich aufgrund **schlechter Beteiligungserfahrungen** teils außenvorgelesen und **frustriert** fühlt (s. Kap. 3.3).
3. **Mangelnde Transparenz und Vielfalt an Ansätzen:** Darüber hinaus herrscht aufgrund der **Vielfalt der Zukunftsvisionen** für die Lausitz häufig Orientierungslosigkeit, was zielgerichtetes Engagement erschwert. Auch wird **Intransparenz** bemängelt. Daher könnte wie in Berlin eine Struktur zur besseren Selbstorganisation sinnvoll sein, um Koordination zu ermöglichen und den Informationsfluss über den Strukturwandel erhöhen.

4. **Beteiligungsmüdigkeit:** Gleichzeitig wurde in den Interviews auch auf eine zunehmende Beteiligungsmüdigkeit in der Lausitz hingewiesen, welche ebenfalls aus schlechten Beteiligungserfahrungen, einer „**Überforschung**“ der Region, aber auch aus der **mangelnden Greifbarkeit des Strukturwandels** resultiert (s. Kap. 3.4).
5. **Verwaltungsbezogene Barrieren der Beteiligung an der Energiewende:** In beiden Regionen wurde durch die Interviews deutlich, dass es den Kommunen teilweise schwerfällt, sich an Klimaschutz und Energiewende zu beteiligen (s. Kap. 3). Dies wurde insbesondere mit mangelnder Kontinuität von Klimaschutzpersonal, aber auch **mangelnder finanzieller Grundausrüstung** der Kommunen begründet (**wirtschaftliches Sozialraummerkmal**). Hinzu kommen **komplexe klimapolitische Strukturen und Prozesse im föderalen System**. Letzteres führt insbesondere in Berlin zu teilweise unklaren Zuständigkeiten und langsamen Prozessen, weshalb hier der Wunsch nach einer Veränderung der Strukturen und Arbeitsweisen zentral scheint.

Eine allgemein positivere Einstellung zu Klimaschutz und Energiewende lässt sich durch die Interviews und Medienanalyse nicht klar bestätigen. Allerdings scheint es in Berlin eine leicht positivere Grundhaltung zu geben:

1. **Wahlverhalten als Indikator für die allgemeine Einstellung zum Strukturwandel:** Man könnte auch anhand des **Wahlverhaltens** Rückschlüsse auf allgemeine Einstellungen zur Energiewende in den beiden Regionen ziehen (**politisches Sozialraummerkmal**). Dabei wurde insbesondere in Berlin das Thema der Verkehrswende und Mobilität als wahlentscheidend betrachtet (s. Kap. 4.3) und könnte die großen Zugewinne für die Grünen (mit-)erklären.
2. **Wechselwirkungen zwischen den unterschiedlichen Akzeptanzfaktoren:** Auch sei noch einmal auf die Wechselwirkungen zwischen den unterschiedlichen Akzeptanzfaktoren verwiesen. So ist davon auszugehen, dass sich das tendenziell positivere Verständnis der Verkehrswende auch positiv auf die allgemeine Einstellung zur Verkehrswende in Berlin auswirkt. Ebenso könnte das deutlich stärkere zivilgesellschaftliche Engagement (**politisches Sozialraummerkmal**) in Berlin als Faktor für die potenziell positiveren allgemeinen Einstellungen in Berlin verstanden werden.
3. **Demografische Charakteristika:** Die Berliner Bevölkerung ist tendenziell jünger und weiblicher als im umliegenden Brandenburg (s. Kap. 2). Möglicherweise hat diese demografische Eigenschaft auch Einfluss auf die allgemeine Einstellung zu Klimaschutz und Energiewende in Berlin, insbesondere vor dem Hintergrund, dass Spree-Neiße eher alt und männlich geprägt ist (**demografisches Sozialraummerkmal**). Die Hoffnung auf einen Generationenwechsel, welcher in der brandenburgischen Lausitz die Offenheit gegenüber Klimaschutz und Energiewende noch verstärken könnte, wurde zumindest in den Interviews geäußert (s. Kap. 3).
4. **Bildungsgrad:** Auch der **Bildungsgrad** einer Region wird des Öfteren bezüglich der allgemeinen Einstellung als Einflusskriterium verstanden. Die Schulabbrecher*innen-Quote ist in beiden Regionen jedoch gleich hoch (**infrastrukturelles Sozialraummerkmal**).
5. **Rechtliche Rahmenbedingungen:** In beiden Regionen wurde in den Interviews darüber hinaus der **positiv verändernde Effekt rechtlicher Rahmenbedingungen** beschrieben. Während in Berlin die Einführung des Ziels einer klimaneutralen Verwaltung positive Effekte auf die Einstellung der Verwaltung gehabt habe, wurde

in der Lausitz die bessere finanzielle Beteiligung von Kommunen an Wind- und PV-Projekten durch die letzte EEG-Reform herausgestellt (s. Kap. 3).

- 6. Allgemeine Einstellungen und medialer Diskurs:** Schließlich sei auch noch einmal auf die Wechselwirkung zwischen allgemeiner Einstellung und medialem Diskurs verwiesen. Dabei fiel bei der Medienanalyse des Tagesspiegels die chancenbehaftete Darstellung der Verkehrswende ins Auge, während Politik und Umsetzung häufig kritisiert werden. Die Grünen, die SPD, Aktivist*innen, Umweltverbände und Wissenschaft kommen oft und direkt zu Wort. Dabei geht es im Tagesspiegel nicht nur um Klimaschutz in Berlin, sondern auch um nationale und internationale Politik und Ereignisse in dem Bereich. Die Lausitzer Rundschau berichtet hingegen relativ ausgewogen über Chancen und Risiken des Strukturwandels. Die unterschiedlichsten Meinungen kommen zu Wort, d.h. auch die AfD bei den Parteipositionen im Vorfeld der Bundestagswahl 2021 mit ihrer ablehnenden Haltung gegenüber Kohleausstieg und Energiewende. Darüber hinaus richtet die Lausitzer Rundschau den Fokus ihrer Berichterstattung eher auf Politik und Ereignisse in der länderübergreifenden Lausitz aus.

So lässt sich abschließend feststellen, dass es zwar an einigen Stellen Korrelationen zwischen regional unterschiedlichen Einstellungen und sozialräumlichen Charakteristika gibt. Dabei scheinen diese insbesondere Auswirkungen darauf zu haben, wie stark sich eine Region von einer bestimmten Energiewende- und Transformationsmaßnahme betroffen fühlt und ob diese Betroffenheit eher positiv oder negativ verstanden wird. Eine direkte Kausalität lässt sich jedoch nicht abschließend bestätigen, insbesondere vor dem Hintergrund, dass im Projekt ESRa kein Vergleich mit anderen Sozialräumen mit ähnlicher Struktur durchgeführt wird. So wurde beispielsweise für Berlin auch oft erwähnt, dass die Hauptstadt im Vergleich zu anderen Metropolen nicht besonders progressiv sei. Außerdem wurden Erklärungsansätze dargestellt, die sich nicht mit Sozialraumdaten erklären lassen.

6 Fazit und Ausblick

Die Energiewende und der Klimaschutz sind eine der größten gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit. Sie werden durch internationale und nationale Abkommen gestärkt und unterstützt und gleichzeitig auf regionaler und lokaler Ebene vor Ort umgesetzt, wirksam und erfahrbar. Dabei wird Energiewende regional auf verschiedene Art und Weise sozialräumlich verhandelt – je nachdem, wer in der Region lebt, wie sie wirtschaftet, wie sie strukturiert ist, wie das Engagement in der Region ausgeprägt ist oder wie zugänglich und erreichbar sie ist. Die sozialräumliche Aushandlung der Energiewende hat Wechselwirkungen mit regionalen Einstellungsmustern.

In diesem Papier wurde dargestellt, welche Faktoren in den Regionen Berlin und brandenburgische Lausitz (speziell Landkreis Spree-Neiße) zu berücksichtigen sind, um die unterschiedlichen Haltungen zur Energiewende zu erklären. Dabei fällt auf, dass es sich lohnt, neben der Frage, wie eine positivere Wahrnehmung von Energiewende gelingen kann, der finanziellen und partizipativen Teilhabe mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Diese Aspekte wurden wiederholt von den unterschiedlichen Akteur*innengruppen erwähnt und als relevant gekennzeichnet. Dabei gab es aber auch unterschiedliche Ansätze oder Vorstellungen, wie eine solche partizipative und finanzielle Beteiligung jeweils aussehen oder verbessert werden sollte. Des Weiteren gab es auch Hinweise darauf, dass die Verbesserung sozialräumlicher Strukturen (z.B. Diversifizierung der Wirtschaftsstruktur, bessere infrastrukturelle Anbindung, Erreichbarkeit und Zugänglichkeit zu Daseinsvorsorge wie Bildungsangeboten) positive Triebkraft entwickeln kann.

Mit Blick auf die Untersuchungsregionen wird es in den kommenden Jahren essenziell sein, bisher positiv wahrgenommene Aspekte der Energiewende zu stärken und unklare, nachteilige und negativ konnotierte Aspekte ernst zu nehmen, Verbesserungsmöglichkeiten in der Umsetzung kooperativ zwischen Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zu identifizieren und gemeinschaftlich umzusetzen. In Berlin bleibt offen, inwiefern es der neuen rot-grün-roten Regierung (mit stärkerem grünem Fokus als in der Amtsperiode zuvor) gelingt, ihre parteilichen Konflikte zu überwinden und die Umsetzung von Klimaschutz und Verkehrswende mit Geschwindigkeit voranzutreiben. Dies ist jedoch elementar, damit weitere Frusterlebnisse vermieden und die zunehmende Polarisierung der Berliner Debatte abgebaut werden können. Darüber hinaus lohnt es sich auch in Berlin, der Verbesserung der Mitsprache weiter Aufmerksamkeit zu schenken, z.B. mit der Etablierung der Bürger*innen-Räte. Im neuen Koalitionsvertrag wird diesbezüglich bereits ein Klimabürger*innenrat angekündigt, der den Umsetzungsprozess des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms (BEK) begleiten soll: „Der Berliner Energie- und Klimaschutzrat wird in enger Abstimmung mit den Koalitionsfraktionen schnellstmöglich besetzt. Die Koalition wird im Energiewendegesetz seine Wahl durch das Abgeordnetenhaus verankern. Einen **Klimabürgerrat** wird die Koalition unmittelbar einberufen und dessen Vorschläge im Prozess des BEK berücksichtigen“ (S. 45).¹²

In der Lausitz hingegen wird sich in den nächsten Jahren die Frage stellen, inwiefern es gelingt, die positive Deutungshoheit über den Strukturwandel auszubauen. Neben zunehmend positiven Erfahrungen mit Strukturwandelprojekten könnte hier auch der direktere Einbezug und die Stärkung der Zivilgesellschaft und progressiver Unternehmen (im Sinne von Multiplikator*innen und Motivator*innen) sinnvoll sein. Eine zunehmende Diversifizierung der Wirtschaftsstruktur im Zuge des Strukturwandels könnte ebenfalls zu einer chancenbehafteteren Wahrnehmung des Strukturwandels führen, da dadurch die wirtschaftliche Abhängigkeit von der Braunkohlewirtschaft reduziert werden kann. Des Weiteren wird

¹² Zukunftshauptstadt Berlin. Sozial. Ökologisch. Vielfältig. Wirtschaftsstark. Entwurf zur Beschlussfassung des Koalitionsvertrags 2021-2026.

sich die im stetigen Wandel befindliche Region Lausitz in den nächsten Jahren neu definieren – von der Kohleregion zur Energie-, Wasserstoff-, Wirtschafts- oder Tourismusregion sowie zur Kultur- und europäisch-grenzüberschreitenden Region. Dabei wird es essenziell sein, sensibel mit dem Thema der regionalen Identität umzugehen und den Suchprozess aktiv zu unterstützen. Auch in der Lausitz – und speziell den für diese Untersuchung relevanten brandenburgischen Teilen der Lausitz – sollte der Aspekt der verbesserten finanziellen sowie partizipativen Teilhabe am Strukturwandel intensiver betrachtet werden. Die häufig positiv dargestellte Beteiligung an den Strukturmitteln durch das partizipativere Verfahren in Brandenburg im Vergleich zu Sachsen scheint für viele nicht zufriedenstellend.

Grundsätzlich ist in beiden Untersuchungsregionen durch die Medienanalyse und die Interviews erneut deutlich geworden, dass der Grad der individuellen Betroffenheit potenziell relevant dafür ist, ob Energiewendemaßnahmen eher positiv oder negativ bewertet werden. Dabei unterscheiden sich die Ausgangspunkte bzw. Lebenswelten in den Regionen stark, aber divergieren auch innerhalb der Regionen (z.B. Mobilitätsanbindung in Berlin in Innenstadt vs. Außenbezirke; Verbundenheit mit der Braunkohle in Spree-Neiße).

Zusätzlich sei hervorgehoben, dass sich die Untersuchungsregionen im stetigen Wandel befinden. So hat auch die Corona-Pandemie gezeigt, wie disruptive Ereignisse und Krisen Auswirkungen auf sozialräumliche Zusammenhänge haben. Zunehmende Verdrängung und Stadtfucht kann u.a. dazu führen, dass der ländliche und periphere Raum ins Zentrum rückt und es langfristig wieder attraktiver wird, dort zu leben. Des Weiteren wächst Berlin stark in den Randgebieten. Damit rücken auch die etwas peripheren Regionen Brandenburgs ins Zentrum des Interesses. Es ist daher davon auszugehen, dass die Land-Stadt-Verflechtungen in Zukunft noch stärker in den Vordergrund rücken werden. Bezüglich Energieversorgung und Wirtschaftsansiedlungen weisen beide Regionen komplementäre Verfügbarkeiten von Flächen sowie Human- und Sozialkapital auf. Mit der Ansiedlung verschiedener Projekte und durch die Anbindung an den ICE wächst die Lausitz stärker an Berlin heran und umgekehrt. Es bestehen also neben den regionalen Disparitäten auch zahlreiche Verflechtungsbeziehungen, die sich in den nächsten Jahren verstärken können und eine Energiewende im sozialen Raum kollaborativ ermöglichen.

7 Literaturhinweise

- Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (2020): Statistisches Jahrbuch Brandenburg 2020, Berliner Wissenschafts-Verlag.
- Bundesagentur für Arbeit (2020): Der Pendleratlas. Auswahl: Kreis Spree-Neiße, Berlin; Datenstand Juni 2020, [online] <https://statistik.arbeitsagentur.de/DE/Naviga-tion/Statistiken/Interaktive-Angebote/Pendleratlas/Pendleratlas-Nav.html> [abgerufen am 20.12.2021].
- Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat BMI (2019): Der Deutschlandatlas, [online] <https://www.deutschlandatlas.bund.de/> [abgerufen am 22.12.2021].
- Bundeswahlleiter (2017/2021): Bundeswahlleiter, [online] <https://www.bundeswahllei-ter.de/> [abgerufen am 22.12.2021].
- Bürgerregion Lausitz (o. D.): Willkommen beim Netzwerk Bürgerregion Lausitz!, [online] <https://buergerregion-lausitz.de/wp/> [abgerufen am 13.12.2021].
- Cottbus Stadtverwaltung (o. D.): Bevölkerung in Cottbus, [online] https://www.cott-bus.de/verwaltung/gb_ii/buergerservice/statistik/bevoelkerung.html [abgerufen am 22.12.2021].
- Deutscher Industrie- und Handelskammertag DIHK (2021): Energiewende-Barometer 2021 der IHK-Organisation. Unternehmensumfrage zur Umsetzung der Energie-wende. Berlin.
- Eichenauer, E.; Gailing, L. (2022 i.E.): Energiesystem und Energiewende. Onlinedossier zur deutschen Einheit der Bundeszentrale für politische Bildung, [online] <https://www.bpb.de/geschichte/deutsche-einheit/lange-wege-der-deutschen-ein-heit/47115/wirtschaft-und-arbeit> [abgerufen am 20.12.2021].
- ESRa – Energiewende im sozialen Raum – Produkt 1.1 – Einstellungen zur Energiewende.
- ESRa – Energiewende im sozialen Raum – Produkt 3.1 – Status Quo der energiewende-relevanten Wirtschafts- und Beschäftigungsprofile.
- ESRa – Energiewende im sozialen Raum – Produkt 4.1 – Synopsis der Handlungsoptionen.
- ESRa – Energiewende im sozialen Raum – Produkt 4.2 – Regionale Energiewendeszenarien und Verflechtungsbeziehungen in Berlin und dem Landkreis Spree-Neiße.
- Eurostat – European Statistics (2019/2021): [online] <https://ec.europa.eu/eurostat/web/main/home> [abgerufen am 20.12.2021].
- Haarbach, Madlen (2021): Volksentscheid „Berlin autofrei“ geht in die nächste Phase, in: *Tagesspiegel*, 03.09.2021, [online] <https://www.tagesspiegel.de/berlin/notwendiges-quorum-erreicht-volksentscheid-berlin-autofrei-geht-in-die-naechste-phase/27578402.html> [abgerufen am 13.12.2021].
- Handelskammer Hamburg (2020): Wirtschaftliche Entwicklung nach Sektoren, [online] <https://www.hk24.de/produktmarken/beratung-service/konjunktur-statistik/ham-burger-wirtschaft-zahlen/wirtschaftliche-entwicklung-sektoren-3676936> [abgerufen am 23.12.2021].
- IHK Berlin (2021): Wirtschaftsentwicklung- und Struktur, [online] <https://www.ihk-ber-lin.de/politische-positionen-und-statistiken-channel/zahlenundfakten/highcharts-berliner-wirtschaft-in-zahlen/wirtschaftsentwicklung-und-struktur-2261080> [abgerufen am 22.12.2021].

- Liebe, U.; Dobers, G. M. (2019): Decomposing public support for energy policy. What drives acceptance of and intentions to protest against renewable energy expansion in Germany? In: *Energy Research & Social Science* 47, S. 247-260.
- Maltschew, Reni (2021): Windkraft-Moratorium verlängert – Überblick über die Folgen für die fünf Regionalen Planungsgemeinschaften in Brandenburg, 29.07.2021, [online] <https://loh.de/windkraft-moratorium-verlaengert-ueberblick-ueber-die-folgen-fuer-die-fuenf-regionalen-planungsgemeinschaften-in-brandenburg/> [abgerufen am 22.12.2021].
- rbb24 (2021): Mehr als 400 Windkraftanlagen werden in Brandenburg stillgelegt. 07.09.2021, [online] <https://www.rbb24.de/wirtschaft/beitrag/2021/09/brandenburg-windkraftanlagen-stilllegung-eeg-foerderung.html> [abgerufen am 22.12.2021].
- Sonnberger, M.; Ruddat, M. I. (2016): Die gesellschaftliche Wahrnehmung der Energiewende. Ergebnisse einer deutschlandweiten Repräsentativbefragung. Stuttgart: Zentrum für Interdisziplinäre Risiko- und Innovationsforschung der Universität Stuttgart (Stuttgarter Beiträge zur Risiko- und Nachhaltigkeitsforschung, 34).
- SPD Berlin (2021): Zukunftshauptstadt Berlin. Sozial. Ökologisch. Vielfältig. Wirtschaftstark. Entwurf zur Beschlussfassung des Koalitionsvertrags 2021-2026, [online] <https://spd.berlin/media/2021/11/Koalitionsvertrag-Zukunftshauptstadt-Berlin.pdf> [abgerufen am 22.12.2021].
- Statistik Berlin-Brandenburg (2021): Wanderungsverlust in Berlin 2020. Mehr Fortzüge als Zuzüge, 30.07.2021, [online] <https://www.statistik-berlin-brandenburg.de/182-2021> [abgerufen am 22.12.2021].
- Thünen-Landatlas (2021): Landatlas, [online] <https://www.landatlas.de/> [abgerufen am 22.12.2021].
- Wiesholzer, Andrea (2021): Orte der Energiewende. Eine Transformationsreise durch Berlin und die brandenburgische Lausitz, Germanwatch: Bildung & Verbraucherinformationen.
- Wirtschaftsregion Lausitz GmbH (2018): Die Lausitz. Zahlen & Fakten - ein Überblick.
- Zoellner, J.; Schweizer-Ries, P.; Wemheuer, C. (2008): Public acceptance of renewable energies. Results from case studies in Germany. In: *Energy Policy* 36 (11), S. 4136-4141.

8 Anlage

8.1 Gesprächsleitfaden für die Durchführung semi-strukturierter Expert*innen-Interviews

1. Wie würden Sie die allgemeine Einstellung in der brandenburgischen Lausitz/
in Berlin zur Energiewende beschreiben?
2. Welche Energiewendethemen erfahren Ihrer Wahrnehmung nach aktuell hohe
(gesellschaftliche) Aufmerksamkeit?
 - a. Wo nehmen Sie hohe Unterstützung wahr?
 - b. Wo hohe Ablehnung bzw. hohes Konfliktpotenzial?
 - c. Woran könnte das Ihrer Meinung nach liegen?
3. Hat sich Ihrer Wahrnehmung nach die Einstellung der Bürger*innen gegenüber
Energiewende oder einzelnen Maßnahmen positiv/negativ verändert?
4. Welche (positiven/negativen) Effekte hat die Energiewende Ihrer Ansicht nach auf
die brandenburgische Lausitz/Berlin?
 - a. Würden Sie sagen, dass die Region profitiert? Inwiefern?
 - b. Gehen damit auch Nachteile einher?
 - c. Wo sehen Sie Verbesserungsnotwendigkeiten?
5. Wie könnte Ihrer Meinung nach das Energie-/Mobilitäts-/Wirtschaftssystem in der
brandenburgischen Lausitz/in Berlin in 2030/2050 aussehen?